

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Gesamtdirektor: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 15. Februar 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Gesamtdirektor: Amt IV, Nr. 1984.

## Die Dezentralisation des preussischen Schulverwaltung.

Einer der rührigsten und einflussreichsten Politiker Preussens im Parlament wie in der Presse ist zurzeit unbestritten der Junker Oktavio v. Jeditz. Tonangebend auf schulpolitischen Gebiete, versteht er es, seinen Vorschlägen, die im Grunde durchaus reaktionär sind, ein fortschrittliches Mäntelchen umzuhängen und damit auch einen Teil der linksstehenden Parteien des Abgeordnetenhauses und der Lehrerschaft, vornehmlich der Landlehrerschaft, für dieselben zu gewinnen. So ist Jeditz, wie Herr v. Studt seligen Andenkens, dem man gern die Schmach der Verpfeifung der preussischen Volksschule allein anheften möchte, in seiner beschränkten Ehrlichkeit ausplaudert, der Vater des Schulkompromisses und damit der Urheber der Auslieferung der Volksschule an die Geheulenen und Geschorenen. Damals redete er mit Erfolg den Parteien und der Lehrerschaft ein, daß ohne die Regelung der konfessionellen Verhältnisse an ein Schulunterhaltungs- und damit zugleich an ein Lehrerbefoldungs-gesetz nicht zu denken sei.

Seit einem Jahre propagiert Junker Oktavio in Parlament und Presse ein neues Attentat auf die preussische Volksschule, nämlich die Dezentralisation der Schulverwaltung, und wieder versteht er es, seinen Vorschlag durch eine scheinbar liberale Beigabe, die Einführung der Hochschulaufsicht, den linksstehenden Parteien und der Lehrerschaft schmachhaft zu machen. Ist also schon der Ursprung dieses Gedankens verdächtig, so sollten die Freunde der Schule und vor allem die Lehrerschaft noch fröhlicher werden durch die außerordentlich freundliche Aufnahme, welche die Jeditz'schen Vorschläge beim preussischen Kultusminister Holle gefunden haben. Dieser erklärte nämlich im Abgeordnetenhaus in der Sitzung vom 13. Januar d. J., die Staatsregierung stehe dem Vorschlag einer Dezentralisation der Schulverwaltung durchaus sympathisch gegenüber und beabsichtige, schon in der nächsten Session einen diesbezüglichen Gesetzesentwurf einzubringen und die nebenamtlichen Kreisschulaufsichtsstellen allmählich in hauptamtliche zu verwandeln. Damit aber bei den Staats-erhaltenden und Befennnistreuen nicht etwa der Gedanke aufkäme, die durch das Schulunterhaltungsgesetz der Kirche ausgelieferte Volksschule könnte dadurch den Finsterlingen wieder entrisen werden, fügte der Minister beruhigend hinzu: „Insbesondere kann die königliche Staatsregierung nicht anerkennen, daß die Verbindung von Schule und Kirche zu lösen und daß aus diesem prinzipiellen Grunde die Umwandlung nebenamtlicher Stellen in hauptamtliche zu erstreben sei. Sie steht vielmehr auf dem Standpunkt, daß Kirche und Schule noch wie vor im vertrauensvollen Zusammenwirken an der Erziehung unseres Volkes gemeinsam arbeiten und demgemäß sich finden müssen.“

Vor allem denkt der Minister nicht daran, die Ortschul-aufsicht aufzuheben, da, wie er in dem üblichen preussischen Regierungsjargon erklärte, eine von dem allgemeinen Vertrauen der Bevölkerung getragene Persönlichkeit über dem Lehrer stehen müsse. Den geistlichen Kezerichter wird der Lehrer also aus seiner Nähe nicht los. Man will ihn aber durch die Dezentralisation der Schulverwaltung auch noch unter die unmittelbare Fuchtel eines Schul-bureaukraten stellen.

Das macht man aber so: Die Schulaufsicht wird zurzeit durch die Kreisschulinspektoren ausgeübt, die ihrerseits unmittelbar den Schulabteilungen der Bezirksregierungen unterstehen; über beiden thronet der Kultusminister. Die Bezirkschulabteilungen, vor allem aber die Regierungsschul-räte, sind den Junkern seit Jahrzehnten ein Dorn im Auge, so daß man das Geseh der Dezentralisation der Schul-verwaltung geradezu als Geseh gegen die Bezirkschulräte bezeichnen kann. Nicht als ob diese Schulbureaukraten nicht schwerhörig genug gegen die schulpolitischen Wünsche des Proletariats gewesen wären, oder nicht allezeit die königlich-preussische Frömmigkeit und Vaterlandsliebe eifrig gepflegt hätten; nicht, daß sie sich in der Sozialistentöterei von anderen preussischen Beamtengruppen hätten überbieten lassen. Was den ostelbischen Junkern die Freude an diesen Schul-pedanten verdriest, ist, daß sie vielfach aus ihren früheren Stellungen als Seminardirektoren, Oberlehrer usw. gewisse pädagogische Ideale mit in ihr neues Amt hinübergenommen haben, daß sie aus eigener Erfahrung alle die kleinen Nöte des Schullebens kennen und durch stete Berührung mit den Lehrern ein, wenn auch noch so geringes Verständnis für die Wünsche und Bedürfnisse der Schulproleten gewinnen, so daß sie nicht einer mit der von den Junkern verlangten Gewissen-losigkeit und Robheit den „gehorsamen Pitten“ der Lehrer entgegengetreten sind. Hin und wieder hat sich wohl gar ein Regierungsschulrat erdreistet, den Junker an die Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen zu erinnern, hat von ihm ver-langt, die dem Einfluß nahe Schulbarade stützen oder im Winter das Schulzimmer heizen zu lassen. Dann und wann hat wohl ein Schulrat einen seiner Lehrer sogar gegen die unverschämten Qualereien seines Schulpatrons in Schutz ge-nommen. Solche „Bergewaltungen“ vertragen kein preu-sischer Junker; darum weg mit den verhaßten Schul-abteilungen und den dümmelsten Regierungsschulräten,

Bei einer Dezentralisation der Schulverwaltung würden die Schulabteilungen bei den Bezirksregierungen fortfallen und der Landrat, der Kreisausschuß und der ihnen untertänige Kreisschulinspektor, der in der Regel ein Fachmann sein soll, an ihre Stelle treten. Nun ist ja bekannt, daß die preussischen Landräte meist selber Junker, ohne Ausnahme aber den Junkern gehorsame Leute sind. In Ostelbien und zum Teil auch im Westen haben die Junker auch in den Kreisausschüssen die Mehrheit. Wenn auch der Junker heute schon unbestrittener Herr der Land-schulen ist, so wird er es jedoch durch die Dezentralisation auch noch von Rechts wegen. Es ist darum dann auch völlig gleichgültig, ob der Kreisschulinspektor ein Fachmann oder ein Geistlicher ist. Die Junker haben es allezeit verstanden, ihnen genehme und ge-fällige Kreaturen zu finden. Es wird darum auch in Zu-kunft kein Kreisschulinspektor ungestraft sich unterfangen, gegen den junkerlichen Stachel zu lösen.

Die Junker werden also den Jeditz'schen Vorschlägen mit Freuden zustimmen. Er sucht jedoch auch die Liberalen für dieselben zu gewinnen, indem er ihnen einredet, daß auch die Städte das Selbstverwaltungsrecht auf dem Gebiete des Volksschulwesens erhalten würden. Die Schule selbst würde dabei freilich wenig gewinnen. Durch ein festes Wahlverf von Ministerialverfügungen eingeengt, ist die Volksschule auch in den Domänen des Freisinn vor grundlegenden Reformen sicher. Die Liberalen neuerer Fasson sind ohnehin nur in der Theorie Freunde der Volksschule. Wenn an die Ausbeutungsobjekte in der Industrie und im Handel nicht etwas höhere geistige Anforderungen zu stellen wären als an die „Untertanen“ der Junker, wenn die sozial-demokratischen Stadtverordneten nicht ständig drängten, würden die liberalen Stadtväter die Volksschule genau so stiefmütterlich behandeln wie die Landjunkere. Die Vertrauensseligkeit der Blooliberalen den Konservativen gegenüber ist zurzeit gewiß nicht gering; so einseitig, zu glauben, daß man ihnen in den kreisfreien Städten auch die Selbstverwaltung der Volksschulen überlassen wird, ist ja doch wohl keine. Der Junker ist gewiß ein Meister im Verschwinden; mit seinen Rechten geht er jedoch sehr sparsam um; diese vergendet er so leicht nicht, und die konservative Mehrheit des Abgeordnetenhauses wird es schwerlich unter-lassen, den Städten einen der ihrigen als Schuloberst auf-zuhalsen. Es würde den altpreussischen Ueberlieferungen durchaus entsprechen, wenn man in den Städten mit „könig-lichen“ Polizeiverwaltungen den Polizeipräsidenten die Kreisschulinspektoren unterstellte. Hat doch sowohl Jeditz als auch Holle es ängstlich vermieden, über die Behandlung der kreisfreien Städte bei der Dezentra-lisation nähere Angaben zu machen.

Vorfahrungen zufolge ist anzunehmen, daß auch ein großer Teil der Lehrerschaft, besonders die Landlehrer, auf den plumpen Jeditz'schen Schwindel hineinfallen werden. Na es ist zu erwarten, daß selbst wenn der Lehrerverein als solcher eine ablehnende Stellung einnehmen wird, sich genau wie beim Schulkompromiß eine Reihe von Kreis-vereinen finden werden, die bei der bekannten Disziplin-lostigkeit im deutschen Lehrervereine den Mehrheitsbeschlüssen zuwider dem Frhrn. v. Jeditz und seinen Kumpanen ihr Vertrauen und ihre Ergebenheit ausprechen werden. Glauben sie doch, daß es durch die Dezentralisation möglich sein wird, einen ihrer schärfsten Wünsche, die Einführung der Hoch-schulaufsicht, zu erfüllen. Aber ganz abgesehen davon, daß man die Umwandlungen nebenamtlicher in hauptamtliche Stellen soviel als irgend möglich verzögern wird, wird man die Lehrer wohl in das zu erwartende Landrefektorat, in einigen seltenen Exemplaren vielleicht auch in das Kreis-schulaufsichtsamts gelangen lassen; in der Hauptsache wird man jedoch das letztere genau wie heute mit Akademikern, vor allem mit verkrachten Theologen, die sich durch sechs-wöchentliche Beschäftigung mit der Pädagogik „bewährt“ haben, besetzen.

Bekanntlich hat schon einmal ein Jeditz im Jahre 1892 versucht, die Volksschule durch ein allgemeines Geseh den Junkern und Pfaffen auszuliefern. Damals scheiterte dieser Versuch an dem sozialdemokratischen und liberalen Wider-stande. Das hat die Junker jedoch keineswegs ent-mutigt. Mit der ihnen eigenen Häufigkeit und Stier-nadigkeit haben sie es verstanden, die Volksschule durch Sondergesetze unter ihre und ihrer Helfersbelfer Botmäßigkeit zu bringen. Durch das Volksschulunterhaltungsgesetz ist der Pfaffe, durch das Geseh der Dezentralisation wird der Junker von Rechts wegen Herr der Schule.

An einen Widerstand von bürgerlich-liberaler Seite ist heute nicht mehr zu denken; um so mehr muß das Proletariat alles aufbieten, um das neueste Attentat auf die Schule des Volkes zu verhindern. Gegen die Un-verschämtheit, mit der die Vertretung der Volks-feinde das wichtigste Gut des Volkes, seine Schule, völlig zu ruinieren wagt, muß auf das energischste protestiert werden. Freilich sind die Massen noch vom preussischen Land-tag ausgeschlossen. Aber das muß anders werden. Unser Wahlrechtskampf ist auch der einzig wirk-same Kampf um die Befreiung der Schule aus den Fesseln des pfäffischen Jelitismus und der bureaukratisch-junkerlichen Herrschaft!

## Menschen- und Pferderemonte.

Die Agrarier verlangen einen Zoll auf Milch und eine Verschärfung der hygienischen Kontrolle bei der Milcheinfuhr. Sie petitionierten darum beim Reichstag.

Es liegt in der Natur der Sache, daß die deutsche Milcheinfuhr fast ausschließlich aus sterilisierter Milch besteht. Für diese ist aber die Einführung eines Zolles, so lange die Handelsverträge dauern, unmöglich. Darum wollen die Agrarier eine Verschärfung der ärztlichen Kontrolle — also, um die Handelsverträge zu umgehen. Da eine genaue ärztliche Kontrolle der sterilisierten Milch überhaupt nur möglich ist, wenn man den Verschlag öffnet, wodurch aber die Sterilisation verloren geht, so würde damit — wie früher bei dem amerikanischen Konservenfleisch — die Einfuhr überhaupt unmöglich gemacht. Würde man aber vom Auslande (es kommt vor allem Dänemark in Betracht) die Lieferung von frischer oder einfach abgekochter Milch versuchen — was z. B. für Berlin keineswegs außerhalb des Bereichs der Mög-lichkeit liegt — so würde man das durch einen Milchzoll verhindern. Die Sache ist demnach durch die Handelsverträge keineswegs ab-gesagt, und dem Konsum des deutschen Volkes droht eine neue agrarische Gefahr.

Diese Gefahr ist um so größer, als die Agrarier schon lange, in Anblich an die Zentralisation der Milchwirtschaft durch die Molkereigenossenschaften, eine Monopolisierung der Milchlieferung anstreben. Sie wollen die Milchversorgung der Großstädte in die Hand bekommen, um den Milchpreis in die Höhe zu treiben. Eine Milchversteuerung ist aber fast noch schlimmer als eine Brot- und Fleischsteuerung. Der Geldwert des Milchkonsums übersteigt in Deutschland, wie die agrarische Presse hervorhebt, den Wert der Getreideproduktion. Das ist für die Agrarier selbstverständlich erst recht ein Anreiz, die Milch zu versteuern.

Die Milch ist aber vor allem die Nahrung der Kinder. Auf die Milchfläsche des Säuglings hat man es diesmal abgesehen. Die Säuglinge dessen viel zu sehr, sie schwelgen. Sie sollen sich mähigen. Sie sollen lieber eilige Schluck weniger tun, dafür aber die Milch teurer bezahlen, um den agrarischen Beutel zu füllen.

Wie kamen aber die Säuglinge überhaupt zu ihrem enormen Konsum von Kuhmilch? Hat sie die Natur zu dem Zweck mit einem Milchunger versehen, um die agrarische Rindviehzucht zu fördern? Andererseits, selbst wenn sie von sozialdemokratischen Eltern ab-stammen, sind sie sicher nicht schon von der Geburt mit dem un-patriotischen Verlangen behaftet, sterilisierte Milch dänischer Käse zu genießen. Die Fabrik nahm der Arbeiterin die Zeit, die sie brauchte, um ihr Kind zu stillen; sie nahm ihr auch die Kraft und Gesundheit und ließ ihre Milchdrüsen verkümmern. Auf dem Lande vollzog sich bei den Tagelöhnern, Köstäten, Inspektoren der gleiche Prozeß unter dem patriotischen Segen der adeligen Gutsherrn. So wurde einer Generation nach der anderen die Brust der Mutter entzogen. Die auf Flaschen abgezogene Milch der Kuh trat an ihre Stelle. Vermehrte Kinder-Sterblichkeit und Degeneration waren die Folgen. Das war sicher eine schlimmere, häßlichere Fälschung, als der Ertrag der Mutter durch Margarine, gegen den die Agrarier so sehr eifern.

Und nun soll auch noch die Milchfläsche durch den Mehlbrei ersetzt werden, der jetzt schon von den Ärzten als der Würgengel der Säuglinge bezeichnet wird.

Aber ist es denn wirklich so gleichgültig, ob die Nachkommen-schaft der Nation kräftig und gesund heranwächst oder entartet? Versteht man doch, wenn es sich nicht um Menschen, wenn es sich um Pferde handelt, ganz andere Gesichtspunkte hervorzuheben.

Vor uns liegt der Text der Rede, die der deutsche Kron-prinz in der Landespferdezuchtkommission hielt. Er sagte:

„Meine Herren! Ich habe keine parlamentarische Vorbildung in irgendwelcher Weise. Ich möchte bloß darauf hinweisen, daß die Frage der Remontierung eine so außerordentlich wichtige ist, insbesondere für den Fall eines künftigen Krieges, daß irgendein Rückgang der Remontezucht in Ostpreußen in jeder Beziehung verhindert werden muß, und ich möchte Seine Excellenz (zum Kriegsminister) bitten, was dafür geschehen kann, zu tun, daß die edle Zucht in Ostpreußen beibehalten wird und daß die Züchter sich nicht zur Kaltblutzucht und zur Züchtung von Mischprodukten hinwenden. Also was geschehen kann, bitte ich, daß es geschehen möchte.“

Man sieht an dem warmen Hauch, der die wenigen Zeilen durch-bringt, daß es dem deutschen Thronerben wirklich nahe ging. Nur keine „Kaltblutzucht“, keine „Mischzucht“, edle, warmblütige Rasse — von Pferden. Irgendwelche Bedenken läßt er zurücktreten: „Also was geschehen kann, bitte ich, daß es geschehen möchte.“

So sehr besorgt zeigt sich der Kronprinz um die edle Zucht von Pferden in Ostpreußen.

Dasselbe Ostpreußen zeigt, mit alleiniger Ausnahme Schlesiens, die größte Menschensterblichkeit im ganzen preussischen Staat. Sollte nicht auch dahinter ein Problem stecken, das der Be-achtung des zukünftigen Trägers der deutschen Kaiserkrone wert wäre? Ist nicht auch der Ertrag der Nation von Bedeutung für die zukünftige Entwicklung des Reichs?

Wir wollen es dahingestellt sein lassen, inwiefern der Ausgang eines zukünftigen Krieges von der ostpreussischen Pferdezucht ab-hängig gemacht werden könnte, — aber braucht man nicht für den Krieg außer der Pferderemonte auch eine Remontezucht?

## Bildung, die unfrei machen soll.

Ein Leipziger Lehrer schreibt uns:  
Am Donnerstagnabend sah ich in meiner Behausung in Gesell-schaft einiger Lehrer über einer wissenschaftlichen Arbeit. Da wurde

### Die Talents-Gebühr

Befragt für die hochspannende Roman- gelle über dem Raum 20 Pfg. für politische und gesellschaftliche Berichts- und Berichtungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (Zu- gebrachte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengeluche und Schlei- sel-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

die „Volkzeitung“ gebracht. Einer der Kollegen griff nach ihr, um sie mit ein paar schlüssigen Wörtern zu überfliegen. Wenige Minuten, dann legte er sie wieder beiseite mit einer Miene, in der Enttäuschung mit unverschämter Genugtuung sich paarte.

„Was gibt es neues?“ fragte ich leichtsinnig, obwohl mir seine innere Erregung nicht entgangen war.

Das löste ihm rasch die Zunge.

„Sehen Sie, lieber Kollege, das ist es, was mich immer wieder von der Sozialdemokratie zurückstößt, so oft ich mich auch zu ihr hingezogen fühle und so lebhaftest Sympathien ich ihr in dem einen oder anderen Punkte entgegenbringe: die traffe, brutale, um nicht zu sagen bornierte Einseitigkeit und Engherzigkeit der Auffassung und des Urteils.“

„Wie meinen Sie das? Ich verstehe Sie nicht.“

„So — als ob alles Gute einzig und allein bei der Sozialdemokratie zu finden wäre. Jeder andere ist ein offener oder verkappter Feind des Volkes. Was auch immer getan und geschaffen werden mag für das Proletariat — alles ist Spielerei, leerer Schein, Gimpelsang, Dreck. Gibt es nicht auch im Bürgertum edle Menschen, die ein Herz für die leidliche und geistige Not der Massen haben? Nein, sagt Ihr. Was es noch so gut, so ehrlich, so zweckmäßig sein, was von anderer Seite für die Linderung des Elends getan wird — es ist nichts, nichts! Diese Art, zu denken und zu urteilen, dieses ewige Regieren ist geradezu empörend. Sie kennen den Fall: Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung und Begünstigung der Arbeiter. Wollen Sie bestreiten, daß diese Gesellschaft eine ungemein segensreiche Institution ist? Diesen nicht gerade mir freier gesinnten Lehrer mit Befriedigung und Stolz auf die Wirksamkeit einer solchen Organisation bilden? Da sind keine bloßen Worte, da ist Tat, ist positive Arbeit! Ströme von Kultur werden da geleitet in Volksmassen, die für die Agitation einer sozialdemokratischen Weltanschauung ewig unzugänglich bleiben werden. Hier werden Geschlossen umgewandelt, hier ist reines, wahres Kulturstreben. . . Und nun lesen Sie, bitte, was dazu die „Leipziger Volkszeitung“ in ihrer brüskierten, schroffen Art zu sagen hat:

„Erzitiert da eine Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung, die das gewöhnlich staatsbehaltende Prinzip hat, die Arbeiter von jeder „gefährlichen“ Lektüre, aus der sie etwa über ihre Klasseninteressen aufgeklärt werden könnten, abzuziehen. In diesem Zwecke hat sie gerade, weil sie den Bildungshunger des modernen Proletariats kennt, mit Schlängelungen sich nicht bloß auf Traktätschen und gottliche Erbauungsschriften beschränkt, sondern manchen „fahnen Grifff“ in die bürgerliche Aufklärungsliteratur getan. Sie hat zu Strach und Hädel gegriffen und auch die Kriegsbriefe des Generals Kretschmann in ihren Katalog mit aufgenommen. Aber diese Schlängelungen hatte nicht mit der Erbarmlichkeit der preussischen Bürokratie gerechnet“ usw. (Nr. 36 vom 13. Februar.)

„Ausgezeichnet!“ rief ich aus, als der Kollege das Blatt voller Enttäuschung auf den Tisch warf. „Könnte man die liberale Bildungsmienerie der Gesellschaft für Volksbildung klarer und treffender kennzeichnen? Das ehrliche Bestreben der Einzelnen, die daran mitarbeiten, bestreitet niemand. Aber als Ganzes, als Einrichtung, die von einer bestimmten Klasse getragen wird, ist dieses Unternehmen eine hohe Kultursklammer, geboren aus dem raffinierten Verstand, die geistigen Kräfte der Arbeiterschaft auf ein totes Gleis zu schieben, sie lahm zu legen für den wirtschaftlichen und politischen Befreiungskampf, dem in erster und letzter Linie auch das geistige Streben der Arbeiterschaft zu dienen hat.“

Jetzt wurden auch die beiden anderen Kollegen lebendig, so daß ich einen Kampf gegen drei Fronten zu führen hatte. Vergeblich, daß ich an die Bildungspleieler der bürgerlichen Volksbildungsvereine erinnerte, die sich seit Jahrzehnten einer ähnlichen Taktik bedienen, vergeblich, daß ich auf den zwischen Bourgeoisie und Proletariat bestehenden grundsätzlichen Unterschied in der Stellung zu Wissenschaft und Kunst verwies. Sie blieben dabei: Die Sozialdemokratie ist intolerant, kurzschichtig, einseitig, sieht alles nur durch die enge Brille ihrer alleinigmächtigsten Parteiauffassung an und schädigt dadurch die allgemeinen Volksinteressen mehr, als sie ihnen nützt.

Hätten die Kollegen noch ein paar Stunden länger mit mir diskutiert, wären sie durch die „Leipziger Neuesten Nachrichten“, das bekannte Linnepapier, stehenden Fußes überzeugt worden, wie schwer sie mit ihren Vorwürfen im Unrecht waren und wie die „bornierte Einseitigkeit der Sozialdemokratie“ auch in dieser Frage wieder einmal den Nagel auf den Kopf getroffen hatte. Das Blatt schreibt (Nr. 44 vom 14. Februar):

„In Wirklichkeit sollte man auch in den hohen Regionen, in denen die preussischen Kultusminister weilen, an einer Gesellschaft seine Freude haben, die jährlich mehr als eine halbe Million Bücher an Volksbibliotheken abgibt und wirklich auch dann noch nützlich wirkt, wenn sie die feinsinnigen Betrachtungen eines Bölsche über das garte innere Leben der Natur, über Sonnen und Sonnenstrahlen, über Werden und Vergehen der Lebewelt zugänglich macht. Nur so, nur durch eine gewisse Vorurteilslosigkeit kann es verhindert werden, daß die Bevölkerung, statt sich in verständiger Weise zu unterrichten, zu der schäblichen und einseitigen Literatur der Genossen greift. Man muß eben mit dem Bildungsbedürfnis des deutschen Volkes rechnen, und man soll sich darüber nicht entziehen, sondern sich dessen freuen, daß dieses Bedürfnis weit hinein bis in die Kreise der schlichtesten Arbeiter reicht.“

## Terroristenschwindel und Schwindelterroristen.

Die bürgerliche Standalpresse und die hohe Staatsregierung ist wieder einmal um eine schöne Vorstellung gekommen. Alles was so schon in Szene gesetzt: zuerst ein Vorspiel, wobei das ganze Orchester blühendster Sozialistenlieder mitwirkte. Ein Terrorist verhaftet! Bomben im Koffer! Schöne Bomben in einem richtigen Koffer! Ein Waffenlager in der Panstraße! Nein, nicht nur Waffen, auch 19000 Bogen Papier, dem man es sogleich ansieht, daß es zur Herstellung falschen Papiergeldes bestimmt ist! Bestimmt? Natürlich! Die russischen Regierungsbehörden sagen es, und die verstehen sich doch auf Fälschungen! Wilt Ihr auch schon, wo das Lager gefunden worden ist? Ihr wißt's noch nicht? Selbstverständlich im Hause eines Führers der deutschen Sozialdemokratie! Und ein zweiter Führer hat sich die Waffen aus Belgien, auch einem wilden Lande, schicken lassen, ein dritter Führer sie persönlich unterm Arm in das Terroristenlager gebracht. Aber erst der vierte „Führer“: Er hat noch viel Schönebrot begangen: er hat die Bestellung des gefälligen Rubelpapiers vermittelt, allerdings gegen Provision, und das können wie prozentpatriotischen Bürger immerhin nicht übel nehmen.

Mit einem herrlichen Finale klang das Vorspiel aus: Die konservativen Geigen, begleitet von den „Post“-Hörnern, kündigen eine Interpellation an, die den innigen Zusammenhang zwischen der deutschen Sozialdemokratie und den russischen Terroristen, Anarchisten, Bombenwerfern und Papiergeldfälschern vor der gefitteten Menschheit enthüllen soll.

Nun werden die Russen geschoben: Eine Voruntersuchung, in die Staatsanwalt und politische Polizei fortwährend ihre Insinuationen hineinbringen, in deren Verlaufe aber dem Verteidiger die Durchsicht der Akten ständig verweigert wird. Wozu auch? Unsere herrliche Prozedurordnung gestattet dieses Verfahren, und der Angeklagte braucht sich nicht einzubilden, Partei der Voruntersuchung zu sein, er ist Objekt der Untersuchung und dient einem höheren Zweck, den das politische Interesse der Regierenden bestimmt.

Eine neue Kaulisse wird herangerollt: Die Anklageschrift will den Angeklagten vor die Geschworenen bringen, beschuldigt ihn einer Straftat, die mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bedroht ist, aber er soll nur drei Tage Frist haben, um sich auf die Anklage zu erklären; nebenbei ein Angeklagter, der die deutsche Sprache nicht versteht und dem also das freundliche Deutsch des Staatsanwalts erst durch eine Uebersetzung zugänglich gemacht werden muß. Es bedarf eines besonderen Antrages des Verteidigers, um dem Angeklagten 14 Tage Frist zu erwirken, knapp anderthalb Tage für jedes Jahr Zuchthaus, das ihm zugedacht ist.

Ein Beweisanspruch, den der Angeklagte stellt, bleibt unbeachtet, obgleich das Gesetz einen ausdrücklichen Bescheid auf solchen Antrag vorschreibt. Werthwüdig! Warum nur die Eile? Fürchtet man, daß die herrlich erregte Stimmung des antisozialistischen Bloßes allmählich verrauschen oder unter den drängenden Finanzsorgen erdrückt werden könnte? Oder soll die Verhandlung gegen den Russen Mirski durchaus noch unter dem Vorbehalt des Landgerichtsrats Hofmann stattfinden, der den Vornamen Jwan führt, aus den russischen Ostprovinzen stammt und als oft vom Reichsgericht befehlter Untersuchungsrichter in der Führung politischer Prozesse erprobt ist?

Werthwüdig! Sie zeigte sich auch bei der Verhandlung, über die unsere Leser den Bericht an anderer Stelle dieser Nummer finden. Die unbefangenen Zuhörer mußten den Eindruck gewinnen, daß ein kranker Mann vor den Geschworenen stand, der überhaupt nicht oder nicht dauernd der Verhandlung folgen konnte. Der Gerichtsarzt hatte schon vor dem Termin Zweifel geäußert, ob mit dem Angeklagten verhandelt werden könne. Selbst der Vorsitzende hatte in dem einleitenden Vortrage, den er — eine Neuerung, und keine gute — vor dem Beginn der Verhandlung hielt, auf diese Zweifel hingewiesen und hat dennoch vier Stunden lang die Verhandlung fortgesetzt, bis er endlich den Zweifeln des Arztes und aller Beteiligten durch den Verhörungsbeschluß nachgeben mußte.

Ah, und es war doch alles so schön in Szene gesetzt. Im letzten Augenblick hatte der Staatsanwalt einen Spezialarzt für die Rettung der bürgerlichen Gesellschaft gefunden, Herr Dr. Henninger von der politischen Polizei den Sachverständigen für die Panstraße und die benachbarten Revolutionsgebiete. Im letzten Augenblick, und ohne das Gericht und den Angeklagten zu benachrichtigen, ließ der Staatsanwalt ein kleines Heer von Zeugen aufmarschieren, die mit dem „Bombenlöcher“, den Zündschnüren und den Papierballen die deutsche und die russische Sozialdemokratie an einem Tage todschlagen sollten. Aber hinter den Zeugen erschien der Schatten des gerade in diesen Tagen entlarvten Todspiegels Tannenbaum, und vielleicht gefellte sich auch diesmal zum Terroristen schwindel der bürgerlichen Presse der Schwindelterrorist der russischen Polizei.

## Das Reichsvereinsgesetz in der Kommission.

Die Kommission begann am Freitag ihre Beratung mit der Abstimmung über den § 4. Nachdem die weitergehenden Anträge der Sozialdemokratie, wie üblich, vom Bloß abgelehnt worden waren, wurden die freisinnigen Anträge Dr. Müller-Reinings, ergänzt durch einige von den Konservativen und vom Zentrum vorgeschlagene Bestimmungen angenommen und der § 4 erhielt folgende Fassung:

„Soll eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel abgehalten werden, so ist dies in der Anzeige oder in der dieselbe betreffenden öffentlichen Bekanntmachung ausdrücklich hervorzuheben.“

Versammlungen, welche auf öffentlichen Plätzen und Straßen in Städten und Ortschaften stattfinden sollen, sowie öffentliche Aufzüge in Städten und Ortschaften bedürfen der Genehmigung der Polizeibehörde.

Die Genehmigung ist schriftlich zu erteilen. Die Genehmigung ist von dem Veranstalter mindestens 24 Stunden vor dem Beginn der Versammlung oder des Aufzuges unter Angabe des Ortes und der Zeit nachzusuchen. Die Genehmigung darf nur versagt werden, wenn von der Abhaltung der Versammlung oder der Veranstaltung des Aufzuges eine Gefährdung des öffentlichen Verkehrs zu befürchten ist.

Öffentliche Versammlungen in einem mit dem Versammlungsort zusammenhängenden eingezäunten Hof oder Garten gelten nicht als öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel.

Ueber die Verzögerung der Genehmigung ist dem Veranstalter sofort eine kostenfreie Bescheinigung mit Angabe der Gründe zu erteilen.

Genehmigungen, welche begünstigt sind, bedürfen einer Genehmigung nicht.

Die Landeszentralbehörde kann bestimmen, daß auch andere Aufzüge der vorgängigen Anzeige und Genehmigung nicht bedürfen, und daß Aufzüge, welche durch mehrere Ortschaften führen, nur einer Behörde angezeigt und von ihr genehmigt zu werden brauchen.

Die Landeszentralbehörde kann bestimmen, daß und unter welchen Voraussetzungen für Versammlungen unter freiem Himmel die Anzeige an die Polizeibehörde statt der Einholung der Genehmigung genügt.

Nur kurze Zeit nahm die Beratung des § 5 in Anspruch. Er sollte nach der Regierungsvorlage bestimmen:

„Jede Versammlung, für die es einer Anzeige, Bekanntmachung oder Genehmigung bedarf, muß einen Leiter haben. Der Leiter oder, solange dieser nicht bestellt ist, der Veranstalter, hat für Ruhe und Ordnung in der Versammlung zu sorgen. Er ist befugt, die Versammlung für aufgelöst zu erklären.“

Unsere Parteigenossen beantragten, diesen letzten Satz zu streichen. Sie wünschten außerdem einen Zusatz, durch den dem Veranstalter das Recht gesichert wird, Eintrittsgelder in unbestimmter Höhe zu erheben oder Geldsammlungen zu veranstalten. Gegen diesen Antrag wandten sich vor allem die Regierungsvertreter, während unsere Genossen David und Hildenbrand ihn lebhaft verteidigten unter Hinweis auf die Erfahrungen — bekanntlich sind Zeller-Versammlungen und dergleichen in sozialdemokratischen Versammlungen wiederholt als öffentliche Kollekte angesehen und bestroft worden. Heute fand unser Antrag nur die Stimmen unserer Genossen, der Polen und des Zentrums. Doch ist Aussicht vorhanden, daß er in der zweiten Lesung in etwas veränderter Fassung von der Mehrheit akzeptiert werden wird. Das Zentrum ließ durch die Abgeordneten Kobl, Schirmer und beantragen, den Paragraphen durch die Bestimmung zu ersetzen, daß der Einberufer einer Versammlung entweder den Vorsitz selbst führen oder unabweislich einem anderen übertragen oder die Wahl eines Vorstehenden durch die Versammlung selbst veranlassen müsse. In der Diskussion stellte sich Einmütigkeit darüber heraus, daß der Veranstalter der Versammlung das Recht bestanden solle, den Leiter entweder zu bestellen oder die Leitung selbst zu übernehmen. In diesem Sinne wurde ein konservativer Antrag und

mit diesem der ganze Paragraph einmütig angenommen. Der Zusatzantrag Wendt hat folgenden Wortlaut:

„Der Veranstalter ist berechtigt, die Leitung selbst zu übernehmen, sie einem anderen zu übertragen oder die Wahl des Leiters durch die Versammlung zu veranlassen.“

Ohne weitere Beanstandung wurde der § 6 der Regierungsvorlage angenommen, der bestimmt, daß niemand in einer öffentlichen Versammlung oder einem Aufzug auf öffentlichen Straßen oder Plätzen bewaffnet erscheinen darf, es sei denn, daß er vermög öffentlichen Berufs zum Waffentragen berechtigt oder zum Erscheinen mit Waffen ausdrücklich ermächtigt ist. Auf eine Anfrage des Abg. Graf v. Carmer (L.) hatte der Staatssekretär die Erklärung abgegeben, daß durch diesen Paragraphen Studenten- und Schützenaufzüge trotz des dabei üblichen Waffentragens nicht verboten sein sollten.

Weim § 7, dem bekannten Sprachenparagraphen, der dazu bestimmt ist, den Mitbürgern polnischer Junge das Versammlungsrecht zu rauben, gab es eine umfangreiche Geschäftsordnungsdebatte, weil die Mehrheit noch nicht recht an dieses schwierige Kapitel herangehen wollte. Erst in der nächsten Sitzung soll darüber entschieden werden, ob der § 7 bis an den Schluß der Beratungen zurückgestellt oder sofort vorgenommen werden soll.

Heute wandte sich die Beratung zunächst dem § 8 zu. Die Regierungsvorlage bestimmt darin:

„Die Polizeibehörde ist befugt, in jede Versammlung, für die es einer Anzeige, Bekanntmachung oder Genehmigung bedarf, zwei Beauftragte zu senden. — Die Beauftragten haben sich unter Ausübung ihrer Eigenschaft dem Leiter oder, so lange dieser nicht bestellt ist, dem Veranstalter der Versammlung zu erkennen zu geben. — Den Beauftragten muß nach ihrer Wahl ein angemessener Platz eingeräumt werden.“

Hierzu ließ unsere Partei durch den Abg. Hildenbrand einen Antrag begründen, der die bisher vielfach üblichen Einmischungen der überwachenden Beamten in den Gang der Verhandlungen der Versammlung unmöglich zu machen bestimmt ist. Staatssekretär v. Bethmann erklärte diesen Antrag für überflüssig, da er etwas verbieten solle, wozu kein Gesetz der Polizei ein Recht gebe. Daß die Polizei kein Recht hat, die Verhandlungen zu hören, hat sie aber auch unter dem geltenden Recht nie daran gehindert, den Rednern alle möglichen Vorschriften darüber zu machen, was sie sagen dürften und was nicht. Zwischen Konserwativen und Freisinnigen entspann sich eine längere Debatte darüber, ob im dritten Absatz die Worte „nach ihrer Wahl“ gestrichen werden sollten oder nicht. Die Konservativen hielten es nicht für ausreichend, daß den Polizeibeamten ein angemessener Platz angewiesen werde, sondern wollten ihnen durchaus das Recht geben, sich auch auf den Platz des Versammlungsleiters oder des Redners zu setzen. Staatssekretär v. Bethmann trat ihnen bei, erklärte aber wiederholt, daß die Regierungsvorlage schon nach ihrem Wortlaut nicht eine Ueberwachung der Verhandlungen seitens der Polizeibeamten bezwecke, daß diese vielmehr nur an den Versammlungen teilnehmen sollten, um im Falle einer Verletzung des öffentlichen Rechts in Wirksamkeit zu treten. Die Abstimmung wurde auf die nächste Sitzung vertagt.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Februar 1908.

### Postbeschwerden.

Aus dem Reichstage. Die Hauptdebatte über den Postetat kam auch heute nicht zu Ende, da die Sitzung durch drei Redner ausgefüllt wurde. Zunächst gab der Unterstaatssekretär im Reichschatzamt Herr Zwele die Erklärung ab, daß auch jetzt noch nicht die Regierung in der Lage sei anzugeben, wann die zugelegte Vorlage betreffs Aufbesserung der Beamtenbesoldungen an das Haus kommen werde. Dann verbreitete sich in einer langen Rede namens des Zentrums der Abg. Hamecher über allerhand Postfragen. Da er seinem Beruf nach Postbeamter ist, gab er der Sehnsucht seiner Kollegen nach Gehaltsaufbesserung Ausdruck, verriet aber sonst eine höchst subalterne Auffassung von dem Verhältnis der Beamten und Staatsarbeiter zu der Verwaltung, indem er versicherte, kein Beamter oder Arbeiter des Reiches nehme das Streikrecht für sich in Anspruch. Zu einer solchen Erklärung namens aller Arbeiter, die vom Reich beschäftigt werden, dürfte irgend ein beliebiger Beamter, auch wenn er nebenbei Abgeordneter ist, schwerlich kompetent sein.

Der nationalliberale Ved. Heidelberg verkündete, er werde die goldene Mittellinie zwischen zu scharfer Kritik und zu großem Lob sich zu seiner nationalliberalen Richtschnur nehmen, was in der Praxis so ausfiel, daß er sich für die reaktionäre Ostmarkenzulage und gegen die sozialreformistische Neuerung eines früheren Schaltereschlusses für Pakete erklärte.

Schließlich sprach für die freikonservative Partei Herr Ding aus Ebersfeld, dessen Beruf es ist, den höheren Töchtern Kurpatriotismus und Salonbildung beizubringen, damit sie auf dem Mittagstische für Leumant und Reserverende papstliche Bräute abgeben. In der Atmosphäre des Bupperthals hat er aber christlichsoziale Empfindungen angenommen, so daß er in den Reihen der Stumm-Partei an der Seite des schorwacherischen Zalmjunterb v. Dierken wie eine anormale Erscheinung wirkt. So trat er auch heute für eine Forderung der Telegraphenarbeiter ein, daß ihnen die Fahrt zur Arbeitsstelle in die Arbeitszeit eingerechnet werde.

Der Staatssekretär Herr Kraetke wußte nichts Wichtigeres vorzubringen, als daß er es den Beamten sehr übel nehmen müsse, wenn sie sich mit irgend welchen Beschwerden an Reichstagsabgeordnete wenden, anstatt sich ausschließlich auf sein väterliches Wohlwollen zu verlassen.

### Kulturleistungen.

Das preussische Abgeordnetenhaus führte in Verhandlungen von tödlicher Länge die Beratung des Kultus-etats zu Ende. Der bekannte Konservative Stroffer, der Schwärmer für die Zuchthausvorlage, regte sich gewaltig über das angebliche Ueberwiegen „liberaler“ Theologieprofessoren an den preussischen Universitäten auf. Nur die Hochburg des orthodoxen Lutherthums, das pommerische Greifswald, ist nach seinem Geschmack. Der freisinnige Abgeordnete Hoff, einer der erträglichsten Angehörigen des Konsortiums Wiemer-Radinke, trat für schnellere Durchführung der Fachschulaufsicht ein. Daß seine Forderungen alles andere eher waren als grundstürzend, geht schon aus seiner häufigen Bezugnahme auf Ausführungen Otavios v. Jedlitz hervor, den er als Kronzeugen gegen den Unfug geistiger Lokalschulaufsicht ins Feld führte. Von seltsamem Optimismus zeugt es, daß Herr Hoff noch immer nicht die Hoffnung aufgeben kann, den Geist des Kultusministeriums von 1808 in das heutige Ministerium gegen den Geist einzuziehen zu sehen. Der Abgeordnete Marx vom Zentrum leistete eine Art Abbitte für allzu massive Antempörungen der Lehrerschaft. Die sich tags zuvor sein Parteigenosse Stull geleistet hatte.

Nachdem das Gehalt des Kultusministers bewilligt war, kam eine Interpellation heran, die sich die Nationalliberalen und Freikonservativen leisteten, und die der ge-

schäftige Gernegroß Schiffer Begründete. Die Interpellation verlangt den alsbaldigen Erlass einer Novelle zum Volksschulgesetz, durch die die von den Kommunalsteuerzuschlägen befreiten Personen wenigstens zu den Schullasten herangezogen werden sollen. Die Forderung ist ganz selbstverständlich, aber es bedarf bekanntlich der langwierigsten Aktionen, um Forderungen der allereinfachsten Gerechtigkeit in Preußen durchzuführen. Der Kultusminister will angesichts der Sache auf die lange Bank schieben. Er sprach davon, daß sie am besten bei der Revision des Kommunalabgabengesetzes geregelt werde. — Die hyperreaktionäre Antwort des Ministers erlaubte es sogar Herrn Cassel, etwas wie eine Oppositionsrede zu halten. Am Sonnabend wollen sich die Geldsackserkoren ihre Diätenbezüge ohne Sitzungsarbeit leisten. Erst am Montag denken sie sich wieder zusammenzufinden, um ein paar liberal-schillernde Anträge der sogenannten Linken des Hauses auf Befreiung der Vorschulen und auf Förderung begabter Volksschüler zu beraten.

### Druckfehlerberichtigung.

In unserem gestrigen Leitartikel ist durch das Versehen einer Zeile der vorletzte Absatz bis zur Sinnlosigkeit entstellt worden. Der betreffende Absatz, der der Tabelle der 21 ländlichen Wahlbezirke folgte, in denen die Konservativen mit so geringfügiger Stimmenzahl 43 Mandate errangen, lautete in Wirklichkeit:

„In diesen 21 Wahlbezirken, denen sich noch zahlreiche andere anreihen lassen, vermochten die Konservativen mit rund 42 000 Wählerstimmen nicht weniger als 43 Mandate zu erobern! Das wäre ihnen trotz des Dreiklassenwahlrechts nicht möglich gewesen, wenn nicht die skandalös ungleiche Wahlkreiseinteilung 420 000 Wählern die Möglichkeit gegeben hätte, 43 Abgeordnete zu wählen, während es in den am 7. Februar von uns aufgezählten 10 städtischen und großindustriellen Wahlbezirken 830 000 Wählern nur möglich war, 18 Abgeordnete in den Landtag zu entsenden! Es ist also gerade die ungleiche Einteilung der Wahlkreise, die den geschworenen Feinden jeder Wahlreform, den Konservativen, ihr Übergewicht im preussischen Abgeordnetenhaus verschafft. Und wenn das Zentrum, trotzdem es seine Freundschaft für das allgemeine und gleiche Wahlrecht auf den Lippen trägt, gerade in dem Augenblick versagt, wo sich im Dreiklassenparlament die Möglichkeit bot, durch die Forderung der Neueinteilung der Wahlkreise den Bloß der konservativen Wahlrechtsfeinde zu schwächen, so ist das der unwiderlegbarste Beweis dafür, daß das Zentrum in Wirklichkeit vom allgemeinen und gleichen Wahlrecht nichts wissen mag!

Wer sich so zum Helfershelfer der unversöhnlichsten Feinde des allgemeinen und gleichen Wahlrechts macht, wie das Zentrum am 10. Januar 1908, der ist ein ebenso gefährlicher Gegner des allgemeinen und gleichen Wahlrechts, wie die konservativen Junker selbst!“

### Der Kriegsgefangenschaft entzogen — der dauernden Sklaverei überliefert!

Vom Geburtstag Wilhelms II. ab ist die Kriegsgefangenschaft der Hereros aufgehoben. Das Scheel-Blatt meldet:

Durch Verfügung des Gouverneurs v. Scharmann ist vom Geburtstag des Kaisers an die Kriegsgefangenschaft der Hereros aufgehoben worden. Die Hereros unterliegen nunmehr in jeder Beziehung den Verordnungen vom 18. August 1907 und den anderen für Eingeborene geltenden Bestimmungen. Insbesondere dürfen sie außer im Falle des § 4 der Kontrollverordnung nicht mehr einem bestimmten Arbeitgeber zur Beschäftigung überwiesen werden, sondern es muß ihrem Willen überlassen bleiben, mit wem sie einen Dienstvertrag schließen wollen. Damit durch diese Verfügung keine Schwärzen in dem einen oder anderen Wirtschaftsbetriebe hervorgerufen werden, verfügte der Gouverneur, daß die bisherigen Kriegsgefangenen noch bis zum 14. d. M. in ihrem bisherigen Dienstverhältnis verbleiben.

Die Kaisers-Geburtstagsfestfreude der Hereros wird keine besonders große, sicherlich aber keine dauernde sein. Denn die Hereros tauschen die bisherige Form der Sklaverei nur mit einer neuen. Da ihnen ja der Erwerb von Land und Vieh für alle Zeiten verwehrt ist, müssen sie, um nicht zu verhungern, Arbeit nehmen. Da wird es für die durch die Hungerpeitsche in den Dienst der Farmer getriebenen schwarzen Lohnsklaven keinen großen Unterschied machen, ob sie sich ihre Ausbeute selbst auszuwählen dürfen. Die Farmer werden sich hüten, einander durch höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zu überbieten. Sie wissen ja, daß die Hereros keine Wahl haben: sie müssen ja die nächstbeste Arbeitsgelegenheit ergreifen. Denn zu Organisationen dürfen sie sich ebensov wenig zusammenschließen wie die deutschen Landproletarier. Aber diese können immerhin der Fuchtel der Junker durch die Stucht in die Städte oder Industriebezirke entgehen. So was gibts aber in Wüst-Weist nicht! — Ja, der schwarze Lohnsklave besitzt nicht einmal Freizügigkeit, er darf seinen Aufenthaltsort nur nach Ausstellung eines Passes verlassen. Er darf vor allen Dingen auch nicht auswandern! Er ist nichts als ein elender, hilfloser Sklave, rettungslos dazu verdammt, gegen „Heldtöt“ (Heuschrecken, Käferlarven und ähnliche lufthaltige Genüsse!) und erbärmlichen Hungerlohn den weißen Herrenmenschen Sklavendienste zu leisten!

### Wahlrechtsgezerre in Sachsen.

In der Wahlrechtsdeputation hat sich eine Wendung vollzogen. Die Konservativen, die es bisher vorgezogen hatten, eine passive Rolle bei den Bemühungen der Nationalliberalen um ein Pluralwahlrecht zu spielen, sind jetzt aggressiv mit Anträgen vorgegangen. Offenbar sind sie der Ansicht, daß jetzt das nationalliberale Pluralwahlrecht abgetan und nun der Zeitpunkt gekommen sei, mit ihren Wahlrechtsplänen herauszutreten. Ein alter Epischer Gedanke ist wieder aufgewandert worden, der von diesem förmlich in Angst angebrütet worden ist, als vor zwei Jahren die Wogen der Wahlrechtsdemonstrationen am höchsten gingen. Um jede bessere Wahlrechtsreform zu hintertreiben, machte dieser reaktionäre Führer der Konservativen damals den Vorschlag, alles zu lassen, wie es jetzt ist, die Arbeiter aber damit abzufinden, daß man in sächsischen Großstädten auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts zehn Vertreter wählen läßt. So wären die Konservativen sicher gewesen, ihren Besitzstand zu erhalten. Dieser Epische Plan ist, wie aus einer Zeitungsmeldung hervorgeht, etwas umgekehrt in der Wahlrechtsdeputation wieder eingebracht worden. Man will aber nicht das Dreiklassenwahlrecht beibehalten wie es jetzt ist, sondern ein Jenseitswahlrecht einführen mit so hohem Genus (15—20 M.), daß es nicht möglich wäre, einen Arbeitervertreter in den Landtag zu entsenden. Daneben aber sollen in besonderen Wahlkreisen 10 oder 12 (einige behaupten auch 15) Arbeitervertreter auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählt werden.

Dieser ungläublich reaktionäre Antrag, der den Konservativen den Besitzstand sicherte und die Arbeiter mit einem Pappenspiele abfinden will, soll mehr Zustimmung gefunden haben, als andere Vorschläge und Anträge. Es ist zunächst aber noch nicht wahrheitsgemäß, daß die Regierung, die noch immer an ihrem Entwurfe hängt, ihm zustimmen wird. Mindestens wird sie auf ihrem verfassungsmäßigen Rechte bestehen, daß ihre Vorlage in der Deputation durchberaten wird. Dieser Tage erst ist Hohenthal in einer Versammlung des Mittelstandsbundes mit einer solchen Wärme für seine Vorlage eingetreten, die es ausgeschlossen erscheinen läßt, daß die Regierung so leicht zugunsten eines Jenseitswahlrechts auf ihren Wechselbalg verzichtet.

### Gegen das geplante Reichsvereinsgesetz.

In Danzig protestierte eine Volksversammlung am 12. d. M. einstimmig gegen den Entwurf zu einem Reichsvereinsgesetz, wie er von der Regierung geplant ist, durch Annahme einer entsprechenden Resolution. Der Parteisekretär für Westpreußen, Genosse Crispian, hatte vorher den Gesetzentwurf in längerer Rede arg zerstückelt. Die Versammlung beschloß noch, die Resolution dem Reichstage zuzustellen.

### Kirchengewalt.

Der hohe Katholische Klerus fühlt sich durch die Rebellion einiger „modernistischen“ Professoren durchaus nicht zu Zugeständnissen bewegen. Er zieht daraus vielmehr die Folgerung, daß abweichenden Anschauungen seiner Schützbesohlenen nur um so energischer entgegengetreten werden muß. So wird dem „Berliner Tageblatt“ berichtet, daß der Erzbischof Albert von Bamberg gestern an den „liberalen“ Abgeordneten Pfarrer Grandinger in München ein Schreiben gerichtet hat. Darin werden dem Abgeordneten Vorhalte gemacht, daß er trotz seines seinerzeitigen Versprechens, nicht der liberalen Partei beizutreten, jetzt als Reisprediger für den Liberalismus das Land durchzieht. Das sei mit seiner Stellung und seinem Beruf als katholischer Pfarrer unvereinbar und erzeuge Vergerniß in weitesten katholischen Kreisen. Der Erzbischof verweist schließlich Grandinger, nachdem alle bischöflichen Ermahnungen bisher fruchtlos geblieben seien, auf den kanonischen Gehorsam, zu welchem er seinem Bischof durch sein Ordinariatsgelösniß verpflichtet sei. Ferner verbietet der Erzbischof dem Abgeordneten kraft seines oberhirtlichen Amtes bei Vermeidung weiterer Vergernisse, in der Schulfrage und mit der liberalen Partei gemeinsame Sache zu machen und unterjagt Grandinger den für Sonntag angefündigten Vortrag im jungliberalen Verein zu Nürnberg. Auch Herr Grandinger wird schon noch zahm werden.

### Dem ordentlichen Richter entzogen.

In Bayern kommen bekanntlich Knechtliche vor das Schwurgericht, sofern es sich nicht um Privatklagen handelt. Gewisse Leute scheinen aber vor den Geschworenen eine heilige Scheu zu haben, und es sind schon manderlei Versuche gemacht worden, das Schwurgericht zu umgehen in der Weise, daß, wenn z. B. eine öffentliche Körperschaft, wie eine Gemeindevertretung, sich durch einen Privatklagen beschuldigt fühlte, sie nicht durch den Staatsanwalt offiziell verklagen erheben ließ, sondern einer der namentlich Nennannten, vielleicht der Bürgermeister, Privatklage stellte. Das ist besonders beim Nürnberger Stadtmagistrat von jeher eine beliebte Praxis gewesen. Der Stadtmagistrat Bronachs geht jetzt aber noch einen Schritt weiter und stellt als öffentliche Körperschaft Privatklage gegen den Redakteur der „Fränkischen Volkstribüne“, Genossen Dr. Weill. Es handelt sich um einen Artikel, der einen Beschluß des Magistrats über Erhöhung der Bürgerrechtsgebühr als Schandbescheid und den Magistrat selbst als rufschädigende Clique bezeichnet. Reiner der Herren wurde mit Namen genannt, aber trotzdem folgte der Magistrat in öffentlicher Sitzung dem Beschluß, den Bürgermeister zu beauftragen, Privatklage zu erheben. Das Amtsgericht hat auch die Klage angenommen. Das ist eine schwere Beeinträchtigung der gesetzlichen Rechte der Presse, die nicht ruhig hingenommen werden wird.

### Gemeindevahlreform in Bayern.

In dieser Frage ist wieder eine Wendung eingetreten, nachdem der Minister im Gemeindeordnungsausschuß erklärt hat, daß die Regierung noch für die diesjährigen Wahlen den Proporz auf dem Verordnungswege einführen werde. Auch bei den Magistratswahlen werde der Anwendung des Verhältnissystems nichts im Wege. Daraufhin beendigte der Ausschuß seine Beratungen und nahm lediglich einen Antrag an, in dem die Regierung ersucht wird, noch für die nächsten Wahlen den Proporz in allen Gemeinden mit über 4000 Einwohnern anzuordnen. In Gemeinden mit unter 4000 Einwohnern soll dieses System nur dann zur Anwendung gelangen, wenn der fünfte Teil der Wähler es verlangt. Eine Veränderung der Bestimmungen über die Wahlberechtigung selbst wird erst in der nächsten Session des Landtages 1909/1910 vorgenommen werden. Es bleibt also zunächst alles beim alten, mit der Ausnahme, daß nunmehr auch die Winderbeuten zum Wort gelangen. Die diesjährigen Wahlen werden besonders in den großen Städten das Bild der Gemeindevertretung stark verändern; überall wird die Sozialdemokratie, die man bisher durch das System der Listenwahl vollständig auszuschließen verstanden hat, mit einer respectablen Fraktion auftreten können. In Nürnberg z. B. hat nach dem Ergebnis der letzten Wahlen die Sozialdemokratie bei Anwendung des Proporz von den 60 Gemeindevollständigen 26 bis 27, von den 20 Magistratsstellen 8 bis 9 zu beanspruchen. Aber auch in den kleineren Gemeinden werden die Sozialdemokraten in der Gemeindevertretung erscheinen.

### Ein „dienstfreier“ Unteroffizier.

Wegen Mißhandlung eines Untergebenen stand der 20jährige Unteroffizier Wels vom 103. Infanterieregiment vor dem Kriegsgericht in Dresden. Er hatte einem Soldaten auf dem Wege von der Kaserne nach der Wäschennacherei, weil dieser die Hände in der Tasche hatte, einen kräftigen Schlag auf den Hinterkopf versetzt. Der Soldat bekam sofort einen schmerzhaften Schmerz im Kopfe und Ohrensaufen und mußte sich am anderen Tage in ärztliche Behandlung begeben. Er hatte nicht einmal die Absicht, die Mißhandlung zu melden, nur durch Befragen des Arztes ist die Sache bekannt geworden und so zur Weidung gelangt. Es wurde bei dem Soldaten eine Kurknechtbildung festgestellt, wegen dieses Leidens mußte er dann drei Tage im Revier und fünf Tage im Lazarett zubringen. Der Angeklagte gibt an, es sei nur ein leichter Schlag gewesen, der keine Schmerzen verursacht haben könne, während ein Zeuge behauptete, daß der Unteroffizier zum Schlage ausgeholt habe. Das Kriegsgericht glaubte diese Behauptung mit der geschicklichen Strafe für Mißhandlungen von einer Woche und einem Tag mittleren Arrest genügend gesühnt zu haben. Es nahm einen „minder schweren“ Fall an und berücksichtigte, daß der Angeklagte ein „dienstfreier“ und „strebsamer“ Unteroffizier ist, der zur Tat „gereizt“ worden sei.

Die sozialdemokratische Fraktion des bairischen Landtages hat, wie uns aus Waden geschrieben wird, es abgelehnt, die Einladung des Ministers v. Razschall zum parlamentarischen Abend am 20. Februar anzunehmen. Vor zwei Jahren nahm sie offiziell teil.

Die parlamentarische Vertretung unserer Partei handelt gewiß im Einverständnis mit der gesamten Arbeiterklasse, wenn sie sich weigert, mit den Vertretern einer Regierung außerparlamentarisch

rischen Umgang zu pflegen, die durch die Verfassungsberichtigung im Fall Schauschle die schönste Mißachtung der Volkssouveränität hat.

### Der Kanzelparagraph in Lothringen.

Am Kaisers Geburtstag werden bekanntlich für den Monarchen besondere Gottesdienste abgehalten. Die Pfarrer sind verpflichtet, an diesem Tage in ihren Predigten des Kaisers besonders zu gedenken. Dieser Kaisergeburtstags-Gottesdienst soll nun dem Pfarrer von Ars an der Mosel zum Verhängnis werden. Befehret von seinen kirchlichen Anschauungen und jedenfalls von seiner Ueberzeugung getrieben, legte er auf der Kanzel los, daß brave Katholiken gar keinen Anlaß hätten, über die Geburt des Kaisers sich zu freuen, usw. Die Philippika hat natürlich bei allen Chyantinern und Hurrapatrioten gewaltig erschauert. Dem Militär wurde verboten, den Gottesdienst in der Kirche zu Ars zu besuchen, und obwohl der Pfarrer in einer Mejer Zeitung erklären ließ, daß er die Rede in dieser Form nicht gehalten habe, hat die Mejer Staatsanwaltschaft doch gegen ihn das Strafverfahren eingeleitet. Sie stützt sich auf § 130a des sogenannten Kanzelparagraphen, der die Geistlichen unter Strafe stellt, die in einer Kirche Angelegenheiten des Staates in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verkünden oder erörtern. So ist es nun einmal im monarchischen Deutschland. Erst besteht man bei den Dienten der himmlischen Majestät eine Extratur für die irdischen Majestäten, wenn aber diese in dem vom Geistlichen verkündeten Wort Gottes etwas verfallen ist, dann bemüht man Staatsanwalt und Gericht! Wenn Geistliche sich freilich auf der Kanzel in Verleumdungen gegen die moderne Arbeiterbewegung — gewiß auch eine Angelegenheit des Staates — ergehen, dann kräht kein Hahn danach.

### Die nervöse Polizei.

Seit den Wahlrechtsdemonstrationen hat die Straßburger Polizei ihre Ruhe verloren. Am Mittwochabend hatte der sozialdemokratische Verein für Straßburg in seinen zehn Bezirken gleichzeitig Mitgliederversammlungen veranstaltet, wozu Gäste durch besondere Einladungen gebeten waren. Diese Versammlungen, die sich auf einen bestimmten Personenkreis beschränkten, sind nicht anmeldspflichtig. Der Polizei aber ahnte nichts Gutes. Fast in alle Versammlungen hatte sie Beamte geschickt, die sich über die Art der Versammlungen, ob es sich um öffentliche oder private handelte, erkundigten. Da es keine Arbeit für die Polizei gab, mußten die Beamten unverrichteter Sache wieder nach Hause gehen. Das doch friedliche Versammlungen von Sozialdemokraten für Aufregung verursachen! —

### Frankreich.

#### Einkommensteuer und Altersversicherung.

Paris, 12. Februar. In der Deputiertenkammer sprach heute Ribot, der Führer der Gemäßigten, gegen die Einkommensteuer und trat für die vier bestehenden direkten Steuern (Grundsteuer, Mobiliarsteuer, Tür- und Fenstersteuer und Gewerbesteuer) ein, die man nur den gegenwärtigen Verhältnissen anpassen solle. Die Vorlage der Regierung werde den Rentenkurs beeinflussen.

Im Senat wurde die Altersversicherung behandelt. Der Vorsitzende der Kommission für die Altersversicherung der Arbeiter, Guvinot, verlas eine Note, welche die finanziellen Folgen der von der Kammer angenommenen Vorlage aufzählt. Danach würde sich die jährliche Aufwendung des Staates anfänglich auf 282 Millionen belaufen, um bis auf 545 Millionen zu steigen und dann auf eine konstante Höhe von 425 Millionen herabzugehen. Arbeitsminister Vidiani erklärte, daß das Werk der Kammer allgemeine Anerkennung finde und daß, wenn es auch in finanzieller Hinsicht Änderungen nötig habe, die Ideen, auf denen es beruhe, nicht geändert werden könnten. Die Regierung könne sich über die von Guvinot vorgelegenen Zahlen gegenwärtig nur mit Vorbehalt ausdrücken, sei aber bereit, in einer Kommission die Frage einer Änderung zu prüfen, um Aufwendungen, die als zu drüden erlannt werden, zu begrenzen. Vidiani fügte hinzu, er würde alles tun, um ein Einvernehmen mit der Kommission herbeizuführen.

### Portugal.

#### Die Verschwörer.

Ueber das Attentat wird der „Voss. Zeitung“ aus Madrid geschrieben:

Von verschiedenen Seiten ist der Versuch gemacht worden, den doppelten Mordmord als die Tat einiger Anarchisten hinzustellen, aber vergebens. Die gleich nach der Tat Verhafteten sind als unschuldig wieder entlassen worden, von den drei gebliebenen angeklagten Mörder war einer bestimmt unschuldig, und man bezweifelt auch die Schuldbildung der zwei übrigen. Nebenfalls waren die Gebliebenen zeitweilig stille, ordentliche Menschen, die nichts mit Anarchismus zu tun hatten. Die Polizei hat augenscheinlich im ersten Augenblick blindlings auf die entsetzt fliehende Volksmenge geschossen und eingehauen. Die Schuldigen aber sind entwischt. Vielfach glaubt man sogar, daß ein Teil der Polizei im Einverständnis mit den Mörder gewesen sei, da diese sonst unmöglich, ohne bemerkt zu werden, auf der großen Praça do Comercio Vorstoß fassen und an den königlichen Wagen hätten herankommen können. Die Justiz hat bisher nicht das geringste Licht in das Dunkel des Verbrechens gebracht. Die Verschwörung war so weit verzweigt, daß man überhaupt davon zurückzusehen scheint, sie aufzudecken. Die Verschwörer befinden sich nicht allein auf der Praça do Comercio, sie waren (so berichtet der Sonderberichterstatter des „Liberal“) längs des ganzen Weges, den der königliche Zug bis zum Schloß zurückzulegen hatte, verteilt und mit Karabinern und Revolvern bewaffnet. Die in der Nähe des Schloßes Laubenden sollen auch mit Dynamitschornen reichlich versehen gewesen sein.

### Kampfstimmung.

Lissabon, 14. Februar. Trotz aller Versuche der neuen Regierung, durch das weitestgehende Entgegenkommen gegenüber der Volkstimmung Beruhigung zu schaffen, dauert die Kampfstimmung im Lager der reaktionären Scharfmacher einerseits wie der Republikaner andererseits fort. Das Blatt „El Mundo“ behauptet, es bestände ein Komplott, woran hauptsächlich die Anhänger Francos beteiligt seien. Das Komplott richte sich gegen die Republikaner und Dissidenten und bezwecke, dem König ein anderes Ministerium aufzubringen und Franco als Messias hinzustellen. Die beteiligten reaktionären Elemente seien zu jeder Gewalttat, selbst zum Staatsstreich, entschlossen. Die Republikaner konstatieren demgegenüber, daß die demokratischen Elemente den Sturz der Diktatur nicht etwa beunruhigen, um für die erlittenen Verfolgungen Rache zu nehmen, obwohl sie es gekonnt hätten. Sache der Demokratie sei es nicht, Zumutete herbeizubringen, sie wolle sie nicht, suche sie nicht und provoziere sie nicht, aber sie werde sich zu verteidigen wissen, wenn es nötig sei. Für alles, was noch Schlimmes kommen sollte, müßten die Republikaner allein die Verantwortung tragen. („Frankf. Zeitung.“)

### Die Kortes.

Paris, 14. Februar. Nach einer Meldung aus Lissabon wird in gut unterrichteten Kreisen berichtet, daß die Kortes sich in der bevorstehenden Session lediglich mit der geplanten Verfassungsänderung, mit dem Budget und den Distriktsverträgen zu befassen haben werden.

## England.

### Eine Nachwahl.

London, 12. Februar. Infolge des Absterbens des liberalen Abgeordneten für Leeds (Süden) ist eine parlamentarische Nachwahl nötig geworden, die am 13. d. M. vorgenommen wird. Bei den allgemeinen Wahlen vom Januar 1906 erhielt der Liberale 6200 Stimmen, der Arbeiterkandidat 4030, der Konservativ 2126. Jetzt kandidieren dort für die Liberalen Mr. Middlebrook; für die Arbeiter Mr. Fog; für die Konservativen Mr. Reville. Fog wurde der Arbeiterpartei aufgedrängt und hat infolge seiner zünftlerisch-gewerkschaftlichen Anschauungen eine gewisse Mißstimmung in Arbeiterkreisen hervorgerufen. Das Ergebnis zeigt folgende Tendenz:

London, 13. Februar. Bei der Nachwahl zum Parlament in South Leeds erhielten Middlebrook (Liberal) 5274, Reville (Unionist) 4915 und Fog (Arbeiterpartei) 2451 Stimmen.

Die liberale Majorität hat also seit der Hauptwahl um fast 1000 Stimmen abgenommen. Die sich häufenden Stimmenverluste der Liberalen bei den Nachwahlen finden in England steigende Beachtung und gelten als Symptom dafür, daß sich ein Stimmungswechsel zugunsten der Konservativen vollzogen hat. Auch bei dieser Wahl ist die Stimmenzunahme des Konservativen Reville überraschend groß. Der Verlust der Arbeiterpartei erklärt sich zum Teil aus persönlichen, zum Teil aus lokalen Ursachen.

## Marokko.

### Parteikämpfe in Fez.

Paris, 14. Februar. Aus Fez wird vom 9. Februar gemeldet, daß El Kittani einer Versammlung von 5000 Personen erklärte, daß El Merani, der dem Sultan Mulah Hafid Geld und Pferde verweigerte und Kittanis Autorität nicht anerkenne, die Herrschaft des Sultans Abdul Afis wieder herstellen wolle. Die Versammlung beschloß hierauf, nach Ablauf eines Ultimatums mit fünfzigstägiger Frist alle Häuser der Beamten des Nachen zu plündern, die Europäer bis zur Räumung von Udscha als Geiseln festzuhalten und den Besitz der unter europäischem Schutz stehenden Marokkaner mit Beschlag zu belegen. Gegen Kittani und seine Forderung sprach im Palast des Nachen El Merani zu den Stadthaltern. Diese waren auch gegen Kittani, der gefälschte Briefe Mulah Hafids vorgezeigt habe.

Als darauf Merani mit der Erklärung hervortrat, man müsse sich unerbittlich mit Abdul Afis vereinigen, begeizten einige Stadthalter ihre Unzufriedenheit, andere verhielten sich abwartend. An El Kittani ging die Antwort, daß das Geld und die Pferde zur Verteidigung von Fez in der Stadt bleiben müßten. Die Europäer und die unter ihrem Schutz stehenden Eingeborenen sollten in Freiheit bleiben.

## Amerika.

Zur Präsidentenwahl, die im Herbst dieses Jahres stattfindet, tüfen die Parteien eifrig. Unter den Republikanern und Demokraten wird vorläufig noch ein Kampf um die Kandidatur geführt. Obgleich Roosevelts Einfluß in der republikanischen Partei sehr stark ist, macht sich doch eine kräftige Gegenströmung bemerkbar, die den Gouverneur des Staates New York, Hughes, für die Wahl in Vorschlag bringen will. Die Roosevelt-Partei scharf sich um den Kriegssekretär Taft, der bei der Arbeitererschaft des Landes in keinem guten Andenken steht. Taft hat sich, als er das Richteramt bekleidete, durch einige Urteile anrüchlich gemacht, welche die Interessen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter verletzen. Sein Gegner Roosevelt hat sich deshalb wohl auch in der letzten Zeit bemüht, die Gewerkschaften in Schutz zu nehmen gegen die sogenannten „Einhaltsbefehle“, mit denen die Richter häufig gegen Streiks und Boykotts den bedrängten Unternehmern beistimmen. Taft gilt als derjenige, der Roosevelts Politik in jeder Weise fortsetzen würde, und Roosevelt versucht, seinen ganzen Einfluß für ihn in die Waagschale zu werfen. Aber Roosevelt ist durch die schwachen Anläufe, die er zur Bekämpfung der „Auswüchse“ der Trusts tat, den Großkapitalisten unbenommen geworden. Diese halten es daher für sicherer, keinen Rooseveltmann zu unterstützen und dadurch gewinnt der republikanische Gegenkandidat viel Unterstützung.

Die Demokraten senden ihren alten Führer William Jennings Bryan wieder ins Rennen, obgleich auch gegen ihn eine starke Strömung in der demokratischen Partei besteht. Bryan gilt als radikaler Demokrat, und viele seiner Parteigenossen trauen ihm nicht; aber sie können ihm keinen Mann entgegenstellen, der auf die Massen in einer ähnlichen Weise zu wirken vermag wie Bryan. Schon zweimal ist Bryan im Kampfe um den Präsidentenposten geschlagen worden, und nur seiner großen Popularität ist es zuzuschreiben, wenn die Partei sich zum dritten Mal auf ihn verläßt. Als die Demokraten es bei der letzten Wahl (1904) mit dem „gemäßigten“ Parker versuchten, erlitten sie eine furchtbare Niederlage.

Neuerdings ist bekannt geworden, daß die Gewerkschaften, die bisher geduldig im Dienste der beiden alten Parteien standen, selbständig vorgehen wollen. Eine Minorität unter den Gewerkschaften hat dies danach verlangt, aber die Majorität besteht sich bisher streng ablehnend, und es ist fraglich, ob man sich diesmal entschließen wird, den bisherigen Standpunkt aufzugeben.

Die Sozialisten treffen alle Vorbereitungen, um eine außerordentliche Agitation zu entfalten. Wer der Bannerträger im Kampfe sein wird, ist dabei weniger wichtig. Die Hauptsache ist, wie die Propaganda für die Partei am besten gefördert werden kann. Zu keiner Zeit ist das politische Interesse reger als während der Präsidentenwahlen und diese Zeit hat unsere Partei stets gut auszunutzen gewußt. Die letzte Wahl hat den Sozialisten über 400 000 Stimmen gebracht.

### Kapitalistische Korruption.

New York, 14. Februar. Gegen den früheren Gouverneur von New York, Foster Voorhees, ist ein Verfahren wegen Weineides eingeleitet worden, dessen er sich bei der gerichtlichen Voruntersuchung gegen die Versicherungsgesellschaften schuldig gemacht haben soll.

### Wachsender Einfluß in Zentralamerika.

New York, 14. Februar. Staatssekretär Root begründete vor der Kommission des Repräsentantenhauses für auswärtige Angelegenheiten die Schaffung von fünf Gesandtenposten für Zentralamerika statt drei. Er sagte, durch den Bau des Panamakanals traten diese Republiken in ein gleiches Verhältnis zur Union wie Kuba. („Frankf. Zeitung“.)

## Gewerkchaftliches.

### Hungerlöhne.

Arg in die Messen gesetzt hat sich mit einer an unser Chemiker Parteiblatt gesandten „Berichtigung“ die Firma Weyel in Niederradi. In der „Volkstimme“ war kritisiert worden, daß anlässlich der Hochzeitsfeier eines Teilhabers der Firma bei den Arbeitern für ein Hochzeitsgeschenk gesammelt und jedem 80 Pf. abgeklopft worden waren. Die „Volkstimme“ fragte dann: „Sind denn die Verdienste verschiedener Familienväter, die bei jener Firma arbeiten, sind 8, 9, 10—13 M. Verdienst wirklich so reichlich, daß die 80 Pf. Geschenkbeitrag entbehrt werden können?“ Mit Vergnügen druckt die „Volkstimme“ nun die „Berichtigung“ ab, die folgende Stellen enthält:

Verantw. Redakt.: Georg Davidsohn, Berlin. Inzeratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Siehe 3 Beilagen u. Unterhaltungssk.

„Wöchentliche Verdienste von nur 8, 9, 10—13 M. für Familienväter gibt es bei uns überhaupt nicht, und von 83 anseher Familienväter verdienen 30 größtenteils wesentlich mehr als den in Ihrem Artikel genannten Höchstlohn von 13 M. Laut genauen Tabellen des Lohnbuches verdienen unsere Familienväter im Jahre 1907 wöchentlich: einer 10,50 M., einer 11 M., einer 13 M., einer 13,50 M., sechs 14 M., einer 14,50 M., einer 15 M., zwei 15,50 M., einer 16 M., vier 16,50 M., zwei 17 M., einer 18 M., einer 20 M., einer 21 M. Die Löhne der anderen Arbeiter schwanken zwischen 8 und 18 M., wöchentliche Verdienste unter 10 M. sind schon eine Seltenheit.“

Diese Berichtigung ist doch unbezahlbar! Hier wird doch einmal von Fabrikanten selbst auf Grund ihrer Lohnbücher festgestellt, was für Hungerlöhne sie an „ihre“ Familienväter bezahlen. Denn Hungerlöhne sind sie alle, die angegeben sind, bis zu dem angegebenen Höchstlohn. Wenn aber derart schlecht entlohnte Arbeiter sich mal auf sich selbst besinnen und sich erdreisten, Lohnforderungen zu stellen, dann fällt die gesamte „gutgeleitete“ Presse über sie her, stellt sie als von auswärtigen sozialdemokratischen Agitatoren verführt und verhetzt hin, und die Postzeitschriften stellen sich nicht selten in den Dienst der Fabrikanten und erschweren den kämpfenden Arbeitern den Kampf um bessere Löhne!

### Berlin und Umgegend.

#### Der Lohnkampf in der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik beendet.

In der am Freitag abgehaltenen Versammlung der Streikenden und Ausgesperrten teilte die Handl. mit, daß am Mittwoch Verhandlungen stattfanden zwischen den Vertretern der Streikenden und der Direktion. An den Verhandlungen beteiligte sich auch eine Vertretung des Metallindustriellen-Verbandes und Handl. als Vertreter des Metallarbeiterverbandes. Die Direktion begründete die Abzüge damit, daß dieselben wegen der Konkurrenzfähigkeit der Firma während der Zeit des schlechten Geschäftsganges notwendig seien. Die Vertreter der Arbeiter stellten sich dagegen auf den Standpunkt, daß Abzüge unter keinen Umständen gerechtfertigt wären, auch in Zeiten schlechten Geschäftsganges müßten die Löhne, welche vordem festgesetzt bzw. vereinbart waren, weiter gezahlt werden. In der bürgerlichen Presse ist die Nachricht verbreitet worden, die Vertreter der Arbeiterorganisationen hätten anerkannt, daß Lohnabzüge wegen schlechten Geschäftsganges gerechtfertigt seien. Diese Angabe ist, wie Handl. ausdrücklich betonte, durchaus unrichtig. — Zu einer völligen Zurücknahme der Lohnabzüge wollte sich die Direktion trotz aller Vorstellungen der Arbeitervertreter nicht bereit erklären, aber die Direktion versprach, die an den Stundenlöhnen gemachten Abzüge zu verringern, derart, daß nicht 10 Proz., sondern im höchsten Falle 8 Proz. abgezogen werden, und daß die Abzüge auch nicht alle Arbeiter trafen. Falls die Affordarbeiter bei den jetzigen Löhnen nicht auf ihren Verdienst lämen, solle eine Revision der Affordlöhne vorgenommen werden, wobei eine Herabsetzung derselben natürlich ausgeschlossen ist. — Die Vertreter der Arbeiter konnten sich durch Einsicht in die Lohnlisten überzeugen, daß die Abzüge im Durchschnitt 5 Proz. nicht übersteigen. Die Arbeitervertreter versuchten das möglichste, um die gänzliche Zurücknahme der Abzüge durchzusetzen, aber die Direktion war nicht dazu zu bewegen; es war nicht möglich, sie zu weiteren Zugeständnissen zu veranlassen. — Die Kommission der Streikenden sowie die Vertreter der beteiligten Arbeiterorganisationen kamen nach eingehenden Beratungen zu der Ansicht, daß unter den gegebenen Umständen nicht mehr zu erreichen sei und daß es deshalb ratsam wäre, die von der Direktion angebotenen Bedingungen anzunehmen und die Arbeit wieder aufzunehmen. Die streikenden Einrichter, die allein von den Abzügen betroffen werden, haben sich ebenfalls mit der Annahme dieser Bedingungen einverstanden erklärt. Der Referent empfahl der Versammlung, auch ihrerseits den Abmachungen zuzustimmen. Wenn auch hinsichtlich der Lohnfrage nur wenig erreicht worden sei, so hätten die Arbeiter doch zweifellos einen moralischen Erfolg errungen. Es sei das erste Mal, daß bei der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik ein derartiger Kampf geführt wurde. Die Arbeiter können erhobenen Hauptes in die Fabrik zurückkehren, denn sie hätten keine Ursache, sich als Besiegte zu fühlen. Maßregelungen wegen dieses Konflikts dürfen nicht vorgenommen werden. Das habe die Direktion versprochen. Sicher sei zu erwarten, daß die weiteren Abzüge, welche die Direktion noch beabsichtigt hatte, nicht vorgenommen werden. Das sei vielleicht der größte Erfolg dieser Bewegung. — Die Versammlung stimmte den Vereinbarungen und damit der Wiederaufnahme der Arbeit zu.

Nach der Versammlung hatte die Kommission der Streikenden nochmals eine Unterredung mit der Direktion. Sie erhielt auf Wunsch der Versammlung die ausdrückliche Versicherung, daß alle Streikenden und Ausgesperrten im Laufe der nächsten Woche wieder eingestellt werden. Die Wiederaufnahme der Arbeit beginnt am Montag. Sie läßt sich nicht sogleich in vollem Umfange ermöglichen, da erst gewisse Vorarbeiten bestimmter Spezialarbeiter gemacht werden müssen, ehe für andere Arbeiterkategorien Beschäftigung vorhanden ist.

Der nunmehr beendete Konflikt nahm bekanntlich seinen Anfang damit, daß den Werkzeugmachern Lohnabzüge gemacht wurden. Die Werkzeugmacher legten die Arbeit nieder. Darauf wurden die übrigen Arbeiter teils ausgesperrt, teils legten sie aus Solidarität die Arbeit nieder. Nachdem sich die Werkzeugmacher mit dem Ergebnis der Verhandlungen einverstanden erklärt hatten, war für die übrigen Arbeiter die Ursache des Konflikts ohne weiteres beseitigt.

### Deutsches Reich.

#### Was in der „Einigkeit“ steht.

Im „Textilarbeiter“ finden wir folgende Erklärung.

Durch einen Zufall erfuhr ich, daß in Nr. 3 der „Einigkeit“ bereits zum zweitenmal die Behauptung aufgestellt wird, der Vorsitzende des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Kollege Hübsch, habe in der Versammlung der streikenden beim ausgesperrten Textilarbeiter in Arefeld, welche am 21. Dezember in Eichenthal stattfand, den überwachenden Beamten aufgefodert, die Versammlung aufzulösen. Diese Darstellung beruht auf Unwahrheit. Ich war in der Versammlung als Berichterstatter für die Presse anwesend und hatte meinen Platz direkt neben den beiden Beamten. Der Kommissar zeigte sich erregt und machte ein paarmal Anstalten, die stürmische Versammlung aufzulösen. Von diesem Vorhaben hat ihn der Kollege Hübsch eindringlich abgeraten. Hübsch sagte: „Die Leute werden sich wieder beruhigen“, worauf der Kommissar meinte: „bis sie sich die Köpfe einschlagen“. Darauf habe ich selbst den Ruf gemacht: „Soweit kommt es nicht.“

Wir ist der Vorgang genau in der Erinnerung und halte ich mich zu der Erklärung verpflichtet, daß Kollege Hübsch genau das Gegenteil von dem sagte, was die „Einigkeit“ ihm unwahrheitsgemäß in den Mund gelegt hat. W. Käppler, Düsseldorf.

### Bergarbeiterstreik.

Auf den Höhen „Freier Vogel“ und „Linderhoffs“ bei Essen verweigerten gestern früh 46 Mann Frühstück die Anfahrt, weil ein Steiger sie zu schnell behandelte. Die Direktion erklärte, die von den Leuten vorgebrachten Beschwerden an Ort und Stelle untersuchen zu wollen. In der Nachmittagsstunde verweigerten in demselben Steigerrevier 30 Mann aus gleichem Grunde die Anfahrt. Da die Verweigerung sich vollkommen ruhig verhielt, so ist anzunehmen, daß sich die Bewegung nicht weiter ausdehnt, falls dies die Direktion nicht durch ungerechte Maßnahmen selbst herbeiführt.

### Husland.

#### Die Holzarbeiter-Aussperrung in Zürich.

Nach einem Telegramm des Bureau Herald teilen wir am Dienstag mit, daß in Zürich 300 Holzarbeiter ausgesperrt seien.

Wie und seit von dort geschrieben wird, beträgt die Zahl der Aussperrten nicht nur 300, sondern nicht weniger als 700. Es handelt sich um die Bekämpfung der schwarzen Listen, die laut Vertrag vom 21. Juli 1906, abgeschlossen zwischen dem Verband der Möbelsohlfabrikanten und Schreinermeister mit dem Schweizerischen Holzarbeiterverband (Sektion Zürich), unzulässig sind. Dieselben wurden trotz alledem von den Unternehmern angewandt, wodurch bei der Firma Ellwanger u. Wurster die Arbeiter sich genötigt sahen, die Arbeit einzustellen und sich mit den ungerechtfertigterweise Entlassenen solidarisch zu erklären. Auf die Arbeitseinstellung hin erließen die übrigen Unternehmer dieser Firma zur Hilfe und sperrten am Sonnabend, den 8. Februar, die oben angeführte Zahl Schreiner aus. Die Situation ist für die Arbeiter günstig.

Mehrere hundert Textilarbeiter sind in Roubaix wegen Lohnforderungen in den Streik getreten.

### Das Land ohne Streiks.

So wurde bisher vielfach mit großer Genugtuung die australische Kolonie Neu-Seeland geheißen. Die Konflikte zwischen Unternehmern und Arbeitern in der Industrie wurden durch Verhandlungen vor den Einigungsämtern und Schiedsgerichten verhandelt und „geregelt“. Das Gesetz wurde im Jahre 1894 geschaffen, nachdem einige große Streiks stattgefunden hatten, durch welche die ganze Bevölkerung in Misleidenschaft gezogen worden war. In der Tat ist man jahrelang mit diesen gewerblichen Schiedsgerichten ausgekommen und es wurde diesen Einrichtungen nachgerühmt, daß ihnen besonders die schnelle Entwicklung und Prosperität des Landes zu danken sei. In den letzten zwei Jahren haben aber trotz des Gesetzes, das den Streik verbietet, eine Reihe von Ausfällen, und zwar im Schneidergewerbe, im Transportgewerbe, bei den Bäckern, Schlächtern usw. stattgefunden. Die Verhängung von Strafen bis zu 100 M. wegen Verletzung an Streiks, in einzelnen Fällen auch von Gefängnisstrafen, hat nichts genützt, und die Unzufriedenheit der Arbeiter mit diesem Gesetz wird immer größer.

Es wird auch immer offener, daß die Annahme, dieser Friede im Gewerbe habe die Prosperität der Industrie hervorgerufen, falsch ist, die Gründe hierfür liegen ganz wo anders. Die junge Kolonie konnte große Massen gefrorenen Hammelfleisches nach Europa ausführen, erhielt für Schafwolle, Butter, Milch, Getreide, kurz alle landwirtschaftlichen Produkte hohe Preise. Dies beeinflusste selbstverständlich die Entwicklung der Industrie in sehr günstiger Weise. Auch ohne das Antistreikgesetz hätte die Entwicklung diese Bahnen genommen. Die Unternehmer konnten infolgedessen den höher gehenden Ansprüchen der Arbeiter bisher auch meist nachkommen. Je mehr aber die junge Kolonie in das Fahrwasser großkapitalistischer Entwicklung gelangt, desto größer werden in dieser Beziehung die Schwierigkeiten: Die Grundrente ist gestiegen, Kapitalisten, Spekulanten, Zins- und Dividendenempfänger nehmen ihren Anteil von den Erträgen der Arbeit vorweg.

Das Gesetz über die Einigungsämter und Schiedsgerichte befriedigt also nicht mehr. Dem Parlament von Neu-Seeland liegt, wie wir einem australischen Arbeiterblatte entnehmen, zurzeit eine Novelle vor, welche unter Aufhebung der Einigungs- und Schiedsämter die Errichtung von Gewerkschaftsämtern vorsieht. Diese sollen aus drei Unternehmern und drei Arbeitern zusammengesetzt sein, die in dem betreffenden Gewerbe beschäftigt sind oder beschäftigt waren, in welchem die Differenzen ausgebrochen sind. Ein unparteiischer Vorsitzender soll von den Vertretern gewählt bzw. vom Gouverneur ernannt werden. Damit glaubt man den Mißstand beseitigen zu können, daß die Urteile der Einigungsämter, die mehr zugunsten der Arbeiter ausfallen, wieder aufgehoben werden können. An den letzteren wirkten gelehrte Richter mit. Die Gefängnisstrafen, deren Verhängung unter den Arbeitern viel böses Blut gemacht hat, sollen beseitigt werden. Dafür sollen die im Gesetz vorgesehene Geldstrafen mit größerem Nachdruck eingetrieben werden. Die Unternehmer sollen durch Gesetz verpflichtet werden, die auf Grund dieses Gesetzes über Arbeiter verhängten Geldstrafen vom Lohne abzuziehen, und zwar bis zur Höhe von 25 Proz. vom jeweiligen Wochenlohn. Gegen diese Bestimmung herrscht in den Kreisen der Arbeiter große Opposition. Ferner ist noch eine andere Bevormundung der Arbeiter geplant; man will in das Gesetz eine Bestimmung hineintragen, wonach die Gewerkschaftsbeamten aus denjenigen Gewerben herbeigekommen sein müssen, bei deren Berufsorganisationen sie angestellt werden. Die Wünsche der Arbeiter, sofern diese nicht auf eine gänzliche Beseitigung des Gesetzes hinauslaufen, gehen vor allem dahin, eine schnellere Rechtsprechung zu erzielen und einen größeren Anteil am Produkt zu erhalten, das sie durch ihre Arbeit hervorbringen. Bei dem gegenwärtigen Verfahren vergeht häufig ein Jahr und darüber, bis die dem Gericht unterbreiteten Differenzen ihre endgültige Erledigung finden. Um einen größeren Anteil am Produkt ihrer Arbeit zu erhalten, werden die Arbeiter von Neu-Seeland freilich andere Mittel in Anwendung bringen müssen. Um diesen sich zu sichern, müssen sie die Beseitigung des kapitalistischen Systems überhaupt als ihr Ziel ins Auge fassen. Und diesen Weg werden auch die Neu-Seeländer Arbeiter finden, die steigende kapitalistische Entwicklung wird sie dahin drängen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Bürgerchaftswahl in Hamburg.

Hamburg, 14. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Ersatzwahl zur Hamburger Bürgerchaft erhielt Genosse Umland einen beträchtlichen Stimmenzuwachs, so daß er an erster Stelle steht und in Stichwahl mit einem Reaktionär kommt. Den Ausschlag gibt der Linkliberalismus.

### Massenklagen gegen Gewerkschaften.

New York, 14. Februar. (W. L. B.) (Auf deutschatlantischem Kabel.) Wie aus New Orleans gemeldet wird, erhob die Grandjury des Bundesgerichts Anklage gegen die Vertreter fast aller Arbeitergewerkschaften New Orleans wegen Verletzung des Shermanischen Antitrustgesetzes.

### Die internationale Krise.

Amsterdam, 14. Februar. (W. L. B.) In der hiesigen Diamantindustrie sind zurzeit 4500 von den 8000 Arbeitern arbeitslos. Zum Zweck der Aufrechterhaltung der Löhne und der Preise für geschliffene Diamanten, die jetzt durch die Arbeitslosigkeit stark gefährdet werden, wird zwischen dem Juwelierverein und dem Diamantarbeiterverband über die etwaige völlige Arbeitseinstellung in der Brillantenbranche verhandelt, welche drei Viertel der Diamantindustrie umfaßt. Obwohl noch kein Beschluß gefaßt worden ist, scheint eine prinzipielle Einigung wahrscheinlich.

### Erdbeben.

Hamburg, 14. Februar. (W. L. B.) Heute morgen wurde von den Instrumenten der hiesigen Hauptstation für Erdbedenforschung ein Erdbeben von mäßiger Stärke aufgezeichnet, dessen Herz etwa 3500 Kilometer entfernt sein dürfte. Beginn der ersten Vorläufer 10 Uhr 5 Minuten 16 Sekunden, der zweiten Vorläufer 10 Uhr 10 Minuten 12 Sekunden, der Hauptbewegung 10 Uhr 15 Minuten 11 Sekunden. Die Dauer der Registrierung beläuft sich auf etwas über eine Stunde.

Reichstag.

101. Sitzung vom Freitag, den 14. Februar 1908, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratslich: Kräfte. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats der Reichspost- und Telegraphenverwaltung...

1. von der Budgetkommission betr. Schließung der Annahmehäuser für Pakete um 6 Uhr abends an den den Sonn- und Feiertagen vorhergehenden Tagen;

2. von den Abgg. v. Damm u. Gen. (wirtsch. Bg.) behufs Wiedereinführung der billigen Ausnahmetarife für Postkarten, Drucksachen, Warenproben und Geschäftspapiere im Orts- und Nachbarverkehr;

3. von den Abgg. v. Camp u. Gen. (Rp.) behufs Einstellung von Ostmarkenzulagen in den Etat (280 000 M. für mittlere Beamte, 420 000 M. für Kanzlei- und Unterbeamte, 10 000 M. für Erziehungsbeihilfen an höhere Beamte).

Die Beratung wird fortgesetzt beim Titel „Gehalt des Staatssekretärs“ 44 000 M.

Unterstaatssekretär Zwele: Der Abg. Kopsch hat gestern gefragt, wann das Gesetz über die Aufbesserung der Beamtensolden an das hohe Haus kommen wird. Ich kann nur auf meine am 30. Januar in der Budgetkommission abgegebene Erklärung verweisen, daß ich den Zeitpunkt noch nicht angeben kann.

Staatssekretär Kräfte: Auf die Frage der Telephonreform, auf die der letzte Redner gestern eingegangen ist, bitte ich heute nicht einzugehen, denn ich hoffe, daß die Vorlage darüber dem Hause demnächst zugehen wird.

Was an dieser Sache berechtigt, hat die Reichsverwaltung seit Jahren eingeleitet und führt sie weiter fort. Die Ausführung der Resolution aber würde, wie mein Kommissar bereits in der Budgetkommission dargelegt hat, mehrere Millionen Mark jährlich kosten.

Abg. Gamscher (Z.): Der gestrige Vortrag des Abg. Singer gegen die Postbeamten schien uns nicht genügend begründet. Es könnte ja auch ein Privatmann den Brief persönlich erhalten oder geöffnet haben.

Abg. Gamscher (Z.): Der gestrige Vortrag des Abg. Singer gegen die Postbeamten schien uns nicht genügend begründet. Es könnte ja auch ein Privatmann den Brief persönlich erhalten oder geöffnet haben.

Abg. Gamscher (Z.): Der gestrige Vortrag des Abg. Singer gegen die Postbeamten schien uns nicht genügend begründet. Es könnte ja auch ein Privatmann den Brief persönlich erhalten oder geöffnet haben.

Man spricht sogar davon, daß nicht einmal eine Teuerungszulage kommt. Dadurch würde das Vertrauen der Beamten zur Regierung auf den Nullpunkt sinken. Ich hoffe, daß die Erklärung der Regierung zur Beruhigung der tiefgehenden Erregung in den Beamtenkreisen beitragen wird.

Abg. Beck (Heidelberg, natl.): Wir können uns weder der zu scharfen Kritik des Herrn Singer noch den allzu großen Lobspärchen der Postverwaltung anschließen. Die geeignete Fürsorge für ihre Beamten ist die borchschmte Aufgabe der Reichspostverwaltung, und im gegenwärtigen Moment kann man es den Beamten nicht verübeln, wenn sie ihre Wünsche recht laut und deutlich nicht nur der Reichspostverwaltung, sondern auch uns mitteilen.

Abg. Ring (Rp.): Das Verhalten der Reichspostbehörde, die den Oberpostassistenten Jollitsch mit Entziehung eines Monatsgehältes bestraft hat, allerdings wegen einer nicht zu billigen Entgleisung, ist sehr bedauerlich.

Abg. Gamscher (Z.): Der gestrige Vortrag des Abg. Singer gegen die Postbeamten schien uns nicht genügend begründet. Es könnte ja auch ein Privatmann den Brief persönlich erhalten oder geöffnet haben.

beitszeit eingerechnet wird, ist ebenfalls berechtigt. Ich war in der Versammlung, in der die Arbeiter diese und weitere beschiedene Forderungen zum Ausdruck brachten, zugegen und habe mit Bedauern bemerkt, daß die Postbehörde durch Abwesenheit geglänzt hat.

Staatssekretär Kräfte: Ein Mißtrauen habe ich mit meiner Bemerkung über den Verkehr von Beamten mit Abgeordneten keineswegs ausdrücken wollen. Wenn aber Beamte mir ihre Wünsche in einer Audienz zum Ausdruck bringen und am Schluß mir sagen: „Wir haben die Wünsche auch drucken und an die Reichstag Abgeordneten verteilen lassen“, so muß ich mir sagen: „Was ist das für ein Geschäft?“

Staatssekretär Kräfte: Ein Mißtrauen habe ich mit meiner Bemerkung über den Verkehr von Beamten mit Abgeordneten keineswegs ausdrücken wollen. Wenn aber Beamte mir ihre Wünsche in einer Audienz zum Ausdruck bringen und am Schluß mir sagen: „Wir haben die Wünsche auch drucken und an die Reichstag Abgeordneten verteilen lassen“, so muß ich mir sagen: „Was ist das für ein Geschäft?“

Staatssekretär Kräfte: Ein Mißtrauen habe ich mit meiner Bemerkung über den Verkehr von Beamten mit Abgeordneten keineswegs ausdrücken wollen. Wenn aber Beamte mir ihre Wünsche in einer Audienz zum Ausdruck bringen und am Schluß mir sagen: „Wir haben die Wünsche auch drucken und an die Reichstag Abgeordneten verteilen lassen“, so muß ich mir sagen: „Was ist das für ein Geschäft?“

Staatssekretär Kräfte: Ein Mißtrauen habe ich mit meiner Bemerkung über den Verkehr von Beamten mit Abgeordneten keineswegs ausdrücken wollen. Wenn aber Beamte mir ihre Wünsche in einer Audienz zum Ausdruck bringen und am Schluß mir sagen: „Wir haben die Wünsche auch drucken und an die Reichstag Abgeordneten verteilen lassen“, so muß ich mir sagen: „Was ist das für ein Geschäft?“

Abgeordnetenhaus.

31. Sitzung vom Freitag, 14. Februar, 11 Uhr.

Am Ministerlich: Dr. Holle. Die allgemeine Besprechung über den Kultusetat wird fortgesetzt.

Abg. Stroffer (L.): Die gestrige Erklärung des Ministers über die Besetzung der theologischen Lehrstühle hat uns im allgemeinen befriedigt. Bisher ist aber Licht und Schatten nicht immer gleichmäßig verteilt worden, denn mit Ausnahme der Universität Greifswald ist auf allen Universitäten die liberale Richtung bevorzugt.

Abg. Hoff (fr. Bg.): Der Lehrermangel ist noch heute ein enormer. Es sitzen noch Hunderttausende von Kindern in Klassen mit 100 bis 120 Kindern. (Hört! hört!) Möge der neue Herr Minister dieser Frage seine ernsteste Aufmerksamkeit widmen.

Abg. Hoff (fr. Bg.): Der Lehrermangel ist noch heute ein enormer. Es sitzen noch Hunderttausende von Kindern in Klassen mit 100 bis 120 Kindern. (Hört! hört!) Möge der neue Herr Minister dieser Frage seine ernsteste Aufmerksamkeit widmen.

Kleines feuilleton.

Im Paradies. Es gibt immer noch hirnschwache Schwärmer, die an die Möglichkeit einer paradiesischen Lebensweise im Sinne der biblischen Schilderung hier auf Erden glauben. Gibt es nicht herrliche Eilande, so sagen sie, mit reicher Vegetation und ewigem Sonnenchein, wo der Mensch nachgehen, sich von Früchten nähren kann und ledig aller Sorge um seine Existenz sich fröhlicher Erregung hingeben kann?

Seit einigen Jahren läßt ein junger Schriftsteller solche Lockrufe in Zeitchriften für Naturheilverfahren erhalten von der kleinen Insel Rabakon aus, die 12 Stunden von Herberthöhe auf Deutsch-Neu-Guinea liegt. Wie es in Wirklichkeit mit diesem paradiesischen Leben aussieht, kann man aus den Schilderungen entnehmen, die der Regierungsrat Dr. Seibert, der Leiter des Krankenhauses in Herberthöhe, in den kürzlich erschienenen amtlichen „Medizinal-Berichten über die Deutschen Schutzgebiete für das Jahr 1906/07“ von der Person und dem Schicksal des erwähnten „Sonnensbruders“ gibt. Er schreibt:

„Der Mann, namens E., der es auf der Suche bis zum Primanerzeugnis gebracht hatte, gehörte zu den sogenannten „Naturmenschen“. E. hält volle Rücksicht in den Naturzustand für das einzig Wahre. So geht er auf seiner Insel völlig nackt, läßt sich die Haare wachsen und lebt ausschließlich von Früchten. Er verehrt die Sonne als die alleinige Lebensspenderin. Die Früchte, die der Sonne am nächsten wachsen, das sind die Kokosnüsse, seien daher die naturgemäße Nahrung. Durch dauernden Genuß von Kokosnüssen müsse man hier auf Erden allmählich zu dem von ihm erträumten Idealzustand kommen, einem ätherischen unsterblichen Dasein, nämlich dem im Paradiese verheißenen...“

Sein erstes Opfer war ein junger Helgoländer von etwa 24 Jahren. Mitte Dezember 1903 traf er hier ein. Bieleicht infizierte er sich während seines kurzen Aufenthaltes in Friedrich-Wilhelms-Hafen oder Herberthöhe mit Malariafieber, das er natürlich nicht mit Chinin behandelte, ... vielleicht auch läßt die Sonnenwirkung einen schädlichen Einfluß auf seine Hirnhäute aus. Er starb bereits sechs Wochen später, ohne daß ich als Arzt zugezogen wurde.

Der dritte Sonnenanbeter war ein Kapellmeister, ein hervorragender Klavier- und Geigenvirtuose, überzeugter Spiritist, ergreulich und hochgradiger Neurotiker. Er hoffte auf diesem Wege von seinen Leiden Heilung zu finden. Nach sechsmonatigem

Aufenthalt auf Rabakon war er, zweifelnd an der Wahrheit der Eschen Ideen, derart heruntergekommen, daß er beschloß, die Hölle des Krankenhauses in Herberthöhe in Anspruch zu nehmen. Er starb auf dem Wege dahin. Zwei weitere Sonnenbrüder kehrten bald nach Deutschland zurück, ein letzter verunglückte.

Der Süster des Sonnenordens suchte Mitte Januar 1906 auf Zureden anderer Leute das Krankenhaus auf. Er litt am ganzen Körper an Krämpfe, hatte eine Menge Hautgeschwüre, ferner eine Narbenkontraktur am linken Fußknöchel. Zunächst war er aber infolge äußerster Entkräftung überhaupt nicht imstande zu gehen. Sein Körpergewicht betrug bei der Aufnahme nur 39 Kilogramm bei einer Körpergröße von etwa 1,66 Meter. ... Gegen seine Behandlung mit warmen Seifenbädern, mit Verbalsalben und antiseptischen Verbänden seiner eiternden Geschwüre erhob er keinen Einspruch, vielleicht nur, weil ihm gelang war, daß er im Krankenhaus sich den Vorurtheilen des Arztes unterwerfen müsse. Nach seiner Ansicht aber können durch den Eiter der Geschwüre die letzten krankhaften Stoffe aus seinem Körper, die ihn bis jetzt verhindert hätten, in den ätherischen Idealzustand überzugehen. Durch reichliche Milchdiät, Eier, Dörrobereitung von Bananen usw. ... selbst etwas Hühnerfleisch genoß er zuletzt ... gelang es, seinen Ernährungszustand derart schnell zu heben, daß er bei seiner Entlassung am 8. Februar, die auf seinen Wunsch erfolgte, bereits 55 Kilogramm (+ 16 Kilogramm) wog. Seitdem habe ich den Kranken nicht wiedergesehen. Von anderer Seite hörte ich, daß er inzwischen wieder in seiner Ernährung stark heruntergekommen ist. Zweifellos wird er in längerer oder wahrscheinlich kürzerer Zeit seinen Ideen zum Opfer fallen. ...

Zum Schluß warnt Dr. Seibert weitere Leichtgläubige davor, sich durch die Rufe des Propheten in das „Paradies“ auf Rabakon locken zu lassen.

Theater.

Charlottenburger Schiller-Theater: „Auf der Sonnenseite“, Lustspiel von Blumenthal und Kadelburg. Das anspruchslose Stückchen, das aus früheren Zeiten der bekannten Firma stammt, fand bei flotten Spiel ein sehr dankbares Publikum. Die geschäftlich lancierten, munteren Wendungen des Dialogs verhüllten die Dürftigkeiten der Erfindung, und obendrein erhielt man noch alterharm Moralisches als Zugabe mit auf den Weg. Zwei Aristokratenjünglinge, die ihr Erbeil vergeudet haben, gelangen durch ein paar angenehme, schmerzlose Operationen des Komödientischfalls zur Einsicht, daß nicht Rühigkeit, vielmehr Solidität und Arbeit auf der „Sonnenseite“ des Lebens liegt, wobei dann zugleich selbstverständlich Fürsorge getroffen ist, daß der entschlossene Kammer alsbald zu den Geheberten zurückkehrt. Die Tochter eines biederen Ofenfabrikanten, der es zum Millionär gebracht und nun, nach den Befehlen seiner überpannten Frau, den Vornehmen spielen soll, entfacht einen Wettkampf unter den jungen Leuten. Der eine, der da wirklich liebt, will erst selbst verdienen, um dann das Mädchen mit heroischer Veringerschätzung der väterlichen Gelder zu freien, während der andere, ein ausgemachter Bindhund, die

Rolle des Reizjüngers in der Familie übernimmt. Der Probe entpuppt sich als Genie im Offenmüßerzeichnen und führt als Selbstmademan die Braut heim. Doch auch der andere fällt um, als eine Jugendfreundin ihm gründlich die Leiden lieft. Nach achtstägiger Verurteilung hat er schon gute Lebensrente eingestimmt und verlobt sich als künftiger Gutsdächter mit der Dame. Die Weine, die er als Weinreisender seinem adelstolzen Onkel präsentiert, haben den alten Herrn so entsetzt, daß er dem entarteten Neffen ein Stipendium auswirft, mit der Bedingung, daß er dem kompromittierenden Berufe entsage. ... Die Figur des Schwere-nöters mit ihrer Mischung von Phlegma, Unverschämtheit und Selbstironie kam in der Darstellung von H e r n a n d H e r m a n n s, die des ehemaligen Töpfermeisters und Lebemanns wider Willen im Spiele Thurners vortrefflich und amüsant heraus. Korrekt repräsentierte Paesche den „besseren“ der beiden jungen Männer. Frau Fanny Wolff war als ehrgeizige Parbenunggattin resolut und charakteristisch, Hedwig Pauly und Helene Alma zeigten in ihren Mädchenrollen freie, natürliche Anmut. ... dt.

Notizen.

Theaterchronik. Im Friedrich-Wilhelmstädtischen Schauspielhaus geht am Sonntag, dem Todestage Lessings, nach 3 Uhr, „Rathan der Weise“ in Szene. Der Ertrag ist für den Fonds zur Erhaltung des noch immer gefährdeten Lessinghauses in Berlin bestimmt. Das Haus soll der Erinnerung Lessings gewidmet werden, außerdem soll ein Theatermuseum im Lessinghause eingerichtet werden. Für Schüler sind die Preise der Plätze extra ermäßigt.

Die Ueberführung Jolas nach dem Panttheon ist von der Regierung endgültig auf den 2. April, seinen Geburtstag, anberaumt. Die Regierung wird für diese Feier 35 000 bis 40 000 Fr. vom Parlament sich bewilligen lassen.

Vier Porträts von Reynolds entdeckt. Aus London kommt die Kunde von vier bisher unbekanntem Porträts von Reynolds, die Claude Phillips soeben entdeckt hat. Die vier Gemälde stellen Angehörige der Waller Genealogie-Familie dar; sie sind allem Anschein nach bislang den Kunstforschern entgangen.

Der Feiensil als Talkstod. Aus Salzburg wird der „Frl. Jg.“ ein lustiges Stückchen berichtet. Erschien da kürzlich in einer sonntäglichen Aufführung des Walzertraumes der erste Kapellmeister des Stadt-Theaters zum Staunen des ausverkauften Hauses mit einem sehr voluminösen Talkstod am Dirigentenpult und begann seines Amtes zu walten. Auf der Bühne gab's allerlei Schwankungen, da und dort wurde gelächelt, aber der Dirigent ließ sich nicht beirren. Er schwang die steile in seiner Hand fast so grazios wie das Stäbchen aus Ebenholz! Die Jura brachte des Krätzes Lösung während der Pause in den Zuschauerraum: der Kapellmeister hatte um mehrere Plätze Sekt gewettet, daß er die Operette mit einem abgedrohten Besensstiel dirigieren werde. Daß er die Wette gewonnen hat, wird ihm die heitere Kunst wohl verzeihen!

Gerade die besten Kräfte unter den Lehrern bekämpfen die geistliche Schulaufsicht. Im Jahre 1898, als das Kultusministerium gegründet wurde, war es vom Geiste Pestalozzi erfüllt. Ich wünsche, daß auch das Kultusministerium vom Jahre 1908 ein voll geschüttelt und gerüttelt Maß dieses pestalozzischen Geistes haben möge. (Beifall links.)

Abg. Marx (Z.): Die, wie ich zugebe, mißverständlichen gestrigen Ausführungen meines Kollegen Stull gegenüber dem Lehrerstande hat dieser für seine Person, nicht für die Partei gemacht. (Hört! hört!) Die freundliche Stellung meiner Partei gegenüber den Lehrern ist allbekannt. Auch Herr Stull hat mich beauftragt, zu erklären, daß er selbstverständlich nicht allgemein einen Vorwurf gegen die Lehrer habe erheben wollen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Köhling (natl.): Wenn der Abg. Marx seine Berufsamkeit, die er zur Verteidigung seines Freundes Stull aufgewandt hat, dazu aufwenden würde, um dem Publikum den Unterschied zwischen den katholischen Orden und den evangelischen Diakonissen klar zu machen, so würde ihm das zweifellos gelingen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Die Debatte wird geschlossen.

Personlich bemerkt

Abg. Hoff (fr. Vg.): Der Abg. Marx hat mir verblümt den Vorwurf gemacht, ich hätte das Zentrum für die Lehrerungen des Abg. Stull verantwortlich gemacht. Das ist nicht der Fall. Ich konstatiere aber, daß das Zentrum einen Rücksug gemacht hat.

Der Titel „Ministergehalt“ wird bewilligt.

Beim Titel „Direktoren“ beschränkt

Abg. Freiherr v. Eynatten (Z.) größere Aufwendungen für die Denkmalpflege und regt die Schaffung einer Zentralfstelle für die Denkmalpflege an.

Kultusminister Dr. Holle: Ich erkenne an, daß es dringend wünschenswert ist, die Denkmäler aus alter Zeit zu erhalten und für die Zukunft zu konservieren. Die Einrichtung einer Zentralfstelle für die Denkmalpflege unterliegt aber gewissen Bedenken, wie zentralisieren schon zu viel. Die bestehenden Provinzialkommissionen sind unzweifelhaft besser geeignet, auf diesem Gebiete zu wirken. Bemerken möchte ich noch, daß die Domänen- und Forstverwaltung sich bereit erklärt hat, die Baubehörden in ihrem Gebiet an die Verwaltung des Kultusministeriums abzutreten. (Beifall.)

Abg. Freiherr v. Wolff-Metternich (Z.) bittet um die Bewilligung erheblicherer Staatsmittel für die Pflege und Erhaltung von Kunstdenkmälern.

Der Titel wird bewilligt.

Debatte über den Entwurf des Kapitels „Evangelische Oberkirchenrat“, „Evangelische Konfessionen“, „Evangelische Geistliche“.

Beim Kapitel „Bistümer“ verlangt

Abg. Dr. Köhling (Z.) einen höheren Staatszuschuß für das Bistum Freiburg.

Ministerialdirektor v. Chappuis legt dar, daß nach den abgeschlossenen Verträgen eine rechtliche Verpflichtung des Staates zur Erhöhung des Zuschusses nicht bestehe.

Das Kapitel wird bewilligt.

China erhebliche Debatte werden erledigt die Kapitel Katholische Geistliche und Kirchen, Kultus und Unterricht gemeinsam, Provinzialschulkollegium und Prüfungskommissionen.

Es folgt die Interpellation der Abgg. Schiffer (natl.) und Bieder (H.):

Nach § 7 des Gesetzes betreffend die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen soll die Verpflichtung der nach dem Kommunalabgabengesetz von der Gemeindefiskussteuer befreiten Personen, zu den Volksschulen beizutragen, durch Gesetz geregelt werden.

Mit der Einbringung und Verabschiedung eines diese Regelung enthaltenden Gesetzes vor dem Inkrafttreten des Volksschulunterhaltungsgesetzes, dem 1. April 1908, zu erwarten?

Wenn dies nicht der Fall ist — welche Maßnahmen sind vorzusehen, um eine ungerechtfertigte Mehrbelastung der Gemeinden und des Staates zu verhindern?

Kultusminister Dr. Holle erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Abg. Schiffer (natl.) begründet die Interpellation. Die Regelung der in unserer Anfrage aufgeworfenen Frage begehrt in der Sache der Schulunterhaltungsgesetzes Schwierigkeiten, und es würde ein Vorbehalt in das Gesetz eingefügt, daß die Frage der Heranziehung der Ständeherrn, der Beamten, der Beamten und der Lehrer zu den Schulunterhaltungsbeiträgen in einem besonderen Gesetz geregelt werden soll. Das Herrenhaus strich aus dieser Annahme die Ständeherrn heraus, was einigem Befremden erregt hat. Da ein Gesetz bisher nicht verabschiedet werden konnte, so wird für die Leistungen der Staatsbeamten der Staat einzutreten haben. Aber es würde doch nicht möglich sein und nicht verstanden werden, wenn der Staat auch für die Ständeherrn eintreten würde. Es handelt sich hier um eine Frage des Ausgleichs der sozialen Gerechtigkeit. (Beifall.)

Minister Dr. Holle: Es erscheint der Regierung nicht angängig, die Frage der Heranziehung der Ständeherrn und der Beamten zu den Volksschulbeiträgen allein zu regeln, da die Gründe, die für die Heranziehung der Privilegierten hier sprechen, auch für ihre Heranziehung zu den Gemeindefiskus gelten müssen. Was die Steuerfreiheit der Beamten anlangt, so ist die Staatsregierung über deren anderweitige Ordnung bereits in Verhandlungen eingetreten. Betreffs der Mitglieder des königlichen Hauses und der Ständeherrn wird die Regelung einer Frage des Kommunalabgabengesetzes vorbehalten bleiben müssen. Inzwischen sind Bezirksregierungen angewiesen worden, etwaige Verordnungen in der Unterhaltungspläne bei den Schulbehörden möglichst durch Ausgleichsfonds auszugleichen. Die Städte kommen hier kaum in Frage, da dort überwiegend die Schulkosten von den Kommunen getragen werden. Aber auch für die Landgemeinden haben sich nur zwei Fälle feststellen lassen, in denen Ständeherrn eine Erleichterung erfahren würden, und mit diesen sind Verhandlungen eingeleitet worden, die hoffentlich zu einem befriedigenden Ergebnis führen werden.

Auf Antrag des Abg. Dr. v. Hendebrand (L.) wird die Besprechung der Interpellation beschlossen.

Abg. Hoff (L.) erklärt sich im allgemeinen durch die Erklärung des Ministers für befriedigt.

Abg. Dr. Jodhoff (H.) spricht den dringenden Wunsch aus, die im § 7 des Volksschulunterhaltungsgesetzes vorgesehene gesetzliche Regelung baldigt vorzunehmen.

Minister Dr. Holle wiederholt, daß nur zwei Ständeherrn in Frage kommen, die als Mitglieder von Schulgesellschaften von ihren bisherigen Lasten befreit würden. Wenn die Verhandlungen mit diesen zu einem Ergebnis führten, würde die Regelung der ganzen Frage im übrigen bei einer Revision des Kommunalabgabengesetzes zweckmäßig geregelt werden.

Abg. Gassel (fr. Vg.): Ich kann mich durch die Ausführungen des Ministers durchaus nicht für befriedigt erklären. Die Bewilligung im § 7 des Schulunterhaltungsgesetzes konnte nicht anders aufgeführt werden, als daß ein Gesetz zur Heranziehung der dort erwähnten Personen vor Einführung des Schulunterhaltungsgesetzes erlassen werden mußte, und es ist zu bedauern, daß das nicht geschieht. Es wird gesagt, daß nur zwei Ständeherrn hier in Betracht kämen; wir haben aber keine Auskunft erhalten, inwiefern es sich um Mitglieder des königlichen Hauses handelt. Es muß als ungeheuerlich bezeichnet werden, daß Personen, die schon von Kommunalabgaben befreit sind, auch noch von den Volksschulbeiträgen befreit sein sollen, die sie bisher getragen haben. Ich möchte dringend bitten, wenn die Verhandlungen nicht in den nächsten Tagen zu dem Resultat führen sollten, daß die betreffenden Personen sich freiwillig zur Tragung der bisherigen Lasten bereit erklären, daß dann schnell ein Gesetz erlassen wird, durch welches die Personen, die bisher Beiträge an Schulgesellschaften gezahlt haben, verpflichtet werden, diese Beiträge in Zukunft an die Gemeinden zu zahlen.

Es würde große Erbitterung im Volke erregen, wenn derartige Personen eine Erleichterung erhalten würden, die das Haus befreiten sollte. (Lebhafter Beifall links.)

Minister Dr. Holle: Ich würde bereits an ein Gesetz im Sinne des Vorredners herangegangen sein, wenn die Frage eine größere Bedeutung hätte. Es handelt sich nur um zwei Ständeherrn, die eine Erleichterung erfahren. Die Mitglieder des königlichen Hauses kommen überhaupt hier nicht in Betracht. Es wird zweifelhaft sein, die ganze Frage bei der Revision des Kommunalabgabengesetzes zu bewilligen.

Abg. Gassel (fr. Vg.): Ich kann nicht verstehen, daß immer darauf hingewiesen wird, es müsse eine Regulierung im ganzen erfolgen. Warum soll bei einer so einfachen Sache nicht ein Spezialgesetz möglich sein, wie es schon früher öfter erlassen wurde.

Damit schließt die Besprechung. Die Tagesordnung ist erschöpft.

Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung des Kultusetats in Verbindung mit Anträgen betreffend Förderung begabter Volksschüler und Abschaffung der Volksschulklassen an höheren Schulen.

Schluß 3 1/2 Uhr.

## Immer noch die Geldverrichtung in Kiautschou.

(Sitzung der Budgetkommission vom 14. Februar.)

Die Debatte über die Chinesenschule in Tsingtau wird fortgesetzt. Der Referent Paasche hat beantragt, statt der geforderten 875 000 M. nur 50 000 M. zu bewilligen zur Vorbereitung und Prüfung der Errichtung von Lehranstalten für Chinesen. Der Antragsteller, Abg. Semler und der Marineminister wollen glauben machen, daß in der Bewilligung dieser Summe keine Bindung für die Zukunft liegt. Gleichwohl aber reden sie davon, daß sie aus Kiautschou ein Kulturzentrum machen wollen. Spahn ist von der Vergründung noch nicht überzeugt und schließt die französischen Einrichtungen, die, wie schon erwähnt, reine Privatunternehmungen sind.

Abg. Eichhorn verweist darauf, daß zweifellos in der Bewilligung dieser Summen eine Bindung für die Zukunft liegt. Aber das will trotz Ablehnung von Gründen die Mehrheit so auch Kiautschou soll ein Kulturzentrum werden. Wir sind der Meinung, man soll erst aus Deutschland ein Kulturzentrum machen, und lehnen somit auch den Antrag Paasche ab. Selbst vom Standpunkt der Mehrheit erscheint die Forderung nicht begründet, das Schriftstück des Generalen in Peking bewegt sich in allgemeinen Redewendungen und mehr haben auch die Regierungsdirektoren nicht vorbringen können.

Nach langer Diskussion, in welcher Wiemer sich im Prinzip mit den Erklärungen der Regierung einverstanden erklärt, wird der Antrag Paasche mit 14 gegen 11 Stimmen angenommen. Der Demokrat Storz und Wiemer stimmten mit der Mehrheit.

Ohne wesentliche Debatte werden sodann eine ganze Reihe Positionen ohne Abstrich bewilligt.

Die Verpflegungsgelder im Betrage von 815 500 M. findet Paasche zu hoch; es soll eine Erhöhung von 102 000 M. gegen das Vorjahr eintreten, außerdem sind 575 000 M. Reis- und Zuckerausgaben bewilligt worden. Das gibt ca. 1 1/2 Millionen für 2000 Mann! Paasche beantragt die Mehrforderung von 102 000 M. zu streichen. Die Mehrheit beschließt das. Ein kleiner Streit entsteht noch darüber, ob die Soldaten in Kiautschou in ihrer freien Zeit Kohl bauen sollen, Paasche empfiehlt es, Latmann und der Marineminister sind dagegen.

Für Reinigung, Feuerung, Beleuchtung und Mietsentwässerung werden 333 764 M. gefordert, 23 440 M. mehr als im Vorjahr. Auch hier herrscht offenbar eine ziemliche Verschwendung. In der umfangreichen Diskussion wird festgestellt, daß Subaltern-Offiziere für eine 5-Zimmerwohnung 2400 M. Mietsentwässerung neben Gehältern von 12 bis 18 Tausend Mark erhalten. Es werden schließlich 23 000 M. abgestrichen.

Bei den Posten von 208 000 M. für Lagerverwaltung und Krankenpflege bemängelt Paasche, daß 13 Marineärzte mit zum Teil sehr hohen Gehältern in Kiautschou stationiert sind. Es wird festgestellt, daß die verheirateten Offiziere und Unteroffiziere freie ärztliche Familienbehandlung haben. Die Position wird ebenso wie eine größere Zahl nicht angeforderte Titel mit dem vollen Betrag bewilligt.

Die Reise-, Unzugs- und Marschkosten betragen 1 202 000 M., 1/2 Million mehr als im Vorjahr. Der Posten wird nach kurzer Debatte bewilligt. Ebenso die Restpositionen der dauernden Ausgaben.

Folgen die einmaligen Ausgaben. Für den Hafenausbau werden noch 1 100 000 M. verlangt, auf Antrag Paasches werden 100 000 M. gestrichen. Für Kasernenbauten, Offizierspeiseanstalt, Exerzierschuppen usw. werden 868 500 M. bewilligt.

Für Tiefbauten sind angelegt 850 000 M. Paasche konstatiert aus den Kostenanschlägen, daß den Bauarbeiten neben ihren hohen Gehältern kolossale Summen an Baupositionen gewährt werden. Bei Bauarbeiten von 50 000 M. kostet die Bauleitung 20 000 M. — wohlverstanden, neben den Gehältern und Baupulagen der Beamten; in einem anderen Falle beträgt die Bausumme 48 000 M., die Bauleitung kostet 27 000 M. Auf die Kritik kann der Marineminister weiter nichts sagen, als daß er nicht umhine zu kommen, bei jedem Posten nachzusprechen, ob hier und da zu teuer gewirtschaftet worden ist. Er könne das Gouvernement nicht mit so scharfer Kontrolle umgeben. Die Marineverwaltung gerät bei dieser Schritt für Schritt einziehenden Kritik immer mehr in Verlegenheit, die Verteidigung der Forderungen ist meist mehr als mangelhaft. Es werden schließlich 150 000 M. gestrichen.

Die Armerungsarbeiten betragen dies Jahr 1 Mill. Mark, es sind schon circa 5 Mill. früher genehmigt und es stehen noch weitere Millionen-Forderungen in Aussicht. Nach kurzer Debatte wird auch diese Forderung genehmigt.

Das Rheinisch-westfälische Kohlenrudikat macht bei dieser Kiautschouwirtschaft ebenfalls ein Geschäft mit der Marineverwaltung; es will drei alte hölzerne Kohlen-schuppen für 150 000 Mark an das Reich verkaufen. Dieser ungeheuer Preis stößt natürlich wieder auf Widerstand; es wird von Regierungsdirektoren mitgeteilt, daß die Firma die Schuppen feinerzeit auf eigenes Risiko gebaut hat, es seien jährlich 5 Proz. abgeschrieben worden, der verbleibende Buchwert soll bezahlt werden. Eichhorn macht darauf aufmerksam, daß gestern der Marineminister die stark Abnutzung der Gebäude unter dem Namen von Kiautschou zur Begründung der Forderung von 50 000 M. für bauliche Unterhaltung des Lazarettos angeführt habe. Wie wolle man nun rechtfertigen, daß für alte Holz-schuppen nur 5 Proz. abgeschrieben wurden? Paasche macht darauf aufmerksam, daß sich der Quadratmeter Holz bei diesen alten Schuppen auf 20 M. stellt, während er hier wohl an 5 M. gern geliefert würde. Die Summe wird aber schließlich bewilligt.

Endlich werden 120 000 M. zur Unterstützung der Seidenindustrie im Schuggebiete gefordert. Die Summe soll einer Seidengesellschaft zugute kommen, welche man damit in Tsingtau festhalten will. Das Zentrum ist gegen die Forderung; der Unterstaatssekretär Zwele verteidigt dagegen sehr eindringlich den Posten. Er weist dabei von vornherein jeden etwa aufsteigenden Verdacht vor sich, daß er mit der Gesellschaft in irgend welcher Verbindung stehe; er wisse nicht einmal, wer der Gesellschaft angehöre. — Die Gesellschaft habe Verluste erlitten und es sei eine Anstaltspflicht der Verwaltung, einen Teil tragen zu helfen. Aufser-

dem sprächen nationale Gründe für die Unterstützung der Gesellschaft. Aber selbst bei den Hochparcien vermag er keine rechte Bewilligungsummung zu erzeugen, und als Zweck schließlich auf mehrere Anfragen zugehen muß, daß in den nächsten Jahren möglicherweise solche Forderungen sich wiederholen können, da ist es um den Posten geschehen. Nur Nationalliberale und Konservative stimmen dafür, die 120 000 M. sind also gestrichen.

Damit ist endlich der Etat für Kiautschou erledigt, es sind nun in der Kommission insgesamt an dem Etat mit 12 327 400 M. rund 870 000 M. gestrichen worden. Die Frage wird nur sein, wieviel davon im Wege des Kompromisses in der zweiten Lesung im Plenum wieder eingefügt wird.

Am Dienstag beginnt die Beratung des Kolonialetat — der Rest der Arbeiten der Budgetkommission.

## Parlamentarisches.

Die Reichstagskommission für Änderung des Telegraphengesetzes (Telefunkenkommission) nahm den Gesetzentwurf mit dem vom Zentrum eingebrachten Antrag an, wonach mit dem 1. Juli 1913 die Gebühren nach oben festgelegt werden sollen. Ein von den sozialdemokratischen Mitgliedern der Kommission gestellter Antrag, die Erhebung von Gebühren überhaupt gesehlich zu regeln, wurde abgelehnt; desgleichen ein weiterer Antrag von derselben Seite, wonach die Bewilligung zur Errichtung einer Telefunkenanlage auf Schiffen (Vorstation) nicht von dem Vorhandensein eines Bedürfnisses abhängig gemacht werden solle. Die Regierungsdirektoren erklärten, daß der Fall, wonach die Genehmigung nicht erteilt werde, kaum vorkommen dürfte, schon weil es im Interesse des Marineamtes liege, daß möglichst viele Schiffe mit Vorstationen ausgerüstet sind. Aber es sei besser, wenn um die Genehmigung nachgedacht werden müsse, sagen um einen besseren Überblick zu haben.

In der Justizkommission des Abgeordnetenhauses wurde am Donnerstagabend der Antrag Schiffer (natl.) über die Einrichtung von Jugendgerichten eingehend beraten. Es wurde beschlossen, dem Hause eine Resolution des Inhalts vorzuschlagen, daß die Staatsregierung 1. im Bundesrat für die Reform des Strafrechts, des Strafverfahrens und des Strafvollzuges in Beziehung auf jugendliche Personen eintreten solle; 2. nach Möglichkeit versuchen solle, bis zum Erlaß eines solchen Gesetzes in einer, den bereits angelegten Verfahren entsprechenden Weise auf dem Boden des bestehenden Rechts im Wege der Verwaltung das Strafverfahren gegen jugendliche Personen auszugestalten.

## Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Im Verlage von J. S. B. Dieck Nachf. in Stuttgart erschien soeben:

Die Klassengegensätze im Zeitalter der französischen Revolution von Karl Kautsky. Neue Ausgabe der Klassengegensätze von 1789 80 S. broschiert 75 Pf., gebunden 1 M. Vereinausgabe 50 Pf.

Die neue Ausgabe ist im Inhalt nicht verändert. In der Vorrede von Neujahr 1908 sagt der Verfasser:

„Der Zweck, dem das Schriftchen vor zwei Jahrzehnten dienen sollte, ist leider auch heute noch nicht gegenstandslos geworden; es war der, einer klaren Auffassung der materialistischen Geschichtsauffassung, einem Vulgärmarxismus entgegenzuwirken, der damals grassierte.“

Als 1883 die „Neue Zeit“ gegründet wurde, war die materialistische Geschichtsauffassung, ja der Marxismus überhaupt, trotz des kommunistischen Manifestes und des Engelschen Anti-Dühring selbst in sozialistischen Kreisen noch wenig beachtet und noch weniger begriffen. Das bewies deutlich die wissenschaftliche Revue der deutschen Sozialdemokratie von 1877, in der nicht die leiseste Ahnung davon zu verspüren war, daß es so etwas wie eine materialistische Geschichtsauffassung gäbe. 1880 finden wir dagegen diese Auffassung nicht bloß in der deutschen, sondern in der gesamten internationalen Sozialdemokratie zum Durchbruch gelangt. Datten Engels und seine deutschen Freunde im „Sozialdemokrat“ und der „Neuen Zeit“ dahin gewirkt, so nicht minder Querde und Lafargue in den romanischen, Agelrod und Plechanoff in den slavischen Ländern.

Aber die Belehrung des Nachwuchses der Parteintelligenz zum Marxismus war eine zu unermittelte und rasche gewesen, als daß sie bei der Masse der neuen Adepten aus völligem Begreifen dieser Lehre entspringen konnte. Der den Marxismus wissenschaftlich vollständig erfaßten, wer auf dem Boden der Anerkennung des Klassenkampfes nicht bloß kämpfen, sondern auch zu wissenschaftlicher Selbständigkeit gelangen will, der muß mit der überlieferten wissenschaftlichen Denkweise völlig gebrochen haben und muß mit den verschiedensten Gebieten des Wissens genügend vertraut sein, um der Kräfte der bürgerlichen Wissenschaft einreden zu können. Wer nicht so weit ist, wird wenn er auf marxistischer Grundlage wissenschaftlich arbeiten will, nur zu leicht zu einem Vulgärmarxismus gelangen, der ausreicht mag, wo er sich begnügt, zu popularisieren, was Marx und Engels gefunden, der vermag, wenn er die befahrenen Gleise verlassen will.

Diesem 1889 grassierenden Vulgärmarxismus entgegenzuwirken, der den Schlüssel zu aller Weisheit zu besitzen glaubte, wenn er wußte, daß die gesellschaftliche Entwicklung ein Produkt der Klassenkämpfe ist, und daß die sozialistische Gesellschaft aus dem Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat hervorgehen wird — der Gefahr entgegenzuwirken, daß der Marxismus zu einer bloßen Formel und Schablone herabgedrückt werde, das war die Aufgabe, der neben anderen Arbeiten auch die vorliegende dienen sollte. Sie wollte die Fälle von Einseitigkeit zeigen, die aus der Anwendung des Prinzips des Klassenkampfes in der Geschichte zu gewinnen ist, aber auch die Fälle von Problemen, die daraus hervorgehen. Sie wollte dabei nicht bloß der Verflachung der Theorie, sondern auch der der Praxis des Klassenkampfes entgegenwirken, indem sie zeigte, daß die sozialistische Politik sich nicht damit begnügen darf, den Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit im allgemeinen zu konstatieren, daß sie den ganzen sozialen Organismus in allen seinen Details durchforschen muß, da unter diesem großen Gegenstand noch zahllose andere in der Gesellschaft bestehen, von geringerer Bedeutung, die aber nicht übersehen werden dürfen und deren Verständnis und Ausnutzung die proletarische Politik bedeutend erleichtern und viel fruchtbarer machen kann.

Daß dies meine Absichten gegenüber dem Vulgärmarxismus waren, deutete ich in der Einleitung an. Schärfere gegen den Vulgärmarxismus vorzugehen, lag damals noch kein Grund vor.

Gerade zu der Zeit aber, als die vorliegende Schrift erschien, bereitete sich schon die Revolte eines Teils der Vulgärmarxisten gegen den Marxismus vor — die Revolte der „Jungen“ in Deutschland, der Domela Nieuwenhuis und Cornelissen in Holland, die es für nötig hielten, die Lehre vom Klassenkampf sogar gegen Engels selbst zu verteidigen, der Marx nicht genügend verstanden habe.

Nach Engels' Tode erfolgte dann eine weitere Entwicklung dieser Elemente, die nun Jazug anderer Vulgärmarxisten erhielten. Sie fanden jetzt, in der Zeit der Prosperität und der beherrschenden Duldung, in dem Marxismus selbst, wie sie ihn verstanden, ein Haat, und gegen denselben Vulgärmarxismus, den sie eben als den wahren Marxismus gepredigt, wandten sie sich nun, aber auch gegen den Marxismus überhaupt, entweder mit anarchistischen oder mit liberalen Argumenten. Sie fanden die Zustimmung jener Elemente, die von Anfang an dem Marxismus ablehnend gegenüberstanden waren.

Angesichts dessen wurde es zur Hauptaufgabe der Marxisten, soweit sie nicht durch die aktuelle Politik ganz in Anspruch ge-

nommen wurden, das, was der Marxismus bereits geleistet, herzustellen und zu verteidigen. Und da gleichzeitig die Ausdehnung unserer Partei so enorm wuchs, daß die praktischen Arbeiten der politischen und gewerkschaftlichen Organisation und Presse den gesamten Nachschub an Intelligenz absorbierten, ist es einleuchtend, daß die Kraft zur wissenschaftlichen Weiterentwicklung des Marxismus in dieser Periode sehr eingesenkt wurde.

So ist auch meine vor zwanzig Jahren gegebene Skizze der Klassengegensätze im Zeitalter der großen Revolution leider bis heute noch nicht durch eine andere Arbeit überholt oder gegenstandslos gemacht worden.

Eine treffliche Ergänzung jedoch dürfte sie demnächst finden in einem Buche über die französische Revolution, das H. Cunow vorbereitet und auf das ich heute schon alle jene Leser meines Schriftchens hinweisen möchte, die in den Gegenstand tiefer einzudringen suchen.

Sind auch bald vier Menschenalter seit dem Beginn der großen Revolution verstrichen, so wirkt doch dies gewaltige Ereignis bis in unsere Tage nach, und es ist unmöglich, die Klassengegensätze der Gegenwart völlig zu begreifen, wenn man nicht das Verständnis jener Katastrophe gewonnen hat, in der sie zuerst ohne religiöse Verhüllung mit größter Wucht aufeinanderprallten und das Wesen der einzelnen Klassen der bürgerlichen Gesellschaft enthüllten. Aber sie enthüllten auch das Wesen dieser Gesellschaft selbst, die auf den Gegensätzen jener Klassen aufgebaut ist, auf Gegensätzen, die notwendigerweise immer wieder zu Katastrophen führen. Formen und Umfang der sozialen Katastrophen wechseln mit der Technik der Wirtschaft, des Verkehrs und der Politik, die Unvermeidlichkeit der Katastrophen bleibt, so lange die Gesellschaft auf Klassengegensätzen beruht.

### Trauerfeier für Karl Klotz.

Am Freiabendmorgen fand im Gewerkschaftshaus zu Hamburg eine erhabende und imposante Trauerfeier für Karl Klotz statt. In vielen Tausenden hatten sich die Genossen und Genossinnen aus dem Städtekomplex Hamburg, Altona und Umgebung eingefunden, um dem alten, fern von der Heimat verschiedenen Vorkämpfer des Proletariats die letzte Ehre zu erweisen. Große Menschenmengen fanden infolge Ueberfüllung des großen Saales keinen Einlaß. Inmitten eines herrlichen Volmen- und Vorberbaumarrangements war auf schwarzem Untergrunde der Sarg aufgebahrt. Prächtige Kränze bedeckten ihn, die von vielen Zentralverbänden, lokalen Mitgliedschaften von Hamburg, Altona, Wandsbek, Kiel, Lübeck usw. eingetroffen waren. Der Kranz der Hamburger Parteioffiziere trug die Widmung:

Der Heimat fern und fern der Lieben Kreise  
Sankst Du dahin, vom Tode jäh gefällt,  
Ein Streiter in der Menschheit großem Kampf,  
Dem Ringen um die neue, kühne Welt.  
Auf Deiner letzten Bahn sei Dir der Kranz geleit,  
Den der Genossen Webersinn Dir weicht.

Mit einem Trauermarsch und dem Gesang: „Ein Sohn des Volkes“ wurde die Feier eingeleitet. Dann hielt Genosse Albert Koeske die Gedächtnisrede, in der er das Wirken des Verstorbenen schilderte. Er fiel wie ein Feld in der Schlacht, auf dem Kampffeld der Arbeiter. Der Verstorbene hat stets danach gestrebt, alle Kräfte der Arbeiterklasse zusammenzufassen, sie auf einem Punkt zu konzentrieren. Es muß unser Bestreben sein, ihm nachzueifern. Dieses feierliche Gedächtnis legen wir in dieser Stunde an seinem Sarge nieder. So wie Karl Klotz immerhalb der Arbeiterbewegung stets verständig und ausgleichend gewirkt hat, so müssen auch wir ihm darin gleich zu tun suchen. Nicht Zerfahrenheit, sondern Zusammenfassung der Kräfte muß unsere Parole sein. Das Werk des edlen Arbeiterkämpfers wird fortbestehen, wird sich weiter entfalten, bis das Ziel erreicht sein wird. Karl Klotz ist für uns nicht tot, sein Werk, der große, 100.000 Mitglieder zählende Holzarbeiter-Verein, lebt in ihm weiter.

Hiernach hielt Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt im Namen des Vorstandes und des Auswärtigen des Holzarbeiter-Vereins eine kurze, ergreifende Ansprache. Schon lange habe eine schleichende Krankheit am Leben Karl Klotz gequält. Aber niemand glaubte, daß der Tod ihn so jäh ereilen würde. In seiner zweiten Heimat — Stuttgart — hoffte er, in der Häuslichkeit seiner geliebten Tochter seinen Lebensabend beschließen zu können; es ist anders gekommen. Friede hat er nicht im Leben gefunden, kämpfend stand er in den ersten Reihen. Nun hat ihn die Ruhe des Todes erreicht und wir nehmen tiefbewegt Abschied von dem Kampfgesossen, der in unserer Erinnerung fortleben wird.

Übermächtig gelang — „Vordemher“ — sowie Musikweifen beendeten die Feier. Der Vorsitzende der Mitgliedschaft Hamburg des Holzarbeiterverbandes, Genosse Romberg, dankte im Namen der Familie Klotz und des Holzarbeiterverbandes den Tausenden, die sich zur Trauerfeier eingetroffen hatten.

An der Spitze die alte Hamburger Parteiführer und gefolgt von einer großen Menschenmasse wurde der Sarg nach dem Zentralbahnhof geleitet, um nach Stuttgart übergeführt zu werden, wo die Leiche verbrannt werden soll.

Deputationen der Hamburg-Altonaer Partei und des Holzarbeiterverbandes begleiteten sie nach Stuttgart.

### Genossin Lily Braun schreibt und:

Die Genossen Hannover sind vollkommen in ihrem Recht, wenn sie sich darüber beschweren, daß eine Parteigenossin die Veranstaltung eines gegnerischen Abends unterläßt. Sie hätten sich nur, ehe sie mit einem Vorwurf daraus machen, informieren können, was die Schuld trifft. Der Sachverhalt ist folgender: Herr Julius Sachs hier in Berlin, der wissenschaftliche Vorträge veranstaltet, fragte bei mir an, ob ich in Hannover einen Vortrag übernehmen wolle. Ich antwortete mit der Anfrage, wer den Vortrag in Hannover arrangiere. Darauf antwortete Herr Sachs, daß es Herr Kugel sei, derselbe, der bereits im vorigen Jahre einen wissenschaftlichen Vortrag für mich vorbereitet hatte. Ich hatte danach kein Bedenken, zuzustimmen; erst nachdem ich den Vortrag gehalten hatte, erfuhr ich ganz zufällig aus einer Zeitung, daß der „Hannoversche Anzeiger“, von dessen Erziehung ich bis dahin nicht einmal eine Ahnung gehabt habe, mit Herrn Kugel zusammen der Arrangierung gewesen ist. Ich habe sofort Herrn Sachs gegenüber gegen sein Verfahren Protest eingelegt und ihm erklärt, daß, wenn er mich von dem Sachverhalt unterrichtet hätte, ich selbstverständlich mich unter seinen Umständen zu dem Vortrag entschlossen haben würde.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strafentscheid der Presse. Genosse Redakteur Leopold vom „Halleischen Volksblatt“ wurde am Donnerstag vom Schöffengericht in Elsterwerda wegen Verleumdung zweier Grundbesitzer zu vierzehn Tagen Gefängnis verurteilt. Unser Genosse hatte berichtet, den leitenden Amtsrat, der in einer anderen Prozessesache gegen ihn als Belastungszeuge aufgetreten war, als belangen abzulehnen. Die Ablehnungsgründe wurden aber als nicht stichhaltig angesehen.

## Soziales.

Ist eine Lustbarkeitssteuer für Hochzeitsfeierlichkeiten zulässig? Diese Frage ist dieser Tage vom Oberverwaltungsgericht für Preußen verneint.

Ein Gastwirt G. war mit 15 Mark zur Lustbarkeitssteuer auf Grund einer Steuerordnung von 1894 herangezogen worden, weil in seinem Lokale eine silberne Hochzeit durch Musik und Tanz gefeiert worden war. Der Gemeindevorstand erachtete ein Konzert nicht Tanzveranstaltungen für vorliegend. G. erhob nach fruchtlosem Einspruch Klage, da eine Hochzeitsfeier nicht als Lustbarkeit angesehen werden könne, wenn an der Feier nur geladene Personen teilnahmen; im gleichen Sinne habe sich auch der Herr Minister geäußert. Unerheblich sei es auch, ob die Feier im Wirtschaftshaus oder in der Privatwohnung gefeiert werde. Der Verwaltungsbehörden

entschied auch zugunsten des Wirts und nahm an, daß die fragliche Hochzeitsfeier nicht als eine steuerpflichtige Lustbarkeit angesehen werden könne. Auf die Revision des Gemeindevorstandes erkannte auch das Oberverwaltungsgericht zugunsten des Wirts. Es wurde ausgeführt: Die Hochzeitsfeier sei nicht als steuerpflichtige Lustbarkeit anzusehen; es sei auch nicht nachgewiesen, daß sich an die Hochzeitsfeier eine selbständige Tanglustbarkeit angeschlossen habe. Obgleich § 15 des Kommunalabgabengesetzes den Gemeinden ohne Einschränkung der Besteuerung von Lustbarkeiten gestatte, habe doch nicht die Absicht bestanden, die Besteuerung von Familienfeiern zu ermbücheln oder solche Lustbarkeiten ohne Ausnahme zu besteuern, bei denen ein höheres wissenschaftliches oder Kunstinteresse obwalte. Andererseits sollte den Gemeinden die Möglichkeit gegeben werden, solche Vereinslustbarkeiten zu besteuern, die nach ihrer Zugänglichkeit und ihrem Umfange mehr oder minder von der gleichen Bedeutung wie öffentliche Lustbarkeiten seien.

### Verträge sind zugunsten des wirtschaftlich Schwachen ausulegen.

Diese Regel folgt aus den allgemeinen Grundsätzen über Treu und Glauben und ist ständig vom Oberverwaltungsgericht beachtet worden. In ähnlichem Sinne sprach sich gestern die zweite Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts bei einer Entscheidung aus. Die Firma Holz u. Meyer hatte die 17jährige Herta J. als Verkäuferin engagiert und in den Vertrag die Klausel aufgenommen, daß „die Bestimmungen des § 63 Abs. 1 des Handelsgesetzbuches und des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches ausgeschlossen seien“. Das junge Mädchen unterzeichnete auch den Vertrag, ohne sich weiter um die Bedeutung dieser Ausschaltungsklausel zu kümmern. Als die Angestellte erkrankte, verweigerte ihr die Firma das Gehalt für die Krankheitszeit, so daß die Angestellte Klage erhob. Sie führte aus, sie habe keine Ahnung gehabt, was es mit der Ausschaltung der beiden Paragraphen auf sich habe. Hätte sie gewußt, daß sie sich mit der Unterzeichnung des Vertrages ihres Anspruches auf Gehalt im Krankheitsfalle begeben, so hätte sie den Vertrag bestimmt nicht unterschrieben. Die beklagte Firma führte sich dagegen auf den Wortlaut des Vertrages und wendet im übrigen ein, daß, wenn sich die Klägerin über Sinn und Bedeutung der Ausschaltung des § 616 im unklaren war, es ihr obzulegen hätte, sich bei rechtswidriger Stelle zu informieren.

Das Kaufmannsgericht sprach der Klägerin das Gehalt für die vier Wochen ihrer Krankheitszeit zu. Verträge sind so auszulegen, wie Treu und Glauben und die Verkehrssitte es erfordern. Die ausschaltenden Bestimmungen des Vertrages sind für ungültig zu erachten, denn der Beklagte lag die Pflicht ob, die Klägerin, ein in rechtlichen unerfahrenes junges Mädchen, auf die Bedeutung jener Paragraphen und die Tragweite ihrer Ausschaltung im Vertrage hinzuweisen. Diese Unterlassung verstoßt sowohl gegen Treu und Glauben wie gegen die Verkehrssitte. Beklagter war daher gemäß § 68 Handelsgesetzbuches zur Zahlung des Klagenanspruches verpflichtet.

### Zur Vertreterwahl der Ortskrankenkasse in Leipzig.

Solange die Ortskrankenkasse in Leipzig besteht, ist die Beteiligung bei den Vertreterwahlen nicht so stark gewesen, wie bei der am Donnerstag vollzogenen. Das ist darauf zurückzuführen, daß die sogenannten „nationalen“ Arbeiterverbände mit einer eigenen Liste angetreten waren und alle mit außerordentlicher Anstrengung arbeiteten. Trotz des mit allerlei Verdächtigungen gegen den Kassenvorstand geführten Kampfes der „Nationalen“ sind diese rührigen Feinde der Arbeiterinteressen mit ihrer Liste schmachvoll durchgefallen. Von den 34 536 abgegebenen Stimmen fielen über 31 000 auf die Liste des Gewerkschaftsvereins und nur etwas über 3000 auf die Liste der „Nationalen“.

Wird diese Niederlage die „Weißen“ belehren, daß Leipzig kein Tätigkeitsfeld für sie ist und daß die Zugehörigkeit eines Arbeiters zu diesen Verbänden als eine Schmach des Arbeiters und als Verrat seiner Interessen und der der Arbeiterklasse von allen unabhängigen denkenden Arbeitern empfunden wird?

## Aus Industrie und Handel.

Die Kämpfe in der Seidenbranche. Der Konflikt zwischen den Seiden-Detailisten und den Engrosisten hat sich verschärft. Diese lehnten die Forderung nach Milderung der Zahlungsbedingungen unter Hinweis auf die Kartellverträge mit den Seidenstoffen, Seiden- und Bandfabrikanten ab. Ein Versuch, die letzteren gegen die Engrosisten aufzuwiegen, mißlang. Die Detailisten griffen deshalb zum Boykott und die Seidenhändler gerieten ins Gedränge. Die in die Defensive gedrängten Seidenhändler wollten nun mit den Detailisten neue Vereinbarungen treffen. Allein das Plenum des Engrosistenverbandes verwarf den von den beiderseitigen Vorständen abgeschlossenen Kompromiß, weil die Detailisten die für die schwächeren Verursollegen bestimmten Vergünstigungen für alle in Anspruch zu nehmen erklärten, worauf die Detailisten abermals mit scharfen Repressivmaßnahmen antworteten, die im Verein mit der allgemeinen Verunsicherung der Wirtschaftslage die Lage des Seidengeschäftes geradezu trostlos gestaltet haben. Die Detailisten halten mit ihren Aufträgen zurück und wenden sich an die Lieferanten und das Ausland, sofern nicht die heimischen Fabrikanten ihren Bedarf decken. Diese strenge Interessensolidarität der Detailisten wird die Engrosisten, die ohnedies unter dem allgemeinen Konjunkturrückgang leiden, mit der Zeit wohl mürbe machen, umso mehr als man in der kommenden Sommersaison mit einer Spitzenmode rechnet, die den Seidenverbranch noch mehr einschränken wird. Wie sehr unter diesem Interessenskonflikt die Arbeiter leiden müssen, läßt sich nicht ablesen, als ziffernmäßig berechnen. Aber daß der Kampf um den Profit von den Kartellen zum großen Teil auf dem Rücken der Arbeiter ausgefochten wird, ist eine Tatsache, die nur noch den unorganisierten Elementen des Proletariats unbekannt geblieben ist.

Vom Glas- und Porzellanmarkt. Die vor einiger Zeit erfolgte Preisverhöhung für deutsche und österreichische Porzellanwaren ist der „Neu-Porcelan-Handelzeitung“ zufolge dem dortigen Handel in Anbetracht der allgemeinen Abflattung der Geschäfte sehr in die Quere gekommen. Denn während sich in fast allen Branchen der amerikanischen Industrie ein Verabgeben der Warenpreise vollzieht, beträgt die vom deutsch-österreichischen Porzellan- und Glasmarkt vorgenommene Preisverhöhung im Durchschnitt 10 Proz., ein Aufschlag, der umso unangenehmer überrascht, als ihm eine gleichhohe Steigerung der Preise fast unmittelbar vorangegangen war, wobei zu bemerken ist, daß dieser Aufschlag nur für den Export gilt, indes für die Inlandsware gleich um 15 Proz. aufgeschlagen wurde. Die deutschen (wie auch die österreichischen) Fabrikanten begründen dies mit dem Steigen der Arbeitslöhne, der Verteuerung des Arbeitsmaterials und vor allem auch mit den enormen Kohlenpreisen, die eine Erhöhung um 40 Proz. erfahren haben sollen.

Auch sonst sind in vielen europäischen Waren starke Preisverhöhungen eingetreten, und es ist daher begreiflich, daß die amerikanischen Importeure für ihr Geschäft Befürchtungen hegen. Denn höhere Warenpreise, mehr Zoll und rückgängige Annahmefähigkeit des Marktes können natürlich nicht günstig wirken und müssen das an sich schon hülfe Geschäft noch „schlimmer“ gestalten. Es ist ein schwacher Trost, daß bei der zweiten Erhöhung der Preise sowohl auf die Inlands- wie auf die Exportware ein gleich hoher Aufschlag kam; denn schon bei der ersten, ungleichmäßigen Erhöhung beschränkten die in Deutschland stationierten amerikanischen Konsuln und Konsulnagenten nach Washington, was zur Folge hatte, daß der kleinere Exportaufschlag unberücksichtigt blieb und die Importeure einen der Preisverhöhung in Deutschland entsprechenden Mehrzoll entrichten mußten. Daraus entstanden für die amerikanischen Händler Konflikte mit den Zollbehörden und Schwierigkeiten, obgleich die deutschen Fabrikanten zugunsten des amerikanischen Importhandels eine Unterbindung gemacht, von der sie sich einen Vorteil versprochen hatten. Nur ist die Erwartung getäuscht worden, ein Verweis, wie begrenzt die Wirkung

des Kartells ist, wenn es sich um den Auslandsmarkt handelt, und wie die allgemeine Konjunktur auf die Geschäftsverhältnisse in gewissen Exportartikeln zurückwirkt, auch wenn die Erzeuger derselben kartelliert sind. Jedenfalls zeigt sich an diesem Beispiele wiederum, daß die Preispolitik der Kartelle, welche das Ausland auf Kosten des Inlands bevorzugt, mandamental auch vom Standpunkte der bestenfalls Kartellindustrie unvorteilhaft ist und gegen das eigene Interesse anspricht. Interessant ist auch die Tätigkeit der amerikanischen Konsulate in Deutschland, die sich über die internen Vorgänge in den Kartellindustrien so genau informieren, um daraus zugunsten der Vereinigten Staaten Kapital zu schlagen. Ob auch unsere Konsulatsbeamten sich so eifrig der heimischen Industrie annehmen? Bureaucratische Bedanterie ist noch nicht alles.

### Dankfrist, Staatsgarantie und die Sozialdemokratie in Dänemark.

In der vorigen Woche stellte die dänische Grundbesitzerbank ihre Zahlungen ein. Begründet wurde diese Bank im Jahre 1898 mit 4 Millionen Kronen Aktienkapital. Im Jahre 1906 erhöhte sie ihr nominelles Kapital von 10 auf 20 Millionen.

Die allgemeine Geldkrise, die die Existenz großer Aktiengesellschaften und vieler kleinerer Unternehmen bedroht, veranlaßte den Finanzminister Lassen, die fünf großen Banken Dänemarks, nämlich die Nationalbank, Handelsbank, Landmannsbank, Privatbank sowie die Darlehns- und Diskontobank zu einer Konterent zusammenzuführen, und man einigte sich dahin, die volle Garantie für Forderungen auf die Grundbesitzer- und die Detailhändlerbank zu übernehmen. Zu diesem Zweck sollen 20 Millionen Kronen zur Verfügung gestellt werden, die Hälfte durch die fünf Banken, die andere Hälfte durch die Staatskasse, wozu selbstverständlich die Zustimmung der gesetzlichen Körperschaften notwendig ist. Der Finanzausschuß des dänischen Reichstages hat sich nun auch bereits mit dem Vorschlage befaßt, und durch Miksa's Bureau wurde die Mitteilung verbreitet, daß die Vertreter aller Fraktionen, mit Ausnahme von A. N. Klause, versprochen, ihren Kraftansgenossen die Zustimmung zu den getroffenen Maßnahmen zu empfangen.

„Sozialdemokraten“ gibt hierzu nun eine Erklärung folgenden Inhalts: Was der Finanzminister und die Finanzausschüsse in seiner Fraktion zu empfehlen, sondern auch noch dafür einzutreten, daß im Reichstags bei der Verhandlung Schweigen bewahrt werde über alle Einzelheiten und näheren Umstände der Sache, J. V. sollte auch über die finanzministerielle Politik Frankreich gegenüber nicht gesprochen, und ebensowenig die Forderung nach einem Aktiengesetz erhoben werden. Man stelle also an den Vertreter der Sozialdemokratie das Ansuchen, dafür zu wirken, daß der Reichstag in dieser Sache sich selbst einen Rausch anlege.

Abgesehen geht das Bestreben jener fünf großen Banken offenbar dahin, einen Banksturz zu bilden und dadurch die kleineren Banken lahmzulegen. Ein Komitee von Vertretern dieser Banken und der Staatskasse hat die Verwaltung der Geschäfte der Grundbesitzer- wie der Detailhändlerbank übernommen, die Anteile, die die Detailhändlerbank für Einlagen zahlt, auf 3½ Proz. herabgesetzt und verfügt, daß größere Summen als 1000 Kronen auf ein und denselben Namen nicht mehr angenommen werden. Die Deklaration der Bank über die Auszahlung von 6 Proz. aus dem rechnungsmäßigen Jahresüberschuß von 1907 wurde annulliert. Diese Maßnahmen hatten für die Aktien der Detailhändlerbank einen weiteren Kurssturz um 35 Prozent zur Folge. Es ist die Bank der kleinen Leute, die nun offenbar von den Großkapitalisten vernichtet werden soll. Am 13. Februar nahm der Reichstag den Gesetzentwurf betreffend die Staatsgarantie für die Grundbesitzer- und Detailhändlerbank an, nachdem Redner aller Parteien sich dafür ausgesprochen hatten. Im Laufe der Debatte führte Finanzminister Lassen aus, daß die Kritik im wesentlichen als überflüssig angesehen werden könne. Diese sei auf eine einfache Dankfrist beschränkt geblieben, welche, wie man annehmen könne, nicht in größerem Maße auf das Erwerbsleben einwirken werde.

Die Arbeitslosigkeit in Petersburg nimmt sehr große Dimensionen an. Metallarbeiter allein sind 6000 ohne Beschäftigung. In den Eisenwerken dauern die Entlassungen fort. Die Fabrik Jentz ist geschlossen. In der Instrumentalfabrik werden täglich Arbeiterentlassungen vorgenommen; im März werden alle Geschäfte der Fabrik liquidiert. Die Arbeiter der mechanischen Werkstatt der Franko-Russischen Fabrik erhielten die freundige Kunde, daß fortan nur an drei Tagen in der Woche gearbeitet wird. Die Schreiner der Baltischen Fabrik haben im Monat 14 Sonntage im „Neuen Arsenal“ vier Tage lang möglicherweise gefeiert. In der Fabrik San-Galli arbeitet man fünf Tage in der Woche. In der Fabrik Remener werden Schlosser, bei Beschäftigung aller Arbeiter und Schlosser entlassen. Von einer fürchtbaren Arbeitslosigkeit melden die Zeitungen aus Archangel. Nicht besser ist die Lage in Finnland, wo schon 12 Schneemüllern, die Hauptstütze der Industrie, geschlossen worden sind. Die Leiden der Arbeitslosen sind unbeschreiblich. Weder der Staat noch die Stadtverwaltung rührt einen Finger, um die Not zu mildern. Koch wie, als zurzeit, hatte die Petersburger Chronik eine solche Fülle von Selbstmorden aufzuweisen. „Nei хлеба!“ — es ist kein Brot da — einen solchen Zettel hinterließ vor kurzem ein Arbeitsloser, der sich erhängt hat. . . .

Essentielle Bibliothek und Zeitschriften zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SW. Alexanderstr. 25. Besitzt täglich von 10—12 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

### Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 13. 12. 2.	am 14. 12. 2.	Wasserstand	am 13. 12. 2.	am 14. 12. 2.
	cm	cm		cm	cm
Wemel, Mühl	204	-5	Saale, Großh.	119	-3
Wegeln, Jüterburg	177	+5	Saale, Sandau	127	-3
Wegeln, Thom	206	-16	Walden	151	-1
Oder, Ratibor	112	+4	Spree, Spremberg	130	0
• Stolzen	105	-1	• Treptow	190	+2
• Frankfurt	182	-6	• Weier, Rindow	-4	-6
Wartze, Schrimm	231	-1	• Rindow	112	-18
• Landsberg	168	+3	• Rindow, Rindow	288	+6
• Rehe, Sorbanen	60	0	• Rindow	135	-2
• Elbe, Leimnitz	-20	+7	• Rindow	169	-2
• Dresden	-102	+7	• Redar, Döllsch	41	+1
• Borsig	165	-14	• Rindow, Döllsch	153	+4
• Magdeburg	147	-9	• Rindow, Döllsch	100	-4

+) + bedeutet Zufluß, - Fall. - \*) Unterpost. - \*) Elbstand. - \*) Elbst.

### Witterungsübersicht vom 14. Februar 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Baromet. hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Temper. in °C	Stationen	Baromet. hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Temper. in °C
Emmende	771	SW	2	1	Döberitz	767	SW	1	18
Hamburg	769	SW	2	1	Petersburg	763	SW	1	10
Berlin	770	SW	1	1	Schiff	769	SW	4	8
Frankfurt	771	SW	1	1	• Rindow	761	SW	2	5
München	773	SW	1	1	• Rindow	770	SW	2	3
Wien	778	O	1	1					

Wetterprognose für Sonnabend, den 15. Februar 1908. Mild und vielwolkig, aber veränderlich mit etwas Regen und schwachen südlichen Winden.

Berliner Wetterbureau



**A. Tandorf & Co**  
 -Spittelmarkt - Belle-Alliancestr. - Gr. Frankfurterstr. - Brunnenstr. - Kottbuser Damm -

**Heute Sonnabend**  
 Soweit Vorrat — Verkauf nicht an Wiederverkäufer

**Lebensmittel**

Prima Suppenhühner ..... 1.80, 1.95

Gänse gefroren ..... Pfund 63 Pf. | Prima Puten Pfund 82 Pf.

Cervelat- od. Salamiwurst Pfund 1.15 | Plockwurst Pfund 1.05

**Kasseler Rippespeer** ..... Pfund **72 Pf.**

Rückenfett ..... Pfund 58 Pf.  
 Schweine-Liesen ... Pfund 60 Pf.  
 Schweine-Bauch .... Pfund 60 Pf.  
 Schweine-Karbonade i. Scheib. ... Pfund 78 Pf.

Tilsiter Käse in Stücken Pfund 60 Pf.  
 Schweizer Käse in Stücken ... Pfund 68 Pf.  
 Räucher-Lachs in Stücken Pfund 68 Pf.

Gemischtes Gemüse ..... 1/2 Dose 45 Pf. | Kohlrabi in Scheiben ..... 1/2 Dose 25 ca. 4 Pfd.-Dose 42 Pf.

Kaffee frisch gebrannt Pfund 95 Pf. | Apfelsinen Dtz. 30, 40, 45 Pf.



**Neuesten Vorteil**  
 auf dem Gebiete der modernen Bekleidungsbranche bietet das **Versandhaus Berliner Herrenmoden** Stralauer Straße 28, Hochparterre, am Marktplatz, indem es an Jedermann nur selbst hergestellte, solide, gebiegene Garbetuben fertig und nach Maß, auch gegen Teilzahlung von 1. — wöchentlich an, liefert. Eigene Schneidererei, eigene Werkstätten. Kein Warenkredit. Keine Wareneinlagerung. Keine Lagerkosten. Auf Wunsch besucht Sie unser Stadtreisender mit reichhaltigen neuesten Modellen.  
 Auch Sonntags geöffnet.

**Lachmann & Scholz**

Turmstr. 76. Warenhaus „Moabit“ Turmstr. 76.

**Extra billige Lebensmittel**

3 Pfund Riesen-Erbsen . . . . . 48 Pf.	1 1/2 Pfd. Kaffee so u. 2 1/2 Pfd. Zucker so 95 Pf.
3 Pfund grüne Erbsen . . . . . 48 Pf.	3 Pfd. Hausmacher-Nudeln . . . . . 95 Pf.
3 Pfund geschälte Erbsen . . . . . 48 Pf.	2 Pfund Stangen-Spargel . . . . . 95 Pf.
3 Pfund Rundbohnen . . . . . 48 Pf.	2 Pfd. junge Schoten u. 4 Pfd. Bohnen 95 Pf.
2 Pfund mittel Linsen . . . . . 48 Pf.	2 Pfund Erdbeeren . . . . . 95 Pf.
2 Pfund türk. Backpflaumen . . . . . 48 Pf.	Feiner alter Kognak, verschn. 1/1 Fl. 95 Pf.
1 Pfund prima Backobst . . . . . 48 Pf.	Feiner alter Rum, verschn. 1/1 Fl. . . 95 Pf.

**Zucker 5 Pfd. 95 Pf.**

**Sardinen Glas 23 Pf.**

**Kakao, jetzt billiger, Pfund 1.25**

Prima Rotwurst . . . . . Pfd. 45 Pf.	Westf. Cervelatwurst . . . . . Pfd. 135 Pf.
Prima Fleischwurst . . . . . " 85 Pf.	Thür. Cervelat u. Salami, ganz hart Pfd. 145 Pf.
Prima Landleberwurst . . . . . " 85 Pf.	Stettiner Cervelat u. Salami " 125 Pf.
Harte Mettwurst . . . . . " 68 Pf.	Rügenwalder Cervelatwurst la " 140 Pf.
Harte Salamiwurst . . . . . " 95 Pf.	Westfälische Knoblauchwurst " 120 Pf.
Westf. Schinkenspeck . . . . . " 95 Pf.	Geräucherter Kasseler . . . . . " 70 Pf.
Prima Westf. Knochen-Schinken ca. 8 Pfd. Pfd. 115 Pf.	Spitzbeine, gepökelt . . . . . " 25 Pf.

**Primageräuch. Lachs 1/2 Pfd. 45 Pf.**

**Mampe's Halbu. Halb 1/1 Fl. 100 Pf.**

**Ein großer Posten Wäsche**

zum Teil etwas angeschmutzt, unglaublich billig!

Eleg. Hemden, Beinkleider, Nachtjacken u. Einsegnungs-Unterröcke.

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV	Serie V
95 Pf.	145	195	235	295

**Hygienische Dr. Simmel**  
 Bedarfsartikel, Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzensstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 3-4.

Wir empfehlen unseren Lesern die **Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek.**

- Heft 1: Die erste Hilfe bei Unglücksfällen von Dr. Christeller. Muß in Fabriken, Werkstätten, auf Bauplätzen vorhanden sein.
- Heft 2: Das erste Lebensjahr von Dr. Silberstein. Jeder jungen Mutter zur Anschaffung zu empfehlen.
- Heft 3: Gesundheitspflege des Nervensystems von Dr. Hirshblatt. Wer seine Nerven gesund erhalten will, lese diese Anleitung.
- Heft 4: Der Achtstundentag von Dr. Zadek. Eine ärztliche Begründung der sozialdemokratischen Forderung.
- Heft 5: Alkoholfrage und Arbeiterklasse von Dr. Fröhlich. Eine empfehlenswerte Agitationsbrochüre.
- Heft 6: Das Schulkind von Dr. Silberstein. Die Kinder vor Schulkrankheiten schützen, ist Zweck des Büchleins.
- Heft 7: Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten von Dr. Gebert. Belehrend über diese für jeden Menschen wichtige Frage.
- Heft 8: Nahrung und Ernährung von Dr. Chajes. Ein wichtiges Kapitel für jeden Arbeiter und seine Familie.
- Heft 9: Wie sollen wir uns kleiden? von Dr. P. Bernheim. Eine belehrende Abhandlung über diese wichtige Frage.
- Heft 10: Der Arbeiterschutz von Dr. M. Epstein. Mit besonderer Berücksichtigung der Werkstattshygiene.
- Heft 11: Frauenleiden und deren Verhütung von Dr. J. Zadek. Mit einem Anhang: Die Verhütung der Schwangerschaft. (Text-Illustr.)
- Heft 12: Vom medizinischen Aberglauben von Dr. E. Theising. Eine lehrreiche Abhandlung für Jedermann.
- Heft 13: Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters von Dr. S. Munter. Die Anwendung des Wassers in gesunden und kranken Tagen.
- Heft 14: Verhütung und Heilung des Stotterns von Louis Jordan, Leipzig. Nicht einer Einleitung des Herausgebers über Sprache und Sprachstörungen mit 5 Text-Illustrationen.
- Heft 15: Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiter-Familie von Dr. Julian Markute

— Jedes Heft kostet 20 Pfennig —  
 Diese Abhandlungen sind für jedermann verständlich geschrieben und sollten in keiner Familie fehlen.

**Expedition des „Vorwärts“**  
 Berlin SW. 68, Lindenstraße 60, Laden.

**A. B. Koch**

**Kohlen-Groß-Handlung**  
 Berlin O. 34, Brombergerstr. 16.  
 Preise für nur 1a Marken ab Waggon 10 Str. an:  
 Prima la Halbkohle (bekannte Marken) pr. Str. 97 Pf.  
 Pfännerhaff . . . . . 1.02 Pf.  
 la Diamant pr. Str. (110 bis 120 Stk.) . . . . . 1.05 Pf.  
 la Nisse u. Nisse . . . . . 1.05 Pf.  
 la Anthrazit Cabot pr. Str. 2.40 Pf.  
 Rote, Steinkohlen usw. zu den billigsten Tagespreisen. Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. Str. 10-15 Pf. mehr. — Bei Original-Waggon- und größeren Abschüssen verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

**Nathan Wand**

129 Stalinerstr. 129.  
 Die schönsten Herren - Sommer - Paletots und Anzüge in neu sowie speziell Monats-Garderobe von Modellen getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell auch anzugige sind in großer Anzahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben.

**Nathan Wand**  
 129 Stalinerstr. 129.  
 Hochbahnstation Kottbuser Tor.  
 Bitte auf Handnummer zu achten.

Sprengkapseln vor Gericht.

Der gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I verhandelte Verhandlungstermin gegen den russischen Versicherungsagenten Demetrius Mirski hatte ein zahlreiches Publikum in den Hörsaal...

Den Vorsitz im Gerichtshofe führt Landgerichtsrat Dr. Mahmann, die Anklage vertritt Staatsanwalt Dr. Fiegen, die Verteidigung führen die Rechtsanwälte Dr. Cohn und Alibanski...

Vor Auslösung der Geschworenen macht der Vorsitzende etwa folgende Bemerkungen: Der Angeklagte ist scheinbar erkrankt, es ist der Verdacht entstanden, daß er geisteskrank sei...

Rechtsanwalt Dr. Cohn beantragt, zu Protokoll zu nehmen, daß, abgesehen von der Bildung der Geschworenenbank kein Raum sei für irgend eine Erklärung und Feststellung...

Es werden hierauf die Geschworenen ausgelost und vereidigt. Bei dem Aufruf der Zeugen teilt Staatsanwalt Dr. Fiegen mit, daß von seiner Seite noch mehrere Zeugen und Sachverständige nachträglich geladen worden sind...

Rechtsanwalt Alibanski erklärt, daß gerade die Verteidigung das größte Interesse daran habe, diese Sache völlig aufzuklären. Die Verteidigung habe sehr wenig Gelegenheit gehabt, mit dem Angeklagten zu verhandeln...

Rechtsanwalt Cohn stellt nunmehr einige Beweisangebote. Es soll geladen werden: der Wassili Petroff, der dem Angeklagten den bei ihm gefundenen Koffer mit Sprengstoffen in Wien übergeben haben soll...

bestehende der Verdacht, daß er absichtlich die Sprengstoffe in den Koffer hineingebracht habe. — Staatsanwalt Fiegen: Wo soll denn die Füllung des Koffers stattgefunden haben? Kann der Herr Verteidiger darüber Auskunft geben? — Vert.: Nein. — Der Staatsanwalt hält die Ladung der drei Zeugen für überflüssig...

Die alsdann folgende Vernehmung des Angeklagten über seine persönlichen Verhältnisse ist mit besonderen Schwierigkeiten verknüpft. Er beantwortet die vielen, ihm durch die Dolmetscherin vorgetragenen Fragen des Vorsitzenden entweder gar nicht oder mit völlig gesenktem Kopf im Flüsteren...

Aus den weiteren Fragen, die Landgerichtsrat Dr. Mahmann durch Vermittlung der Dolmetscherin an den Angeklagten richten läßt, sind folgende hervorzuheben. Bisher läßt Rechtsanwalt Cohn durch den Vorsitzenden an den Angeklagten die Frage richten, ob dieser früher die Wahrheit gesagt habe, als er erzählte, er sei mit zwei eigenen Koffern nach Wien gereist...

Nach einer längeren Erholungspause stellt Rechtsanwalt Cohn abermals den Antrag, die Verhandlung zu verlagern und zwar, weil der Angeklagte nicht verhandlungsfähig sei. Außerdem sei ein Weisungsantrag gestellt worden vor Ablauf der Erklärungszeit...

Vors.: Der Angeklagte hat vorher hier gesagt, er sei Sozialdemokrat. Ich bitte ihn zu fragen, ob es in Rußland nicht verschiedene Richtungen der Sozialdemokratie gibt? — Angekl.: Es gibt in Rußland nur eine. — Vors.: Wissen Sie nicht, daß es einen rechten, einen linken Flügel gibt? — Angekl.: Das weiß ich nicht. — Auf eine Reihe weiterer Fragen antwortet der Angeklagte, er habe, als er noch Zeitungsredakteur war, auch öfter sozialdemokratische Versammlungen besucht...

Nachdem die Vernehmung des Angeklagten beendet ist, erklärt Rechtsanwalt Alibanski: Er betone nochmals, daß er nicht instande sei, mit dem Angeklagten zu verhandeln und auch nicht glaube, daß sein Mitverteidiger in der Lage sei...

formalistisch, sondern solle doch realen Wert haben. — Der Vorsitzende weist diese Bemerkung als eine unbedeutende Kritik seiner Anordnungen zurück.

Staatsanwalt Dr. Fiegen hält nun den Zeitpunkt für gekommen, um den Rechtsrat Dr. Hoffmann zu befragen, ob er den Angeklagten für verhandlungsfähig hält oder nicht, und was er über den Gesundheitszustand des Angeklagten feststellen hat.

Rechtsrat Dr. Hoffmann: Ein Gutachten über die Verhandlungsfähigkeit und den Geisteszustand eines Menschen ist immer sehr schwierig. Dazu bedarf es einer Kenntnis seines Vorlebens, des Milieus, in dem er aufgewachsen ist und seines ganzen Wesens. Das ist sehr schwer festzustellen, namentlich, wenn es sich um einen Menschen handelt, der wenig oder gar nicht deutsch spricht...

Staatsanwalt Dr. Fiegen beantragt nunmehr die Verhandlung zu verlagern und den Angeklagten durch Rechtsrat Dr. Hoffmann und eventl. auch Rechtsrat Dr. Leppmann auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen.

Diesem Antrage entsprechend beschloß das Gericht die Verlegung der Sache auf unbestimmte Zeit.

Gerichts-Zeitung.

Staatsfiskus und Stadtkasse.

Um fast eine halbe Million Mark hat das Berliner Polizeipräsidium im Laufe eines halben Jahrhunderts die Stadt Berlin geschädigt. Auf Grund eines Vertrages hatte diese bis zum Jahre 1892 alle Sachkosten der königlichen Polizei in Berlin zu tragen...

Die Rückforderung von 60 000 M. nebst Zinsen für die Jahre 1866 bis 1875 erachtete der Fiskus indessen für verfehlt und um die dreht sich nun der Streit. Die erste Instanz sprach die 60 000 Mark auch der Stadt zu, während die zweite Instanz dem Fiskus recht gab...

Durch Niederlegung eines Kranzes am Grabe eines Parteigenossen

soll sich der Geliebte Engel der Störung einer gottesdienlichen Handlung und des Vergehens gegen § 17 des Vereinsgesetzes schuldig gemacht haben. Am 4. Oktober 1907 wurde auf dem Begräbnisplatz der Rogarethgemeinde in Reinickendorf ein Parteigenosse beerdigt. Ein Geistlicher hielt die Leichenrede, mehrere Parteigenossen folgten dem Sarge mit Kranzen...

Polizeiverordnung vom 15. Juni 1865 nicht gegeben sein und daß auch nach Lage der Sache eine Störung gottesdienstlicher Verrichtungen nicht angenommen werden könne.

Das Gericht folgte den Ausführungen des Verteidigers insoweit, als es eine Unterbrechung des Vereinsgesetzes und der Regierungsverordnung nicht als vorliegend erachtete, denn das Verbotsgesetz sei kein ungewöhnliches Gesetz und die Worte: „Im Namen des sozialdemokratischen Wahlvereins“ seien keine Rede, sondern nur die Bekundung dessen, was der Angeklagte tat und was den Umstehenden auch ohne diese Worte erkennbar war.

Wem gehörte der Hund?

Am 28. Dezember 1905 abends wurde die damals 60 jährige Frau E. in Berlin an der Ecke der Memeler und Königsberger Straße von einer Bulldogge umgerissen, so daß sie durch den Fall eine Verletzung des rechten Kniegelenkes erlitt.

Das Landgericht I zu Berlin erkannte auf Abweisung der Klage, weil nach dem Ergebnisse der Beweisführung nicht erwiesen sei, daß ein Hund des Beklagten den Unfall der Klägerin verursacht habe.

Gegen dieses Urteil hatte der Beklagte Revision beim Reichsgericht eingelegt und einmal getügt, daß die Klägerin selbst niemals behauptet habe, daß der betreffende Hund aus seinem Laden gekommen sei.

Kann ein Verlobnis gegen die guten Sitten verstoßen?

Auf die Klage eines Landwirts J. gegen eine reiche Bauerntochter wegen angeblich grundlosiger Lösung des mit dem Kläger eingegangenen Verlobnisses, in welcher Klage 6000 M. Schadenersatz infolge der von ihm getroffenen Einrichtungen in Beziehung auf seine Person forderte, hatten das Landgericht Deggendorf und das Oberlandesgericht München auf Abweisung des Klägers entschieden.

Auf die Revision des Klägers hin wurde dieses Urteil vom IV. Zivilsenat des Reichsgerichts aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an das Oberlandesgericht zurückverwiesen.

Die Inzassubureau und die schwarzen Listen.

Wegen Nötigung in sechs Fällen und verachteter Nötigung in 6 Fällen ist am 9. November v. J. vom Landgerichte Hannover der Kaufmann Kurt Hülse zu einer Geldstrafe von 520 M. verurteilt worden.

zucht er nur für Abonnenten seine Bureau ein. Darin, daß er den Säumigen angedroht hat, sie würden, wenn sie nicht bis zu einem bestimmten Termine bezahlen, in die schwarze Liste aufgenommen, ist die strafbare Nötigung erkl. worden. — Seine Revision wurde am Donnerstag dem Reichsgerichte verworfen.

Das schamige Pappschächteln.

In die Zeiten der Ver. Feinde erinnert eine vor der Strafammer in Halle stattgehabte Verhandlung gegen den Landwirt Helbig, der wegen Erregung öffentlichen Aergernisses angeklagt war.

Vergebliche Jagd auf Träger von Kränzen mit roter Schleife.

Der Steinarbeiter Robert Winkler wurde am 30. Dezember 1907 in Striegau beerdigt. Der Steinmetz Gustav Bette, als Vertreter des Steinarbeiterverbandes, und der Kolporteur Langer, als Vertreter des sozialdemokratischen Vereins, trugen bei der BeerDIGUNG die zum Andenken an den dahingeschiedenen Vereinskollegen gewidmeten Kränze mit roter Schleife.

Hus der Frauenbewegung.

Schwarze Diensthofenstunde.

Das Vereinsleben und die Sorge um die lieben Schwestern, die Diensthofen, die bisher nach den sichersten Bestandteilen der Zentrums herde bildeten, hat die katholischen Herrschaften und Kutenmänner mit unwiderstehlicher Macht gepakt.

Die lieben guten Christendamen haben auf einmal ihr butterweiches Herz entdeckt. Die schwarzen Diener in Christo eilen durch das Land und stoßen schelle Warnungsrufe aus, um die bedrängten Diensthofensfrauen vor der Verderbnis zu schützen.

Auf den 16. Seiten (1) dieses Blättchens steht kein Wort von den wirtschaftlichen Interessen der Diensthofen, nichts, was die Fernsten aufklären könnte, sie schulen für den politischen und wirtschaftlichen Kampf würde, nichts, rein gar nichts von den weltbewegenden Tagesfragen, die jeden aufgeweckten Menschen in Atem halten.

„Bescheiden. Hausfrau: Also Sie sind die Wäscherin; was sind Ihre Bedingungen?“ — Wäscherin: „Na, gnä' Frau, ich komm' halt in der Früh' und da krieg' ich gleich um Sechse an Kaffe mit zwei Semmeln, na, und um acht Uhr mei' Bruchstuck, wieder an Kaffe und a paar Semmeln, um Zehne a Butterbrod, zwö Paar Würstel und a Glas Bier, na, was halt da is, um a Mittagsessen: Suppen, Fleisch, Gemüß und Kekspeiß'.

„Das man glaubt, die Diensthofen in ihrem „Interessenorgan“ mit solchen abernur Scherzen ungekräftet verhöhnen zu dürfen, zeigt am besten, welcher Verachtung diese Berufsgruppe sich bei den Christenbrüdern und -tanten erfreut.“

Der Bund für Mutter und Kind vermittelt den bei ihm Hilfe Suchenden nicht nur Unterkunft, Pflege, Vormundschaft und Rechtschutz, sondern er ist vor allem auch bemüht, ihnen Arbeit und somit eine Existenzmöglichkeit zu verschaffen.

Verfassungen.

Zur gesetzlichen Regelung des Automobilwesens

nahm am Donnerstag eine gutbesuchte Versammlung der Kraftfahrerschüler eine gutbesuchte Versammlung der Kraftfahrerschüler statt. Der Referent Kettig besprach die im Reichstage und im preussischen Abgeordnetenhause gepflogenen Verhandlungen über die gesetzliche Regelung des Automobilwesens.

Die Forderungen, welche die Kraftfahrerschüler in dieser Hinsicht stellen, sind zusammengefaßt in einer Resolution, welche der Referent empfahl und die Versammlung einstimmig annahm.

Die Ausbildung der Kraftwagenführer durch die sogenannten „Chauffeurschulen“ unter der Leitung von Privat-Unternehmern ist als eine vollständig ungenügende anzusehen.

Der in Privatfahrschulen ausgebildete Fahrer wird für die noch ungenügende technische Ausstattung des Kraftwagens — insbesondere mangelnde Lenkbarkeit, starke Rauschentwicklung, Fahrgeräusch usw. — von Seiten der Behörden und Gerichte verantwortlich gemacht.

Daher fordern die Versammelten im Einverständnis mit denjenigen Kollegen, welche durch Arbeit verhindert sind, an der Versammlung teilzunehmen, von den gesetzgebenden Körperschaften:

Eine Fahr- und Fachschule, welche auf staatlicher oder städtischer Grundlage errichtet und paritätisch geleitet und verwaltet wird.

Das Verbot sämtlicher Chauffeurschulen auf privater Grundlage.

Die Anstellung von Fachmännern zur Überwachung des Verkehrs und der im öffentlichen Verkehr stehenden Kraftwagen. (Verkehrsinspktion.) Diese Fachmänner müssen mit der Handhabung und Technik des Kraftwagens genau Bescheid wissen.

Das höchste Maß der Geschwindigkeit in verkehrsreichen Gegenden ist auf 20 Kilometer festzusetzen. Zur Berechnung der Geschwindigkeit muß an jedem Kraftwagen ein Geschwindigkeitsmesser angebracht werden.

Die Festsetzung einer täglichen Normalarbeitszeit von acht Stunden für die Kraftwagenführer und Verbot des Prämien- und Procentsohnsystems.

Die versammelten Führer sind überzeugt davon, daß, wenn die gesetzgebenden Körperschaften diese Wünsche berücksichtigen, dann den Kraftwagenführern die Möglichkeit gegeben ist, die Verantwortung für die Folgen der schweren und aufopfernden Berufstätigkeit tragen zu können.

Alle diese Bestimmungen werden insbesondere mit Rücksicht auf die allgemeine Verkehrssicherheit verlangt.

Allgemeine Kranken- und Sterbetafel der Metallarbeiter (V. D. H. Hamburg), Bülowe Straße 4. Heute abend Mitgliederversammlung bei Beckmann, Andreaskir. 20.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 16. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr, in der neuen Gemeindehalle, Babelsplatz 15-17: Versammlung mit freireligiöser Vorlesung. — Sonntagvormittag 10 1/2 Uhr in der Schulaula, Kleine Frankfurter Straße 8: Vortrag von Herrn Dr. Bruno Wille: „Das Götzenbild in der Kunst.“ Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Für den Inhalt der Journale übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater. Sonnabend, 15. Februar. Anfang 7 1/2 Uhr. Königl. Opernhaus. Figaros Hochzeit. Königl. Schauspielhaus. Die Habsburgerin. Singspiel. Neues Schauspielhaus. Die Dame mit den Äpfeln. Nachmittags 3 Uhr: Iphigenie auf Tauris. Anfang 8 Uhr. Deutsches. Die Räuber. Kammerstücke. Gogol und sein Ring. Vorabend. Der Troubadour. Berliner. Der Opernball. Neues. Simson. Schauspielhaus. Ganne. Theater O. Wallner-Theater. Der rote Leutnant. Schiller Charlottenburg. Auf der Sonnenseite. Friedrich-Wilhelmsstadt. Schauspielhaus. König Heinrich. Nachmittags 3 Uhr: Nathan der Weise. Gebel. Frau Barrens Gewerbe. Komische Oper. Tiefand. Wehen. Ein Wolgertraum. Kleines. Mandragola. Neuders. Hibi. Kukus. Des Mädchens Lebenswege. Nachmittags 4 Uhr: Rag und Moritz. Trianon. Baron Loto. Thalia. Immer oben auf. Theater an der Spree. Gofus. Hofus. Bernhard Rose. Die Verlobung im Bett. Die arme Wiege. Nachmittags 4 Uhr: Königskinder. Metropolis. Das muß man sehn. Apollo. Wladimir der Moderne. Wliza. Kaiserwahn.

Folles Cabrice. Kal was andres. Dunsle Punkte. Eine anständige Frau. Gebr. Herrnsfeld. Papa und Genossen. Salomonisches Urteil. Kaffee. Die Freuden der Hühlerwelt. Wintergarten. Otto Reuter. Spezialitäten. Passage. Danny Gärtler. Spezialitäten. Reichshallen. Stellner Sänger. Gastab Behrens. Ringkämpfer und Handball. Voss, sowie zwanzig Spezialitäten. Carl Haberland. Spezialitäten. Wabaska. Spezialitäten. Folles Bergere. Spezialitäten. Urania. Taudenstraße 18/19. Theater 8 Uhr: Eine Affahrt bis zum gelben Kalarakt. Theater 4 Uhr: Ueber den Dreimer nach Venedig. Hofaal 8 Uhr: Prof. Dr. Donath: Diffsionang. Schwebung. Klangfarbe. Sternwarte, Invalidenstr. 57/62. Berliner Theater. Sonnabend 8 Uhr: Der Opernball. Neues Theater. Anfang 8 Uhr. Ferdinand Vonn als Gast. Simson. Morgen und folgende Tage: Simson. Kleines Theater. Anfang 8 Uhr. Mandragola. Sonntagmorgen 3 Uhr: Ein Ruppentheim (Kora). Abds.: Mandragola. Montag: Mandragola.

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Sonnabend, abends 8 Uhr: Der rote Leutnant. Schauspiel in drei Akten von Eduard Goldbeck und Hermann Krenzl. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Das Glück im Winkel. Sonntag, abends 8 Uhr: Auf der Sonnenseite. Montag, abends 8 Uhr: Auf der Sonnenseite. Schiller-Saal (Schiller-Theater) Charlottenburg. Nachm. 6 Uhr: Vorlesung von Prof. Dr. V. Schubring: Anleitung zum Betrachten von Kunstwerken. Abends 9 Uhr: Vortrag von Dr. W. Barthardt: Robert Schumann, der Romantiker.

Zirkus Schumann. Heute Sonnabend 7 1/2 Uhr: XXII. Grande Soirée High Life. Das Tagesgespräch von Berlin! Resisto das elektrische Rätsel. Neuestes Wunder aus Amerika. Kunstfahrlager-Tuppe Klein und das Niesenprogramm. Um 9 1/2 Uhr — Ende 11 Uhr: Sensationell! Amerika. Stadt-Ausstattungs-Parade. Morgen: 3 Vorstellungen, 7/4 u. 1/2 Uhr. Nachm.: Die lustigen Feldberger mit der unerbittlichen Regenpflanze. In beide Vorst. Resisto, das elektr. Rätsel. Nachm. 1 Kind frei, jedes weitere halbe Preis. Hebbel-Theater, Königsgräber. Abends 8 Uhr: Frau Barrens Gewerbe. Drama in vier Akten von D. Schav.

Schiller-Theater. Schiller-Theater Charlottenburg. Sonnabend, abends 8 Uhr: Auf der Sonnenseite. Sonntag mittags 12 Uhr: Mariucc zum Besien des Charlottenburger Studententheaters. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Der Richter von Zalamea. Sonntag, abends 8 Uhr: Der rote Leutnant. Montag, abends 8 Uhr: Der rote Leutnant. XIII. Saison. Zirkus Busch. Sonnabend abend 7 1/2 Uhr präz.: Gala-Abend. Austr. des Herrn Gustav Stenbeck, Direktor des Berliner Zatterlaffs, als Gast, auf „Count Rorky“ von „Mata Doy“ a. d. Barvalis. Die australischen Holzfüßer. Szenen aus dem austral. Bush. Sensationell! Sensationell! Aurora-Truppe! sowie das große Galaprogramm. Um 10 Uhr: Auf der Hallig! Morgen: 2 pr. Gala-Vorstellung, um 4 u. 7 1/2 u. Nachm. zahl. Kind. umt. 10 J. auf ab. Stuhl. halbe Pr. Brunnen-Theater. Bodstraße 68. Direkt.: Bernh. Ross. Morgen Sonntag, den 16. Februar: Nachmittags 3 Uhr: Der Sonnwendhof. Abends 7 Uhr: Kinko oder König und Henkersknecht. König Wenzel Bernhard Ross. Nach der Vorstellung: Großer Ball. Vorverkauf Sonntag vorm. 10-11 Uhr.

Theater des Westens. 8 Uhr: Ein Walzertraum. Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr halbe Preise: Die lustige Witwe. Friedrich-Wilhelmsstädtisches Schauspielhaus. Nachm. 3 Uhr: Nathan der Weise. Abends 8 Uhr: König Heinrich. Sonntag nachm. 3 Uhr: Nathan der Weise. Abends 8 Uhr: Kadams Sans Gène. Sortzing-Oper. Belle-Alliance-Straße 7/8. Abends 8 Uhr: Vollständige Vorstellung zu ermäßigten Preisen. Der Troubadour. Sonntag nachm. 3 Uhr: Bar und Zimmermann. 7 1/2 Uhr: Don Juan. Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Panne. Zentral-Theater. Heute und folgende Tage: Ein seltsamer Fall mit Alwin Neuß. Kaffeneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Dill. Document. 16. Heute: Geschlossen. Sonntag: Kätzchen von Heilbronn. Ritterhausplatz in 5. St. d. S. v. Stieff. Anfang 7 Uhr. Entrée 30 Pf. Nach der Vorstellung: Tanz. Montag: Das Mädchen von Heilbronn.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Taubenstr. 48/49. Theater nachmittags 4 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig. Theater abends 8 Uhr: Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt. Hörseal 8 Uhr: Prof. Dr. Donath: Diffsionang. Schwebung. Klangfarbe. Luise-Theater. Reichensbergerstr. 34. Nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung. Zum letzten Male: Max und Moritz. Abends 8 Uhr: Des Mädchens Lebenswege. Sonntag nachm.: Krieg im Frieden. Abends: Zum ersten Male: Unser Doktor. Montag: Des Mädchens Lebenswege. DERNHARD ROSE THEATER. Dr. Konstantin 132. Die arme Wiege. Vorher: Die Verlobung im Bett. Anfang 8 Uhr. Hohenlohepreis. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung: Königshüter. Theater an der Spree. Köpenicker Straße 68. Abends 8 Uhr zum 49. Male: Hokuspokus. Sonntag 3 Uhr: Aufgewickelt. Sonntag 8 Uhr: Hofkapitol. (Aufführungs- u. Souvenir-Vorstellung.) Rixdorfer Theater. Bürgerstraße, Bergstraße Nr. 117. Sonntag, den 16. Februar, 7 1/2 Uhr: Pension Schölller. Schwan in 3 Akten von Karl Lauff.

**Residenz-Theater.**  
 - Direktion: Richard Alexander. -  
 8 Uhr. „Bibi.“ 8 Uhr.  
 Schwanz in 3 Akten von de Gorge  
 und de Narfan.  
 Deutsch von H. Schmitt.  
 Dreifakt Richard Alexander.  
 Hierauf: Der seltsame Ozean.  
 Sonntag, den 16. Februar, 3 Uhr:  
 Der Prinzgemahl.

**Metropol-Theater**  
**Das muß man seh'n!!**  
 Gr. Kuvoo in 4 Akten (12 Bildern)  
 von J. Freund. Musik von Viktor  
 Hollander. In Szene gesetzt  
 von Direktor Richard Schultz.  
 Bender, Giampietro,  
 Josephi, Thielscher,  
 Darmand, Massary.  
 Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.  
 Sonntag, 16. Febr., nachm. 3 Uhr:  
 Neuestes, Allerneuestes.

**Apollo Theater**  
 9 1/2 Uhr. Täglich: 9 1/2 Uhr.  
**Mitislaw der Moderne.**  
 Operette von F. Lehár.  
 Die Szene geleitet v. Direkt. R. Schler.  
 Dirigent: Kapellmstr. J. Gindshofer.  
 Hierauf: Mia Werber als Galt.  
 10 1/2 Uhr: Die bedeutenden neuen  
 Ultraktionen und La belle Alexia.  
 Sonntag 3 1/2 Uhr: Familienfest.

**Palast-Theater**  
 Burgstraße 24.  
 Heute 8 Uhr  
**Nur 1 Tag!**  
**Großes Bockbierfest.**  
 Variété- u. Theater-Vorstellung  
**Ball**  
 ohne jede Nachzahlung.  
 Nur ein Preis. -  
 50 Pf.

**WINTER GARTEN**  
**Otto Reutter**  
 und das  
**neue Programm**  
 von Publikum u. Presse  
 glänzend beurteilt!  
**Happoldt's**  
 Neuer Konzertsaal.  
 Jeden Sonntag, Dienstag und  
 Donnerstag:  
**Großes Militär-Konzert.**

**Passage-Theater.**  
 Abends 8 Uhr:  
**Danny Gürtler**  
 der König  
 der Böheme  
 und das große Februar-  
 Programm!

**Sanssouci** Kottbuser  
 Straße 6.  
 Direktion: Wilhelm Reimer.  
 Sonntag, Montag und  
 Donnerstag:  
**Hoffmanns Nordd. Sänger  
 und Tanzkränzen.**  
 Bez. Sonnt. 5, wochent. 3 Pf.  
 Morgen: Große Elite-  
 Soirée. - Tanz.

**Neue Welt**  
 Hofenstraße 109-114.  
 Täglich: Täglich:  
**Größtes und originellstes  
 bayerisches  
 Bockbierfest**  
 Baron Muekls Orig. - Bauernkapelle  
 30 Original Bayr. Madl.  
 Anf. 10 1/2 Uhr. Sonntags 5 Uhr.  
 Entree Wechent. 30 Pf. Sonnt. 50 Pf.

**Reichshallen-Theater.**  
 Stettiner Sänger.  
 Zum Schluß: Neu:  
**Musaren-  
 Streiche.**  
 Anfang: 8  
 Sonnt. 7 1/2

**Buggenhagen**  
 Moritzplatz  
 im Theatersaal täglich  
**Albert Böhme**  
 und das  
**großartige Februar-Programm.**  
 Entree 50 Pf. Vorkauf 40 Pf.  
 Im unteren Konzertsaal täglich  
 die **allerersten Militär-  
 Kapellen:** Feder, Organwerk,  
 Böckh, Neumann, Dienst,  
 Vöttch.

**Freiheitliche Bühne.**

Das 3 wölfl Jahre hindurch polizeilich verboten gewesene soziale  
 Schauspiel „Ausgewiesen“ muß zum 6. Male wiederholt werden!!  
 Da am vorigen Sonntag abermals Hunderte von Interessenten wegen des wiederum ausver-  
 kauften Theaters keinen Zutritt mehr finden konnten, wird das  
**12 Jahre polizeilich verboten gewesene Schauspiel**  
**„Ausgewiesen“**  
 am nächsten Sonntag, den 16. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Theater an der Spree  
 zum sechsten Male wiederholt!!!  
 Vorzeiger dieser ausgeschrittenen Anzeige des „Vorwärts“ zahlen statt des Kassenpreises  
**95 Pfennige für Parkettfauteuil.**  
 Nur gegen Abgabe dieser Anzeige an der Theaterkasse des Theaters an der Spree, Köpenicker Str. 68.  
 Gültig für 2 Parkettfauteuilplätze a 95 Pf.

**Walhalla-  
 Variete Theater**  
 Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.  
 Anfang 8 Uhr.  
**Das großartige neue  
 Februar-Programm!**  
 Dressierte  
**Löwen, Tiger, Leoparden,**  
 vorgeführt von R. Havemann,  
 und die übrigen glänzenden  
 XX Varietékünstler. XX  
 Tunnel: Vorkierfest, Regiments-  
 kapelle usw.  
 Theaterbesuchern gratis Eintritt.

**Chester  
 Folies Opéra**  
**Premiere**  
**Jennessé dorée.**  
 Lustspiel in einem Akt von B. Stij.  
**Paragraph 343.**  
 Grotteske in einem Akt von U. Gsch.  
 Zum 60. Male!  
**Mal was Anderes**  
 Revue mit Gesang in 3 Akten  
 mit neuen Einlagen.

**Gustav  
 Behrens-  
 Theater.**  
 Berlin W.,  
 Goltzstr. 9.  
**Ringkämpfer u. Kandidat,**  
 utomische Pöffe.  
**Kidd u. Kettle, ameril. Erzentriff.**  
**Kontainina-Truppe, 4 Personen.**  
**Duodes Vitograph.**  
**16 erstklassige Spezialitäten.**  
 Anfang 8 Uhr, Sonntags 5 1/2 Uhr.  
 Jeden Sonnabend und Sonntag nach  
 der Vorstellung: Familienkränzchen  
 bei freiem Tanz.

**Castan's Panoptikum**  
 165 Friedrichstr. 165  
**Abdul Hamids Harem**  
**Zauberer - Fakire - Bauchtänzerinnen.**  
**Schlangen-Ungeheuer von Sumatra.**  
 Sonntags kein Extra-Entree - Wochentags 20 Pf.  
 durch besonderen Eingang.

**Sparsame Raucher**  
 rauchen Fehlfarben der  
**7 Pf.-Cigarre Nr. 22**  
**- 10 Stück 50 Pf.,**  
 vorzügliche Qualität,  
 großes Format.  
**J. NEUMANN**  
 Cigarren-Fabriken. - 150 Zweiggeschäfte,  
 davon in Berlin: Brunnenstr. 32, E. An-  
 klamerstr. - Chausseestr. 22, E. Inva-  
 lidenstr. - Chausseestr. 43, E. Schwarz-  
 kopfstr. - Dresdenstr. 5, E. Adalbert-  
 straße. - Friedrichstr. 171, E. Franzö-  
 sischestr. - Invalidenstr. 145, E. Bergstr.  
 - Jerusalemstr. 41, E. Krausenstr. -  
 Kaiser Wilhelmstr. 19, E. Münzstr. -  
 Königstr. E. Spandauerstr. 56. - Mark-  
 grafenstr. 17, E. Jankerstr. - Oranien-  
 straße 30, E. Adalbertstr. - Potsdamer-  
 straße 57-58, E. Bülowstr. - Prinzenstr. 91,  
 E. Ritterstr. - Rosenthalerstr. 43, E. Nene  
 Schönhauserstr. - Uhländstr. 33, E.  
 Lietzburgerstraße. - Wallstr. 14a, E.  
 Neue Grünstr. - Wienerstraße 22, E.  
 Grünauerstr. - Rixdorf, Bergstr. 146.

**Trianon-Theater.**  
 8 Uhr. Baron Toto. 8 Uhr.  
 Sonntag nachm. 3 Uhr: Cyprienne.



**Zur Aufklärung!**  
 M. Schmeiders Saucen-Würfel dient  
 nicht, wie vielfach irrtümlich ange-  
 nommen wird, als Zusatz oder Ver-  
 besserung für fertige Saucen, sondern  
 zur ursprünglichen Herstellung der-  
 selben ohne irgend welche weitere Zu-  
 satz. Heberall zu haben. 5892  
 M. Schmeiders Nahrungsmittel-Fabrik,  
 G. m. b. H., Leipzig. Filiale Berlin,  
 Oranienburgerstr. 17. Amt IIIa 4729.

Am Montag, den 10. d. M.,  
 verfiel nach schwerem Leiden  
 unser Gatte  
**Karl Werner,**  
 der unsern Unternehmen während  
 der Dauer von 33 Jahren mit  
 seltener Treue und Unerschütterlichkeit  
 angehört hat.  
 Wir haben in Herrn Werner  
 einen stets gewissenhaften und  
 äußerst fleißigen Mann kennen  
 gelernt, der es verstanden hat,  
 sich unser größtes Vertrauen zu  
 erwerben. 726  
 Wir werden sein Andenken stets  
 in Ehren halten.  
 Die Direktion  
 der Brauerei Pfefferberg,  
 vormals Schneider u. Hülbig,  
 Altiengegend.

**Verhand der Lithographen,  
 Steindruck u. verw. Berufe.**  
 Mitgliedschaft Berlin.  
 Am 10. Februar verstarb unser  
 Kollege, der Kartograph  
**Fritz Heine**  
 im Alter von 21 Jahren an Ent-  
 ferntung.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet heute  
 Sonnabend, den 15. Februar, nach-  
 mittags 4 Uhr, in Mariendorf  
 von der Kapelle des Heil. Kreuz-  
 Kirchhofes aus statt. 289/6  
 Die Verwaltung der Filiale III  
 (Lithographen).

**Dankfagung.**  
 Dem Grabe unseres unergelichen  
 Vaters und Gatten  
**Matthes Wehowski**  
 gütigst, sagen wir allen Ver-  
 wandten, Freunden und Bekannten,  
 insbesondere den Kollegen der Firmen  
 Somagh, Blagemann und dem Holz-  
 arbeiterverbande Mariendorf sowie den  
 Beamten der „Victoria“ für die innige  
 und aufrichtige Teilnahme sowie die  
 herrlichen Kranzspenden unseren tief-  
 empfundenen Dank. 648  
**Hulda Wehowski und Söhne.**

**Dankfagung.**  
 Für die vielen Beweise herzlicher  
 Teilnahme bei der Beerdigung meines  
 geliebten Vaters, unseres guten Vaters  
**Emil Landschulze**  
 sagen wir allen Verwandten und Be-  
 kannten sowie den früheren Stamm-  
 gästen unsern herzlichsten Dank.  
 Witwe P. Landschulze  
 und Kinder.  
 655

**Freie Volkshilfe** Alle Jahrgänge  
 der Monatschriften  
 möge kaufen. Lenz, Rindstr. 30 III.



**Eine Mark**  
 wöchentliche Teilzahlung keine  
 eigentl. Verkauft 12024  
**Herren-Garderoben**  
 wenig für Reich.  
 Anfertigung nach Maass.  
 Tadellose Ausführung.  
**Julius Fabian,**  
 Schneidermeister,  
 Gr. Frankfurterstr. 37,  
 Eingang Oranienberger Weg.

**Kajino-Theater.**  
 Ostbingerstr. 37. Täglich 8 Uhr:  
**Hani weint - Hani lacht**  
 Neu! **Steidl-Duo.** Neu!  
 Neu! **Der urkomische Rügamer.** Neu!  
 Neu! **Kati Gattini.** Neu!  
**Die Freuden d. Häuslichkeit.**  
 Sonntag 4 Uhr: Ein Sohn des Volkes.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
 für den  
**2. Berliner Reichstagswahlkreis**  
 Bezirk 230.  
 Am Dienstag, den 11. Februar,  
 verstarb nach langem Kranken-  
 lager der Händler  
**J. Szczepecki.**  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet heute,  
 Sonnabend, den 15. Februar, nach-  
 mittags 2 Uhr, von der Leichen-  
 halle des Central-Kirchhofes in  
 Friedrichshagen aus statt.  
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
 210/5 **Der Vorstand.**

Allen Verwandten, Freunden  
 und Bekannten zur Nachricht, daß  
 die Beerdigung meines lieben  
 Vaters, des Händlers  
**August Straß**  
 am Sonntag, den 16. Februar, nach-  
 mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-  
 halle des Central-Kirchhofes in  
 Friedrichshagen aus statt. 13202  
 Um stille Teilnahme bittet  
 Die trauernde Witwe  
**Auguste Straß.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein,**  
 für den  
**4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
 (Landsberger Viertel.)  
 Bezirk 359.  
 Den Mitgliefern zur Nachricht,  
 daß unser Genosse, der Retirer  
**August Straß**  
 (Weidenweg 10)  
 gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am  
 Sonntag, den 16. Februar, nach-  
 mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-  
 halle des Central-Kirchhofes in  
 Friedrichshagen aus statt. 210/4  
 Um zahlreiche Beteiligung  
 ersucht **Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
 des  
**6. Berliner Wahlkreises.**  
**Todes-Anzeige.**  
 Am 11. Februar verstarb unser  
 Mitglied, der Zimmerer  
**Otto Lehmann**  
 Pringel-Allee 43.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am  
 Sonntag, den 16. Februar, nach-  
 mittags 4 Uhr, von der Halle des  
 neuen Pauls-Kirchhofes, See-  
 straße, aus statt.  
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
 225/3 **Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
 für den  
**6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
**Todes-Anzeige.**  
 Am 13. Februar verstarb unser  
 Mitglied, der Arbeiter  
**Paul Lorenz**  
 Gergelstr. 4.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am  
 Sonntag, den 16. Februar, nach-  
 mittags 3 Uhr, von der Halle des  
 neuen Pauls-Kirchhofes, See-  
 straße, aus statt.  
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
 225/4 **Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
 für den  
**6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
**Todes-Anzeige.**  
 Am 13. Februar verstarb unser  
 Mitglied, der Arbeiter  
**Paul Lorenz**  
 Gergelstr. 4.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am  
 Sonntag, den 16. Februar, nach-  
 mittags 3 Uhr, von der Halle des  
 neuen Pauls-Kirchhofes, See-  
 straße, aus statt.  
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
 225/4 **Der Vorstand.**

**Deutscher  
 Transportarbeiter - Verband.**  
 Hiermit bringe den Mitgliedern  
 zur Nachricht, daß unser treues  
 Mitglied, der Lagerarbeiter  
**Paul Lorenz**  
 am 12. d. M. im Alter von  
 33 Jahren an Lungenentzündung  
 gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am  
 Sonntag, den 16. Februar, nach-  
 mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
 halle des neuen Pauls-Kirchhofes  
 (Seestraße) aus statt.  
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
 67/13 Die Verwaltung II.

**Sozialdemokrat. Wahlverein**  
 für  
**Schöneberg.**  
 Bezirk III.  
 Den Mitgliefern zur Nachricht,  
 daß unser Genosse, der Maler  
**Willy Suhr**  
 im Alter von 27 Jahren am  
 13. Februar verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am  
 Sonntag, den 16. Februar, nach-  
 mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
 halle des Schöneberger Friedhofes,  
 Wagnitzstr., aus statt. 15/4  
 Um zahlreiche Beteiligung er-  
 sucht **Der Vorstand.**

**Jetzt muss ich  
 zu Westmann,  
 mich hält  
 nichts zurück!**

**Große Bekanntmachung!!!**  
 Neueste Frühjahrs-Original-Modelle „Paris“, „London“, „New York“  
 Reismuster und Kopien  
 in Poletots, Kostümen, Kleidern, Röcken und Blusen  
**bedeutend unter Preis!!**  
 Zu Anfang der Saison ist ein derartiges Angebot noch nie dagewesen.  
 Mein immer noch bedeutendes Winterlager bestehend in  
 Plüsch- u. Pelzkonfektion, Mänteln u. Paletots jeder Art, Jaketts,  
 Winterkostümen, Kinderkonfektion etc. etc. werden,  
 am vollständig damit zu räumen, bis zu ein Viertel des Wertes  
 nach folgenden 5 Beispielen abgegeben:

1	2	3	4	5
früher bis M. 18	bis M. 30	bis M. 50	bis M. 90	bis M. 150
heute nur M. 4,50	nur M. 7,50	nur M. 16,50	nur M. 22,50	nur M. 40

Bei Einkauf von 20 M. an ein elegantes  
**Vom 16. Febr. ab: Kammgarn - Frühjahrs - Jakett gratis!**  
 oder ein Kinder-Pyjak  
 Separ.-Abteil. Mod. Trauermag. Sonntags ge-  
 für Damen und Mädchen. geöffnet 8-10 vor-  
 Auswahl u. Preise konkurrenzlos. 12-2 Uhr mittags der Andrang zu stark ist

Hauptgeschäft: Berlin W., Mohrenstr. 37a, an den Kolonnaden.  
 Filiale: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115, 2. Haus an der Andreasstraße.  
 Man nicht im eigenen Interesse genau auf Firma u. Hausnummer!

## Deutscher Holzarbeiter-Verband. Branche der Kistenmacher.

Montag, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den „Andreas-  
Kesseln“, Andreasstr. 21:

### Versammlung.

Tagesordnung:  
1. Vortrag des Redakteurs Genossen John über: „Gewerkschaften  
und Landtagswahlrecht“.  
2. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.  
Um zahlreichem Besuch ersucht.  
Die Brandentzündung.  
79/11

## Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter Zweigverein Berlin, Sektion I.

Geschäftsstelle Berlin O. 54, Schulstr. 10, I. — Fernsprecher Amt III, 4518.

Sonntag, den 16. Februar, nachm. 2 1/2 Uhr, im Gewerkschafts-  
hause, Engel-Hfer 15, Saal I:

### Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Tätigkeitsbericht der Ortsverwaltung pro 1907. 2. Kassenericht  
vom 4. Quartal 1907. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.  
Zahlreiches u. pünktliches Erscheinen ist notwendig.  
Der Vorstand.

## Nationale Krankenkasse der Deutschen Gold- u. Silberarbeiter u. verwandten Berufsgenossen

(E. H.) zu Schw. Gmünd.  
Montag, den 17. Februar, abends präzis 8 1/2 Uhr:

### Mitglieder - Versammlung.

(§ 28 des Statuts)  
im Gewerkschaftshause, Engel-Hfer 15, Saal 1.  
Tages-Ordnung:  
1. Jahres- und Rechenschaftsbericht vom Jahre 1907. 2. Dis-  
kussion. 3. Wahl des Vorstandes usw. 4. Verschiedenes.  
Das Kassenduch legitimiert!  
Der Vorstand. J. H. E. Holtkamp, Vorsitzender, Admiraistr. 18B.

## Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.

Verwaltungsstelle Berlin und Umgegend.  
Sonntag, den 16. Februar, nachmittags 4 Uhr, bei Bercht,  
Nitterstraße 75:

### Fortsetzung der General-Versammlung vom 19. Januar.

Tages-Ordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Bericht über den Arbeits-  
nachweis. 3. Bilanzjahreslicher Kassenericht. 4. Jährlicher Kassenericht.  
5. Bericht der Revisionen. 6. Beratung der Anträge nach Köln a. Rh.  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
Es wird ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.  
Die Ortsverwaltung. Julius Siwert, Vorsitzender. 145/6

Bessere gute  
**Speisekartoffeln** | **Lege-Hühner**  
Waggonweise, frachtfrei. 100/4 garantiert junge beste Lege, a 2,50 Mk.,  
Nieder-Pouche, Str. Sprowtan, verkauft **Wegner**, Berlin SO.,  
Adolf George. Mariannenstr. 24. 107/2

## Orts - Krankenkasse der Schmiede.

Am Montag, den 24. Februar 1908  
findet im Lokal von **Herkowski**,  
Andreasstr. 26, die  
Wahl der Delegierten für 1908  
statt.  
1. Abends 7 1/2 Uhr: Wahl von 9 Dele-  
gierten seitens der Arbeitgeber.  
2. Abends 8 1/2 Uhr: Wahl von 19 Dele-  
gierten seitens der Arbeitnehmer.  
Wahlberechtigt sind wählbar sind  
nur die großjährigen Mitglieder.  
Der Vorstand.  
H. B. Vilgrim, Vorsitzender.

## Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen.

Unerreichte Leistungsfähigkeit.  
Wein-Verkauf. Sehr starkes Leder in  
praktischen grauen u. braunen Streifen,  
auch einfarbig. Am Band aus einem  
Stück gearbeitet. Sehr feste Knop-  
nähte. Halbbare Pilot-Taschen.  
Große Hüden umsonst.  
Die Herkules-Hose 4 M. 50  
Monteur-Jackets „Edison“  
schwarz oder Drell 2 M. 65  
Monteur-Hosen „Edison“  
schwarz oder Drell 2 M. 25  
Rancher-Hosen Garmbrunn 6 M. 50  
Rancher-Jackets Garmbrunn 11 M. 50  
Rancher-Mittel . . . . . 3,50, 2 M. 40  
Rancher-Mittel (braun) 3,25, 2 M. 75  
Weiße Lederhosen . . . . . 4,50, 3 M.  
Reißer-Kingje . . . . . 7,25, 6,—, 5 M. 50  
Weiße Jackets für Friseur, Kellerer,  
Konditoren, Köche usw.  
Die Preise gelten für normale Größen.  
14712\*

## Baer Sohn

Chausseestr. 29/30, Brückenstr. 11.  
Gr. Frankfurterstr. 20.  
Haupt-Katalog gratis und franko.  
Bei Bestellung von Hosen ist die  
Bundweite und die Schrittlänge, bei  
Jackets und Mitteln die Brustweite  
anzugeben. 14712\*

## Eröffnung.

Mit dem heutigen Tage eröffne ich  
**Gerichtstraße 60**  
einen **Bier-Ausschank**  
verbunden mit **Destillation** und  
bitte um gütigen Zuspruch. 63b  
Hochachtungsvoll  
**Oswald Wermuth,**  
früher Frankfurter Allee 104.



**Manoli  
Abbas**  
Beste 3 Pfg  
Cigarette

## Möbel Fabrik Richard Fuhrmann

Tischlermeister  
Gleditschstr. 47/48 (am Winterfeldt-Platz)  
empfeilt komplette Wohnungs-Einrichtungen, u. einschließen bis zu  
den elegantesten, billigste Fabrikpreise. 1 Zimmer u. Küche 205 Mk.  
Großes Lager in **Herren- u. Speisekammern.**  
Für den „Vorwärts“-Lesern gewähre bei Barzahlung 3 Proz. Rabatt.  
Langjährige Garantie.  
Sonntags geöffnet von 8-10, 12-2 Uhr.

SPREE - HAVEL  
Stern  
DAMPFSCHIFFFAHRT - GESELLSCHAFT  
Winter-Fahrplan für Tegeler See und Oberhavel.  
Von Tegel: 6<sup>00</sup> 8<sup>00</sup> (9<sup>00</sup>) 10<sup>00</sup> (11<sup>00</sup>) 12<sup>00</sup> (1<sup>00</sup>) 2<sup>00</sup> (3<sup>00</sup>) 4<sup>00</sup>  
(5<sup>00</sup>) 6<sup>00</sup> (7<sup>00</sup>) 7<sup>00</sup> 8<sup>00</sup> Uhr bis Conradshöhe (6<sup>00</sup> 12<sup>00</sup> 7<sup>00</sup> Uhr nur bis  
Tegelort, 1<sup>00</sup> 6<sup>00</sup> 8<sup>00</sup> bis Jörsfelde) und zurück. 1908  
Die in ( ) gesetzten Fahrten gelten nur an Sonntagen.

## Dr. Schünemann

Spezial-Arzt für 14752  
**Haut- und Halsleiden,  
Frauenkrankheiten.**  
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.  
10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr

Zahlungsschwierigkeiten  
beseit. d. Vorkasse, ausherg. Arrange-  
ments, Rat, Bücherregul., auswärts  
pers. Max Springer, Berlin, Böttcher  
Straße 23, handelsg. eingetr. Firma.

# Warenhaus Max Behr früher Rixdorf Berlinerstr. 47/48 gegenüber dem Rathause.

Wegen Verkauf meines Warenhauses

## Großer Ausverkauf

Die enormen Läger und die noch einlaufende Frühjahrsware müssen wegen baldiger  
Uebergabe schnellstens geräumt werden.

Die Preise sind bis **40** Proz. herabgesetzt und dürfte sich eine derart billige  
Kaufgelegenheit nie wieder bieten.

Satin-Tuch seidenglänzend, alle Farb., doppeltbreit 78 Pf. Meter	Blusen-Seide Taft-Musseline kariert u. gestreift 95 Pf. Meter	1000 Kinderkleidchen Prima Velour doppelte Volants, 95 Pf. Gürtel reich bes.	Ein Posten Kinderkleidchen Velour 75 Pf.	500 Knaben-Stoffanzüge 6 Größen Bluse hochgeschl., 1 <sup>95</sup> Pumphose	1000 Battist- und Seiden- Mull-Blusen Ser. I Ser. II Ser. III 95 Pf. 1.45 2.45	<b>Lebensmittel</b>
Cheviot, reine Wolle doppeltbreit, 88 Pf. Meter	Merveilleux, reine Seide extra schwer, 1 <sup>15</sup> Meter	15000 Meter Waschestoffe. Leinen-Zephyr-Musseline, nur Prima-Qualitäten	Serie I. Serie II. Serie III Meter 10 Pf. Meter 15 Pf. Meter 25 Pf.	Ein Posten Knaben-Anzüge 6 Größen Matrosenform 2 <sup>95</sup>	Ein Posten Sommer- u. Winter- Damen-Blusen Serie I Serie II Serie III 68 Pf. 90 Pf. 1.45	Salamiwurst ff. . . . . 95 Pf. Zervelatwurst ff. . . . . 95 Pf. Schinkenspeck ff. . . . . 95 Pf. Thür. Knobl.-Wurst ff. . . . . 95 Pf. Braunsch. Wurst ff. . . . . 95 Pf. Kaiser-Jagdwurst ff. . . . . 95 Pf. Leberwurst ff. . . . . 95 Pf.
Alpacca, glatt und gemustert doppeltbreit 75 Pf. Meter	Hemdentuch, prima Qual. geeignet f. Bett- u. Leibwäsche Meter 25 Pf.	Serie I. Serie II. Serie III Meter 10 Pf. Meter 15 Pf. Meter 25 Pf.	Ein Posten Kinder-Kragen mit Kapuze 90 Pf.	Ein Posten Stoff-Leibchen-Hosen 6 Größen 58 Pf.	Ein Posten Unterröcke Tuch-Satin-Leinen-Alpacca Serie I Serie II. Serie III 68 Pf. 1.45 2.45	1 Pfd. Rotwurst } 1 Pfd. Landleberwurst } 2 Pakete gebr. Kaffee . . . . . 95 Pf. 1 Dose Bismarckheringe } 1 Dose Bratheringe } 1/2 Pfd. Kakao ff. } 1 Pfd. Zucker } 2 Pfd. Likör, sortiert . . . . . 95 Pf.
Damentuche neueste Farben, doppeltbreit, 48 Pf. Meter	Handtücher, Gerstenkorn starke Qualität 1/4 Dutzend 60 Pf.	Ein Posten Kinder-Lederstiefel 18-22 95 Pf.	Ein Posten Damen-Filzschuhe mit Filz- und Linoleumsohle 95 Pf.	Ein Posten Herren-Anzüge Prima Stoffe 8 <sup>95</sup>	Ein Posten Kostüm-Röcke Ser. I Ser. II Ser. III 95 Pf. 1 <sup>95</sup> 2 <sup>95</sup>	
Kostüm-Stoffe Engl. Neuheiten doppeltbreit, 85 Pf. Meter	Taschentücher mit Buchstaben Stück 9 Pf.	Ein Posten Damen-Stiefel Chewrett mit Lack- kappe, mod. Form 5 <sup>25</sup>	Ein Posten Herren-Anzüge Neueste Mode 9 <sup>75</sup>	Ein Posten Kostüm-Falten-Röcke mit eingewebter Bordüre Ser. I 4 <sup>25</sup> Ser. II 5 <sup>95</sup>		

Trotz der enorm billigen Ausverkaufspreise verabfolge **Rabattmarken**, welche nach wie vor eingelöst werden.

Partei-Angelegenheiten.

Schüler Wahlkreis. Heute nachmittags 6 1/2 Uhr findet in Raabes Festsaal, Kolbergerstr. 23, und in den Verolina-Festsaal, Schönhauser Allee 28, je eine Versammlung für Männer und Frauen statt.

Rixdorf. Sonntag, den 16. Februar, nachmittags prägnante 2 1/2 Uhr, im Rixdorfer Theater, Bergstr. 147, Theateraufführung. Zur Aufführung gelangt: „Die Geschwister“ von Wolfgang Goethe, 1. Akt, und „Salome“ von Oscar Wilde.

Steglitz. Sonntag früh 8 Uhr Flugblattverbreitung in allen Bezirken. Vorwärts, jeder auf seinen Posten.

Zehlendorf. Am Sonntag, früh 7 1/2 Uhr, findet von den bekannten Bezirkslokale aus Flugblattverbreitung statt. Erscheinen dringend notwendig.

Johannisdorf. Parteigenossen! Sonntag, den 16. d. M., vormittags 8 Uhr, findet Handzettelverbreitung zur Wählerversammlung statt. Es ist notwendig, daß jeder Genosse zur Stelle ist.

Ober-Schöneweide. Sonntag, den 16. Februar, findet morgens 8 Uhr von den Bezirkslokale aus eine Handzettelverbreitung statt. Zahlreiche Beteiligung erwartet.

Mariendorf. Heute, abends 8 Uhr, findet das 3. Stiftungsfest des Wohlbereits in den Festsaal „Zum alten Kabaner“, Chausseestr. 305, statt. Regen Besuch des Festes erwartet.

Trieb-Südum. Sonntag, den 16. Februar 1908, findet im „Landhaus“, Chausseestr. 67, nachmittags 3 Uhr, eine Volksversammlung statt, in welcher Reichstagsabgeordneter Friß Jubel über „Agitation, Sozialdemokratie und Religion“ sprechen wird.

Wilmersruh. Sonntag früh 8 Uhr Flugblattverteilung. Die Genossen treffen sich im Lokal von Barth, Viktorstr. 7. Am Montag, den 17. Februar, abends 8 Uhr, Versammlung bei Pätzsch, Kronprinzstr. 2. Pflicht eines jeden Genossen ist es, sich an der Flugblattverteilung sowie an der Versammlung zu beteiligen.

Berliner Nachrichten.

Östlich-kapitalistische Minderordnung.

Die Statistik ist eine nützliche Wissenschaft. Sie wäre allerdings noch viel nützlicher, wenn sie leider nicht gerade dort verlagte, wo wir sie über das Wichtigste zu befragen wünschen. Das gilt besonders für das Gebiet der Ernährungsfrage, der Lebenshaltung der breiten Masse der Bevölkerung. Die Mittel, die uns auf diesem Gebiete durch die amtliche Statistik an die Hand gegeben werden, sind völlig unzureichend. Sie geben nicht nur keine Aufklärung, sie dienen, bewußt oder unbewußt, oft genug sogar dazu, ganz falsche Vorstellungen zu erwecken. Was wird nicht alles zusammengestellt, um statistisch die von den Lobrednern unserer Gesellschaftsordnung behauptete Hebung der Lebenshaltung aller Kreise der Bevölkerung zu beweisen! Gewiß, auch die Kinder der Arbeiterbevölkerung gehen nicht mehr in Holzschuhen zur Schule. Schuhe trägt jetzt jedes Kind und wenn es völlig zerlumpt oder von der Armenverwaltung geschenkte Scherzstücke sind. Auch hat der Arbeiter heute im allgemeinen einen sogenannten Sonntagsanzug und er trägt Kragen und Knöpfe. Schließlich ist auch nicht zu leugnen, daß in den meisten Wohnungen Verbrauchsgegenstände zu finden sind, die in vergangenen Zeiten einmal zum Luxus gehörten. Gehen wir also: die äußere Lebenshaltung hat sich verbessert. Wie aber sieht es mit der Ernährung aus? Jammervoll! Man beachte doch nur die Scharen kümmerlich entwickelter Kinder, die sich in unseren „Hof“-Schulen zusammendrängen. Die schmalen, bleichen Gesichter der Tausenden reden eine deutliche Sprache. Manche von ihnen haben morgens, wenn sie der Volksschulbildung zustreben, noch nichts gegessen, ein Teil kommt auch ohne Frühstück, und bei sehr vielen besteht dieses aus einem Butterbrot — ohne Butter. Ja, Butter ist für manche Proletarierhaushalt ein Begriff geworden, von dessen Realität man sich vielleicht nur noch an hohen Festtagen überzeugt. Während 300 Tagen im Jahre begnügt man sich mit Buttererfah: Schmalz, Margarine oder auch mit dem reinen Naturprodukt: Salz. Allerdings: „Salz und Brot macht die Wangen rot“ — jedoch es ist nötig, daß Fleisch, Gemüse, Butter usw., und vor allem auch gute Luft in genügender Menge hinzukommen. Aber das alles fehlt. Kartoffeln und Brot mit — ohne ist für große Proletarierkreise Brot und Hauptkost, Morgens, Mittag und Abendmahlzeit. Warum? Weil die Ausgaben für andere Lebensmittel nicht mehr zu erschwingen, weil sie zu teuer geworden sind. Und daß durch spekulative Preiswucherer nun auch die Butter fast vollständig aus einem großen Teil der Arbeiterhaushalte verdrängt ist und noch immer mehr verdrängt wird, darin liegt eine große Gefahr. Butter ist nicht nur ein sehr gutes Nahrungsmittel; für die Kinder der Armen, die wenig oder gar kein Fleisch konsumieren können, ist Butter eines der wichtigsten Lebenserhalter. Den Kindern, die in halb dunklen, dumpfen Hofwohnungen hausen müssen, ist mit dem völligen Entzug der Butter die Gesundheit und Entwicklung in erster Reihe bedroht. Das wird jeder Arzt bestätigen. Gerade bei der gewerblichen Entwicklung, die die Frau und Mutter mehr und mehr in den Dienst der kapitalistischen Gütererzeugung zwingt, wo vielfach an Stelle des gekochten Mittagessens die Stulle mit Kaffee getreten ist, oder höchstens noch abgekochte Kartoffeln auf den Tisch kommen, könnte durch reichlichen Buttergenuss in mancher Beziehung gesundheitlichen Schäden aus mangelhafter Ernährung vorgebeugt werden. Was kümmert das die Profitmachers? Hohe Preise: das ist der meisten Warenverkäufer Sinnen und Trachten. Und die Buttergroßhändler brauchen es nun glücklich so weit, den Konsumenten einen Abschreibepreis aufzuzwingen, der den Preis der Butterbezugs mit Sicherheit weiter einschränkt. Nach den Zusammenstellungen der „Statistischen Correspondenz“ kostete in Berlin im Jahresdurchschnitt ein Kilogramm Butter in Pfennig: 1902: 230, 1903: 231, 1904: 234, 1905: 240, 1906: 250. Für 1,25 M. kann man aber in Berlin kein Pfund Butter kaufen. Tatsächlich muß für gute Ware heute 1,50—1,60 M. bezahlt werden. Daß da ein Arbeiter, der 20—24 M. pro Woche verdient und davon 3 oder noch mehr Kinder ernähren soll, keine Butter kauft, liegt auf der Hand. Was nützt alles Gelebe über Lohnsteigerungen usw., wenn in den wichtigsten Nahrungsmitteln der Konsum eingeschränkt werden muß? Die Kinderbedürfnisse werden dazu weiter noch betrogen durch schlaue Spekulanten der Nahrungsmittelindustrie. Für mancherlei Nahrungsmittel wird sogenannter Erfolg angeboten — zu billigen Preisen!

Wer den billigen Erfolg kauft, ist in den meisten Fällen betrogen; er bezahlt für das Kunstprodukt tatsächlich mehr als nur den hohen Preis des natürlichen Rohmittels. So geht es auch mit Gebrauchsgüter, Möbeln, Kleidern, Schuhen usw. Der Arbeiter, der das billige Produkt kaufen muß, zahlt verhältnismäßig die höchsten Preise.

Die Armen, die durch Preiswucherer gezwungen, ihre Ernährung verschlechtern, leben am beschwerlichsten. Sie treiben unfreiwillig Raubbau mit ihrer Arbeitskraft, vergeuden ihre Gesundheit und verkürzen ihr Leben. Und die Preiswucherer schimpfen auf die Vorgesellschaft der Arbeiter und lobpreisen die Vorzüglichkeit der göttlich-kapitalistischen Minderordnung.

Der Jahresbericht des Berliner Arbeitervereins für Obdachlose ist erschienen. Aus dem Inhalt entnehmen wir, daß auch das letzte Jahr ein solches voller Sorgen für den recht segensreich wirkenden Verein war. Das neue Frauenasyl in der Kolberger Straße, das ohne einen einzigen Bauunfall errichtet wurde, ist am 24. März dem Betriebe übergeben worden und es ist somit auf absehbare Zeit hinaus eine große und schwere Aufgabe des Vereins glücklich gelöst worden. Durch diesen Vor sind die Einrichtungen des Vereins auch räumlich zusammengelegt worden, so schwierig diese Lösung der Frage auch war, da die Polizei für das Frauenasyl einen besonderen Eingang verlangte, was wiederum für den Verein die Notwendigkeit des Ankaufs des Hauses Kolberger Straße 80 bedeutete. Ueber die Frequenzverhältnisse sagt der Bericht:

Die Frequenzziffer des Männerasyls ist dem Vorjahr gegenüber etwas geringer. Wenn man aber in Betracht zieht, daß vom 1. Januar bis zum 17. Mai immer zwei Schlafäle wegen Malerarbeiten unbesetzt bleiben mußten, so entspricht die Frequenz ziemlich genau der vorherigen.

Der starke Rückgang in der Frequenz unseres Frauenasyls hat seinen Grund in der Verlegung der Anstalt in das neue Haus und in eine ganz andere Stadtgegend. Gegen Ende des Jahres haben sich die Frequenzziffern allmählich wieder den früheren genähert und sind augenblicklich in ständigem Steigen begriffen.

Es nächstigen im Jahre 1907 in unseren Asylen:

241 180 Männer	(1906: 248 455)
58 268 Frauen und Kinder	(1906: 63 921)
115 Säuglinge	(1906: 185)

Zusammen: 279 572 Personen . . . . . (1906: 302 561)

Zählt man hierzu die in den Jahren 1889—1906 beherbergten 5 882 582 Personen, so ergibt sich, daß der Verein in den 39 Jahren seines Bestehens

6 212 154 obdachlosen Personen Unterkunft, Abend- und Morgenimbis, Bäder, Desinfektion usw. kostenlos gewährt hat.

Dem Alter nach verteilen sich die Asylisten in folgender Weise:

Es fanden Aufnahme:	Männer	Frauen
Im Alter bis zu 20 Jahren . . . . .	20 477	1 087
von 20—30 . . . . .	72 073	3 409
„ 30—40 . . . . .	63 814	8 165
„ 40—50 . . . . .	63 877	12 611
„ 50—60 . . . . .	26 209	10 640
„ 60 u. darüber . . . . .	5 289	2 551
	241 180	38 388

Wie in allen früheren Jahren, haben auch diesmal beim männlichen Geschlecht die Altersklassen von 20—40 Jahren, bei den Frauen die Altersklassen von 40—60 Jahren die höchsten Frequenzziffern aufzuweisen. Tieftraurig und ein erschreckendes Bild sozialen Elends ist es, daß auch in diesem Jahre wieder 344 Greisinnen im Alter von 70—80 Jahren in unserem Asyl Zuflucht suchen mußten.

Interessant ist, daß vor der Kaffeerausgabe 8863 Männer und 178 Frauen sorgfältig. Der Bericht bemerkt hierzu:

„Der Grund, daß zahlreiche Asylisten das Haus schon vor der Kaffeerausgabe verlassen haben, ist darin zu suchen, daß sich ihnen schon in frühester Morgenstunde Gelegenheit zur Arbeit bot. Der Zutritt ist den männlichen Asylisten monatlich nur viermal, den weiblichen fünfmal gestattet. — Wenn von der strikten Durchführung dieser Maßregel bei 212 Personen, d. h. monatlich bei 18 Personen, Abstand genommen wurde, so genügt für diese Ausnahme wohl der Hinweis, daß sich im Monat unter 20 000 Asylisten 435 Personen über 60 Jahre befanden.“

Von der Gesamtzahl der aufgenommenen Asylisten entfallen durchschnittlich auf den einzelnen Tag:

im Männer-Asyl . . . . .	660 Personen
„ Frauen-Asyl . . . . .	105

Das Männerasyl war also unter Berücksichtigung der vorerwähnten Raumbeschränkung stets bis auf den letzten Platz belegt, während im Frauenasyl bisher der vorhandene Raum noch nicht voll ausgenutzt wurde. Wie wir schon vorher bemerkten, hat aber auch hier die Frequenz in letzter Zeit stetig zugenommen.

Zum Schluß weist der Vorstand auf den immer ungünstiger werdenden Arbeitsmarkt hin, was eine noch erhöhte Inanspruchnahme der Zufluchtsstätten des Vereins zur Folge habe. Da der Verein durchaus nicht so kapitalträchtig dastehet, um allen Anforderungen leichter Hand gerecht werden zu können, schließt der Vorstand seinen Bericht mit einem warmen Appell an die Bürger Berlins um materiellen Beistand eines Werkes, das der reinsten Menschlichkeit entspringe und an der wunden Stelle des sozialen Elends einziehe, das den Unglücklichen nicht nach der Ursache seiner Not, nicht nach seinem Namen, seiner Herkunft fragt, ein Werk, das nur der vorurteilsfreien Hilfe in höchster Bedrängnis dienen soll, zum Segen unserer armen Heimatlosen fortzuführen.

Bummel in der Waisenverwaltung. In unserer Waisenverwaltung scheint eine hier ungläubliche Bummel zu herrschen, wie folgender Vorfall beweisen dürfte. Eine unberechnete A. hatte ihr Kind der Waisenverwaltung übergeben. Dieses Kind befand sich krankheitsbedingt in letzter Zeit im Lazarett Nimmelsburg. Die Mutter besuchte ihr Kind und fuhr auch am Sonntag, den 2. Februar, zu diesem Zwecke nach Nimmelsburg. Hier wurde ihr aber zu ihrem größten Schrecken mitgeteilt, daß das Kind am Mittwoch gestorben und am Sonnabend, den 1. Februar, bereits beerdigt worden sei. Die A. beschwerte sich sofort an Ort und Stelle über dieses Verfahren. Am andern Tage, also am Montag, den 3. Februar, erhielt sie von der städtischen Waisenverwaltung ein Schreiben folgenden Inhalts: „Laut telefonischer Mitteilung des Lazarets Nimmelsburg ist Ihr Kind . . . am 29. Januar 08, nachmittags 3 1/2 Uhr, an Lungenerkrankung verstorben.“

Dieses Schreiben war datiert vom 31. Januar und enthält den Vermerk: „Eilt sofort!“ Es trägt den Poststempel 3. 02. 08. 4—5 N. Postamt 68 und den Vermerkstempel 3. 02. 08. 5—7 N.

Man kann über dieses Schreiben die verschiedensten Vermutungen anstellen, wir wollen das unterlassen; fest steht aber die Tatsache, daß die A. von dem Tode ihres am 29. Januar verstorbenen und am 1. Februar bereits beerdigten Kindes erst am 3. Februar abends unterrichtet worden ist und auch nur, nachdem sie aufgefordert hatte. In diese Waisenverwaltung mühte endlich einmal mit dem eisernen Besen hineingefahren werden.

Eine Kohlenoxydvergiftung, bei der zwei Arbeiter in größter Lebensgefahr schwebten, hat sich in der vergangenen Nacht am Hausvogteiplatz ereignet. In dem Hause Hausvogteiplatz 12 wird gegen-

wärtig ein neuer Laden errichtet, und zum Austrocknen hatte man einige eiserne Defen, die mit Holzlohe gespeist werden, benutzt. In der vergangenen Nacht entwickelten sich nun in dem Räume gefährliche Gase, und der Arbeiter Hans Schönbau aus Schöneberg, der sich in dem Laden aufgehalten hatte, wurde halb betäubt. Als dann später der Arbeiter Karl Closs aus Ober-Schöneweide hinzukam, wurde er von dem gleichen Schicksal ereilt. Ein vorüberkommender Wächter vernahm das starke Röcheln der beiden Leute und er eilte ihnen zu Hilfe. Beide fand er in betäubungslosem Zustande vor. Sie wurden nach der nahen Unfallstation gebracht, wo es nach langen Bemühungen dem Arzte gelang, sie wieder ins Leben zurückzurufen. Am meisten hatte C. gelitten. Sein Zustand gibt zu Besorgnissen Anlaß.

Ein schwerer Straßenbahnunfall hat sich gestern morgen gegen 10 Uhr auf dem Wittenbergplatz zugezogen. Der 70 Jahre alte Kaufmann Sulo Perls aus der Göttenstraße 23 hatte das Herannahen eines Straßenbahnzuges der Linie 79 nicht bemerkt, und blindlings rannte er gegen den Zug. Er geriet zwischen den Motorwagen und den Anhänger und wurde von dem letzteren überfahren. In bestimmungslosem Zustande wurde er unter dem Wagen hervorgezogen und nach der Unfallstation 20 gebracht. Das rechte Bein ist dem Greis teilweise gerammt worden. Ebenso hatte er schwere Verletzungen am Kopf und an den Armen erlitten. In recht bedenklichem Zustande wurde P. nach dem jüdischen Krankenhaus gebracht.

Eine Wassernot im wahren Sinne des Wortes ist in den Häusern Nr. 3 und 4 der Antwerpener Straße ausgebrochen. In diesen Häusern fehlt es seit Mittwoch nachmittags an Wasser. Wie es scheint, ist die Wasserrechnung nicht bezahlt worden, und so hat sich die Verwaltung der Wasserwerke zur Sperrung des Wassers veranlaßt gesehen. Durch eine solche Maßregel werden natürlich die Mieter, die mit ihrer Miete auch das Wasser bezahlen, erheblich geschädigt. Die Mieter sind gezwungen, da das Wasserholen aus Nachbarhäusern nicht gestattet ist, den Weg bis zum nächsten Straßenbrunnen zu machen. Abgesehen aber hiervon hat die Wassersperrung noch andere Folgen. Die Klosetts verbreiten einen pestilenzialischen Geruch, weil die Wasserpfüllung fehlt, und der Ausbruch einer Epidemie ist gar nichts Unwahrscheinliches. Zahlreiche Mieter haben sich an die Polizei gewandt, die erklärt aber, nichts tun zu können.

Wir halten es zwar für richtig, daß die Wasserwerksverwaltung zu ihrem Gelde zu kommen sucht; ob aber nun die Wassersperrung ein geeignetes Mittel ist, ist eine andere Frage. Durch diese Wassersperrung wird zunächst weniger der Wirt als der Mieter getroffen. Zwar könnte sich wieder der Mieter am Wirt schadlos halten, indem er diesen für Schaden verantwortlich macht, allein das ist ein sehr unständliches und oft kostspieliges Verfahren. Wichtiger ist der Umstand, daß hierbei weitere Kreise in Mitleidenschaft gezogen werden können. Durch die Wassersperrung können solche Häuser, die davon betroffen werden, geradezu zu einem Seuchenherd für Krankheiten werden und weite Kreise berühren. Das darf nicht sein. Die Verwaltung der Wasserwerke sollte sich einmal ernstlich überlegen, ob sie bei zahlungsunfähigen oder unfähigen Wirten sich nicht lieber an den fälligen Mietern schadlos halten könnte.

Aus dem Polizeibericht. Gestern mittag gegen 12 Uhr wurden die 87 Jahre alte Schneidertöchter Flora Weiphal und ihr Sohn, der 68 Jahre alte Kommissar Gustav, in ihrer im 1. Stockwerk des Seitenflügels Lintenstr. 6a belegenen gemeinschaftlichen Wohnung tot aufgefunden. Während die Leiche der Mutter an der Eingangstür auf dem Fußboden lag, befand sich die Leiche des Sohnes in sitzender Stellung auf dem Sofa. Spuren eines gewaltsamen Todes waren an den Leichen nicht sichtbar. Ansehend ist Herzschlag die Todesursache gewesen. Genaueres wird erst die Öffnung der Leichen durch die Gerichtsärzte ergeben. — Der 29 Jahre alte Glasbläser Franz St. erhängte sich am Fensterkreuz seiner Küche in der Kuppener Straße. Nach etwa einer Stunde fand ihn seine Frau auf, doch kam jede Hilfe zu spät. Einestages des Selbstmordes: Unheilbares Nervenleiden. — Wegen eines unheilbaren Leidens stürzte sich am gestrigen späten Abend die 51 Jahre alte Witwe Auguste B. aus dem vierten Stockwerk in der Wilmersruher Straße auf die Straße hinab, wo sie schwerverletzt liegen blieb. Ein Schuhmann trug die Verwundete nach dem Flur des Hauses, wo sie bald darauf starb. — In der vergangenen Nacht fand ein Schuhmann in der Lärnisch des Hauses Arbonstr. 175 den 40 Jahre alten Handlungsgehilfen Hans Becker schwerkrank am Boden liegend auf. Der Beamte suchte auf Wunsch Beckers nach einer Drohkne, fand aber B., als er zurückkehrte, bereits leblos vor. Der herbeigerufene Arzt stellte den Tod infolge Herzschlages fest.

Von einem Handwagen gestoßen wurde gestern mittag einem Hausdiener die Joppe, in der sich folgende Mitgliedsbücher des Berliner Arbeitervereins befanden: Nr. 10088 auf den Namen Emil Winkler, Kopernikusstraße 12, Nr. 11268 Max Gese und Nr. 11615 Paul Mittel. Sollten diese Bücher irgendwo auftauchen, wird ersucht, dieselben anzuhalten und dem Bureau des Vereins, Adlerstraße 6 I, Mitteilung zu machen.

Seugen gesucht. Personen, welche den Vorfall bemerkt haben, der sich am 1. und 2. Juni, morgens 6 1/2 Uhr, zwischen freilebenden und arbeitswilligen Kautern vor dem Bahnhof Wilmersdorf-Friedenau abgespielt hat, werden gebeten, ihre Adresse bei Robert Jurgis, Franzfurter Allee 145, Hof 111, abzugeben.

Feuerwehrbericht. In der vorletzten Nacht gegen 12 Uhr wurde die Feuerwehr nach den Linden gerufen. Vor dem Hause Nr. 34 war ein Mann von einem Automobil überfahren worden. Die Feuerwehr befreite den Mann, der über den Leib gefahren worden war, und brachte ihn nach der kontinentalen Klinik, wo man aber nur noch den Tod des Mannes feststellen konnte. Die Leiche wurde nach dem Schaubause gebracht. In dem Toten wurde der Kriminalschutmann Salodt festgestellt, der in der Ausübung seines Berufes den Tod erlitten hatte.

Gleichzeitig hatte die Wehr in der Vorstr. 15 zu tun, wo Bodenbeschläge mit Inhalt brannten. Der 11. Zug wurde vorgeschert nach der Grünstr. 29 alarmiert. Weiter und anderes brannten dort in einer Wohnung. Nach dem Befund lag Brandstiftung vor, weshalb die Polizei benachrichtigt wurde. Wegen eines gefährlichen Kellerbrandes wurde der 1. Zug nach der Bornstr. 22 alarmiert. Papierabfälle in großen Mengen brannten dort unter großer Qualmentwicklung um 8 Uhr morgens. Durch längeres Wassergeben wurde die Gefahr beseitigt. In der Remisestr. 48 brannten in einem Keller Lampen usw. Durch die Entzündung von Filmstreifen kam abends nach 10 Uhr in einem Kinematographentheater, Alt-Moabit 104/105, Feuer aus, das bald gelöscht werden konnte. In einem Feinsparngeschäft in der Potsdamerstr. 30, wurden Gardinen usw. ein Raub der Flammen. In der Luckauerstr. 7 hatte die Feuerwehr mit einem Fußbodenbrande, in der Weberstr. 25 mit einem kleinen Wohnungsbrande und in der Tuchfabrikstr. 3 mit einem Walfenbrande zu tun.

Um unter der polnisch sprechenden Bevölkerung eine lebhaftere Agitation einzulassen zu können, werden die deutschen Genossen, die mit Polen zusammenkommen, sei es in der Werkstatt oder anderweitig, gebeten, auf die öffentliche Versammlung für Männer und Frauen aufmerksam zu machen, die am Sonntag, den 10. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, in den Patria-Salen, Große Frankfurterstraße 28, stattfindet. Das Thema lautet: „Die antipolnische Politik und die Nationalpolen.“

# Vorort-Nachrichten.

## Rixdorf.

**Die Arbeitslosenfürsorge.** Als in der letzten Stadtverordnetenversammlung unsere Genossen bei Beratung der Interpellationen zur Bekämpfung der herrschenden Arbeitslosigkeit betonten, daß der heutige Gesellschaft die Fähigkeit mangelte, die Opfer der kapitalistischen Wirtschaft zu schützen, da waren das nach Ansicht der herrschenden Mehrheit „geschwollene Phrasen“. Wie recht unsere Vertreter auf dem Rathause hatten, zeigten in aller Deutlichkeit die Verhandlungen der niedergesetzten Kommission. Zunächst das Ergebnis: Der Magistrat hat nur Arbeit für 150 bis 200 Arbeitslose auf 2-4 Wochen in Aussicht stellen können. Und zwar beim Beschneiden der Bäume, Parlarbeiten, sonstige Schichtarbeiten, Straßenreinigung und Müllabfuhr. Des Weiteren wurde als möglich in Aussicht gestellt, daß baldigst der Ausbau des Güterbahnhofs in Angriff genommen wird, für den im preussischen Etat 6-8 Millionen festgesetzt sind. Ob der Staat seinen Kundschaft an die Gemeinden zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit selbst zurückverwirft? Dem Magistrat kam es wohl selbst recht wenig vor, was er zu bieten vermochte. Ein Herr der Bürgerlichen sagte dagegen recht selbstzufrieden, daß auch der gute Wille was wert wäre. Als unsere Genossen den Vorschlag machten, die Arbeitszeit im ganzen städtischen Betrieb auf acht Stunden zu verkürzen, da erklärte der Vertreter des Magistrats, die Verkürzung der Arbeitszeit sei noch ein schwierigeres Problem, das noch nicht genügend gelöst sei! Gemäß unserer Anregung sollen auch die schulpflichtigen Kinder arbeitsloser Bürger auf Kosten der Stadt gespeist werden. Erhebungen über die Zahl der in Frage kommenden Kinder sollen durch die Lehrer, die Speisung durch den Verein für Kinderwohlthätigkeit vorgenommen werden. Im allgemeinen waren die bürgerlichen Herren trotz der Arbeitslosenversammlungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit sehr im Unklaren. Die Arbeitslosigkeit sowohl wie die Arbeitswilligkeit wird sich erst bei Vergebung der Notstandsarbeiten zeigen. Das Arbeitergefühls soll in Form einer allgemeinen Publikation vorzunehmen werden. Im übrigen aber klug bei einigen bürgerlichen Herren die Hoffnung durch, daß, ehe die Arbeiten beendet sein werden, die Arbeitslosigkeit auch vorbei sei. Leider dürfte das nun nicht zutreffen. Deswegen ist es notwendig, mit dieser zweifellosen Tatsache zu rechnen und dementsprechend vorzugehen.

## Ein „Rottfregat“.

Nach einem Garde-Kavallerieregiment für Rixdorf verlangen Einige Einwohner im „Rixdorfer Tageblatt“. In zwei „Eingekleideten“ beklagen sie, daß Rixdorf allen gleichartigen Städten gegenüber im Nachteil sei, weil es noch keine Kaserne und keine Soldaten habe. Damit diesem „Uebelstand“ abgeholfen wird, schlagen die Eingekleideten eine „Massenpetition“ an den Reichstag vor, um den Bau einer Kaserne auf dem Tempelhofer Felde an der Oberstraße herbeizuführen. Ein Herr Fritz Köhler, Zigarrenhändler, Bahnhof Hermannstraße, verbindet diesen Herzenswunsch sogar mit dem Rat, den Kriegsdienst zu bitten, das notwendige Geld sofort durch das Extranotarium zu fordern, um mit dem Bau so schnell wie möglich beginnen zu können. Auf jeden Fall empfehle es sich aber, die schnelle Inangriffnahme der Arbeiten zu erstreben, damit die zurzeit herrschende große Arbeitslosigkeit wenigstens etwas gemildert werde.

Welch großes Maß von „Philantropie“ ist in diesem Vorschlag enthalten. Damit die Arbeitslosigkeit gemildert wird, soll schnur mit dem Bau einer Kaserne begonnen werden. Dieses Argument für die Notwendigkeit einer neuen Kaserne wird sicherlich im Reichstag bei den Militärfreunden ein Echo finden. Eigentümlich berührt es aber, wenn sich der Eingekleidete zu der Behauptung verleiht, die Petition würde sicher in wenigen Tagen mit Unterschriften aus allen Kreisen der Bevölkerung ausgefüllt sein. Die Arbeiterklasse Rixdorfs, die doch die Majorität der Einwohner stellt, hat an einer Kaserne kein Interesse. Sie weiß, daß mit jeder neuen Kaserne die Opfer für den Rolo-Militarismus größere, und ihre Leiden anstatt gemildert, verschärft werden. Zu dem kommt, daß der Militarismus immer mehr gegen die freiwirtschaftlichen Bestrebungen des Volkes ausgespielt wird. Mag sein, daß einigen Händlern und Geschäftsleuten durch ein Regiment Soldaten ein Geschäft winkt, das kann aber für die allgemeine Bevölkerung nicht maßgebend sein. Aus einer Anzahl von Beschwerden geht übrigens hervor, daß die Einwohner des Tempelhofer Feldes von dem Militär nicht so erbaut sind; besonders dann nicht, wenn ihnen beim Egerzieren der Wind den Staub in die Wohnungen peißt. Von einem Bedürfnis der Rixdorfer Bevölkerung nach einem Garde-Kavallerieregiment kann also keine Rede sein.

## Lichtenberg.

**Platonische Liebe.** In der vorletzten Stadtverordnetenversammlung nahmen die Magistratswahlen eine sehr geräusche Zeit in Anspruch. Neben den Wahlen standen als wichtige Punkte die Frage über Notstandsarbeiten und Krankenhausbau auf der Tagesordnung. Der letztere Punkt hat reichlich eine halbe Stunde zu seiner Erledigung in Anspruch genommen. Das kam daher, weil der Rechtsanwalt Schachtel zum Schreden einer Reihe seiner sonstigen Gefinnungsgenossen die Notwendigkeit der Erbauung eines Krankenhauses rundweg verneinte. Das ries längere Ausführungen des Herrn Bürgermeisters Jochen herbeizuführen. Die Erledigung des anderen Punktes beanspruchte eine halbe Stunde, die allerdings lediglich durch die Ausführungen unserer Genossen und die des I. Bürgermeisters ausgefüllt wurde. Von den bürgerlichen Vertretern hielt es auch nicht ein einziger der Nähe wert, ein Wort zugunsten der Arbeitslosen zu sagen. Unser Genosse Bracht nagelte das natürlich gebührende fest. Darauf erschien ein Erguß des Stadtverordneten Meldner im Ortsblättchen, worin dieser Betrachtungen anstellte über Dauerreden usw. und er der Hoffnung Ausdruck gab, das Stadtverordnetenbureau in Lichtenberg werde wohl Mittel und Wege finden, trotz der durch die Geschäftsordnung nicht begrenzten Redezeit unheimlichen Rednern einen Maulkorb vorzubinden. Wenn man den Herrn Meldner nicht für ein journalistisches Wachsweiss halten will, dann muß man doch annehmen, seine Stillschreibungen hätten einen Zweck verfolgt. Welchen, liegt nahe! In dem Bericht über die letzte Stadtverordnetenversammlung wiesen wir auf die zweifelsvollen Reden bürgerlicher Vertreter hin und erwähnten dabei die Meldnerischen Extemporationen, die er für nötig hielt, obwohl unsere Genossen sich bei Besprechung der Arbeitsloseninterpellation tatsächlich die allergrößte zeitliche Begrenzung auferlegt hatten. Nunmehr beehrt uns der Herr mit einer Zuschrift, in der er behauptet, er habe bei Empfehlung des Maulkorbes keine bestimmte Partei im Auge gehabt, auch sei er für Inangriffnahme von Notstandsarbeiten und Speisung hungeriger Kinder. — Das ist ja sehr freundlich von dem Herrn, aber seine platonische Liebe nützt den Arbeitslosen und hungerigen Kindern gar nichts. Auch interessiert durchaus nicht, was er nicht gemeint hat, wir halten es für tapferer, wenn er sagt, welches Objekt er bei seinen Stillschreibungen denn eigentlich im Auge gehabt hat. Bitte, nicht knäsen!

## Ober-Schöneweide.

**Die Gemeindevertretung und die Arbeitslosigkeit.** Die Vertretung hatte sich mit den Anträgen unserer Genossen auf schnelle Inangriffnahme der Gemeindebauten sowie Subventionierung der Arbeitslosenkassen der hiesigen Gewerkschaften zu beschäftigen. — Recht eigenartige Auffassungen der Dinge gaben die Vertreter der ersten und zweiten Klasse zum besten. — Herr Kottmeier als königlich preussischer Beamter geriet in Ekstase, daß man ihm zum Glück, einer Gewerkschaft, die die heutige Gesellschaftsordnung fürchten wolle, Zuwendungen zu machen. Nach seiner Weisheit verhängen die Arbeiter eher an den hohen Beiträgen für ihre Organisationen als an dem heutigen Notstand. Herrn Fabrikdirektor Engel haben es ebenfalls die bösen Gewerkschaften angetan. Er meinte, wenn man organisierten Arbeitern anbieten würde, eine Notstandsarbeit für 24 R. wöchentlich zu machen, könne man ganz gewiß sein, sie ließen erst zum großen

**Prolet am Engelfufer, um sich Rat zu holen.** Herr Jabeil, besitzer Feldmann ist der Ansicht, die von unseren Genossen ins Treffen geführten 55 000 R. als Beihilfen zum Bau von zwei Kirchen kämen den Arbeitern zum größten Teile ja wieder zugute. — Dem Genossen Grünow war es ein Leichtes, die recht tief-sinnigen Betrachtungen dieser Herren ins volle Licht zu bringen. Herr Kottmeier konnte versichert sein, daß die Organisationsbeiträge gern gezahlt würden, um eben solche jammervollen Zustände zu bekämpfen, welche gerade durch die Klassengegner des Herrn Kottmeier herbeigeführt werden. Herr Feldmann konnte versichert sein, daß 55 000 R. — statt für Kirchenbauten — direkt an Notleidende gegeben, entscheidend mehr Gutes herbeiführen. — Die Abstimmung ergab die einstimmige Annahme des Antrages betreffend der Gemeindebauten und Ablehnung des Antrages auf Zuwendung einer Summe an die Arbeitslosenkassen der Gewerkschaften. — Auf Antrag des Herrn Peiers wurde dann eine Kommission — der auch Genosse Grünow angehört — gewählt, welche Unterstufungen an in Not geratene Einwohner vermitteln soll und auch die vom Genossen Grünow geforderte Beschäftigung armer Kinder mit warmem Frühstück vorbereiten soll. — Der Kommission wurden einstuftweise 3000 R. zur Verfügung gestellt. Auf Antrag unserer Genossen wird festgelegt, daß die Unterstufungen nicht als Armenunterstützungen gerechnet werden.

## Friedrichsfelde.

Mehr Polizei wurde bereits des öfteren in der Gemeindevertretung gefordert. Begründet wurde diese Forderung mit der Zunahme der Diebstähle, deren Verübter nicht ermittelt werden konnten. Erst in voriger Woche sind mehrere nächtliche Einbrüche in Geschäftshäuser der Berliner Straße, also der belebtesten Straße, verübt worden. Die Täter sind natürlich wiederum nicht ermittelt. Das hauptsächlich ein Mangel an Polizei im Orte nicht besteht, geht aus folgendem hervor: Als am 16. Januar im Lokal von Dube eine Volksversammlung stattfand, in welcher Genosse Pinfeler über die Tätigkeit der Gemeindevertretung referierte, war das gesamte Polizeiaufgebot in Stärke von 12 Mann vertreten. Erst nach 12 Uhr nachts wurden die „Sicherheitsposten“ eingezogen. Dieser Fall ist jedoch nicht vereinzelt. Am Freitag, den 7. d. M., herrschte ein Schneetreiben, ein richtiges Hundewetter. Trotzdem standen gegen 11 Uhr nachts zwei Gendarme vor einem Hause in der Prinzen-Allee treulich Wacht. Vorübergehende konnten in den Glauben versetzt werden, es gelte vielleicht Einbrecher abzufangen, womöglich sei sogar einer der zahlreichen, noch nicht entdedten Raubmörder in dem Hause versteckt. Für Eingeweihte war der Grund der polizeilichen Observation bekannt. In dem Hause befindet sich die Gastwirtschaft von Bartolein. Befragter Gastwirt erweist sich eben eines besonderen polizeilichen Schutzes. Anläßlich soll sogar ein Gendarm unter Lebensgefahr den eisernen Vorgartenzaun überklettert und den Schankraum, in welchem noch Licht brannte, besichtigt haben. Leider ohne Erfolg, es waren weder Einbrecher noch Gäste anwesend. Der Gastwirt war obendrein gegenüber einer solchen Aufmerksamkeit so unanbar, daß er sich weigerte, die Gartenlinie aufzuschließen. Wohl oder übel mußte der Beamte seinen Weg über den Zaun zurück nehmen. Nach alledem besteht kein Grund, der die Forderung nach einer Verstärkung der Polizei rechtfertigen könnte.

## Mariendorf.

Der Große Berliner schreibt ein Leser unseres Blattes folgendes ins Stammbuch: Ueber die Rücksichtslosigkeit, mit welcher die „Große Berliner“ das Publikum behandelt, können die Tempelhofer und Mariendorfer Einwohner ein Liedchen singen. Sieht man sich zunächst das Wagenmaterial an, so muß man über die edle Dreistigkeit staunen, was hier dem Publikum geboten wird. In Sommerwagen mit unbedeckten Holzbanen und an Altersschwäche leidenden Dampfstrahlenbahnwagen werden die Fahrgäste befördert. Einmal ist die Bremse nicht intakt, ein andermal die Lichtleitung nicht in Ordnung, so daß ein 8 Meter langer Wagen mit einem einzigen Talglicht „erleuchtet“ ist. Auch die miserabelste Beförderung des Publikums fordert den schärfsten Protest gegen die Direktion genannter Gesellschaft heraus. Namentlich morgens, wo doch jeder pünktlich im Geschäft sein soll, ist es den Tempelhofer Einwohnern sehr oft erst nach langem Warten möglich, mitzukommen, da die meisten Wagen schon in Mariendorf besetzt sind. Aber auch des Abends wird mit den Anhängern ziemlich gespart. So ist z. B. um 12.14 Uhr ab Behrenstraße früher immer ein Anhänger gewesen, jetzt nicht mehr, und daher ist der Wagen schon oft Ecke Koch- und Charlottenstraße besetzt. Die Schaffner haben unter diesen Umständen keine leichte Arbeit und müssen so manche bissige Bemerkung hinnehmen. Es wäre wahrhaftig an der Zeit, daß sich die Mariendorfer und Tempelhofer Gemeindevertretung ernstlich dieser Sache annehmen würden. Eine eintägige oder stundenweise Kontrolle über die Frequenz der Wagen, wie sie hier schon einmal seitens Mariendorfs erfolgt ist, kann durchaus kein objektives Bild ergeben. Das Publikum hat jedenfalls ein Recht darauf, sicher und pünktlich befördert zu werden, was bei dem jetzigen geradezu traurigen Wagenmaterial absolut unmöglich ist. Wo ist hier die Aufsichtsbehörde? Ein halbes Prozentchen weniger und man könnte dieses Material ins alte Eisen werfen, wohin es gehört.

## Alt-Glienide.

**Aus der Gemeindevertretung.** Die Verlängerung des mit den Berliner Elektrizitätswerken abgeschlossenen Straßenbeleuchtungsvertrages wurde mit Rücksicht auf den Bau der hiesigen Gasanstalt nur bis zum 30. Juni 1912 erneuert. Auf eine Beschwerde unserer Genossen über die schlechte Beleuchtung will die Gesellschaft neue Glühlampen einführen. Die Gemeindevorstandsliste weist in der ersten Klasse 21, in der zweiten Klasse 108 und in der dritten Klasse 617 Wahlberechtigte auf. Die Gesamtkosten der Kanalisation von Alt-Glienide einschließlich der Beiträge für Verbandskanalisation betragen 302 750 R. Bei der Wahl der Schuldeputation trafen auf unsere Genossen sechs Stimmen, während zehn dagegen stimmten, ebenso blieb unser Genosse bei der Wahl der Bau- und Wegekommission mit sieben gegen acht Stimmen in der Minderheit, trotzdem der Gemeindevorsteher unserer Genossen selbst vorgeschlagen hatte und zwar mit der Motivierung, daß unsere Genossen tüchtig für das Wohl der Gemeinde arbeiten. Das Armenhaus in der Friedrichstraße soll geräumt und dann abgerissen werden. Die Kreissteuer soll aus Anlaß des Teiltonkanalbaus erhöht werden. Unsere Genossen betonten hierbei, daß Alt-Glienide vom Kreise gerade beim Kanalbau recht tiefmütterlich behandelt würde. Es müßte endlich einmal dafür gesorgt werden, daß die Verwaltung den Abladeplatz in Ordnung bringt und die Wege pflastert usw. Vom Gemeindevorsteher wurde angefragt, daß für Abstellung dieser Mißstände Sorge getragen würde. Hierauf trat Schluß der Sitzung ein, die diesmal stark von unseren Wählern und auch von Segnern besucht war.

## Mahlsdorf a. d. Ostbahn.

Ueber „Sozialdemokratie und Gemeindepolitik“ referierte Genosse Pinfeler, Friedrichsfelde in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Die Ausführungen des Redners spielten in den von der Sozialdemokratie in ihrem Programm an die Kommunen gestellten Forderungen. Nach einer kurzen Kritik des Verhaltens der bürgerlichen Vertreter in den Gemeindeparlamenten schloß der Referent mit der Aufforderung an die Wähler, aus dem Gehörten die Konsequenz zu ziehen und am Wahltag nur den Kandidaten der Sozialdemokratie die Stimme zu geben. In der dem beifällig aufgenommenen Referat folgenden Diskussion beteiligten sich mehrere anwesende Mitglieder der liberalen Partei, welche erklärten, das vom Genossen Pinfeler aufgestellte Programm würde auch von ihnen vertreten, und der Versammlung den Vorschlag machten, bei den Wahlen ein gegenseitiges Abkommen zu treffen. Hiernach sollen die Sozialdemokraten in der 2. Klasse keine Kandidaten aufstellen und ihre Stimmen den liberalen Kandidaten geben, während als Gegenleistung dafür gesorgt werden solle, daß diejenigen Liberalen, welche unabhängig sind (!), in der 3. Klasse ihre Stimmen den Kandidaten der Arbeiterpartei geben werden. Nach eingehender Debatte wurde dieser Vorschlag abgelehnt. Die bisher überall

in dieser Hinsicht gemachten Erfahrungen sind nicht gerade besoldend und die gewundene Erklärung der Herren ist so abgefaßt, daß man den Verdacht schon von weitem sieht. Als Kandidaten für die Gemeindevertretung wurden nunmehr aufgestellt für die 3. Klasse die Genossen Dertel, Alb. Schmidt und Giese, für die 2. Klasse Suchemiel, Pagel und Ruhnke.

Unter „Verschiedenes“ wurde noch bekannt gegeben, daß das Lokal „Zu den Rathausbären“ in der Brunowstraße auch von dem jetzigen Inhaber, Herrn Linker, der Arbeiterpartei zur Verfügung gestellt ist.

## Wittenau-Vorsignalde.

In der letzten Gemeindevertretersitzung machte der Gemeindevorsteher einige Mitteilungen über den Kanalisations-Zweckverband Pantow-Reinickendorf-Wittenau. Nachdem die Pläne des Bauamtes für die Vorsignalde, Abteilung 11, nach Angabe des Baumeisters Kinner geändert worden, stimmte die Gemeindevertretung denselben zu, ebenso der Verbreiterung des oberen Teils der Spandauer Straße zwischen der Seidelstraße und der Kremmerer Bahn, da dort ein neuer Bahnhof projektiert ist. Mit der Anfertigung eines Planlinien- und Höhenplanes für die Hermsdorfer Straße wurde der Landmesser Küchenmeister beauftragt. Die unzulässigen Zustände in der Oranienburger Straße sollen durch ein 1 1/2 Meter breites Pflaster beseitigt werden. Für die Kanalisierung der Witestraße wurden 17 100 R. bewilligt sowie die Pflasterung des bewohnten Teils bis zur Reinickendorfer Grenze mit Reibsteinpflaster beschlossen. Der Aufhebung eines Gemeindebeschlusses vom 1. Februar 1906 wegen Verlegung eines öffentlichen Platzes, sowie der Erhöhung des Zinsfußes für ein Darlehen von 400 000 R. der Kur- und Neumärkischen Darlehnskasse von 3% auf 3 1/2 Proz. wurde zugestimmt. 7000 R. wurden im Etat 1908 eingestellt zur Beschaffung einer mechanischen Dreh- und Schiebelleiter, sowie eines Sprungturms für die freiwillige Feuerwehr, desgleichen 200 R. zur Beihilfe an die freiwillige Sanitätskolonne vom Roten Kreuz zu einer fahrbaren Trage. Der Ankauf des 16 Morgen großen Lorgehens Grundstückes zum Preise von 120 000 R. wurde einstimmig zum 1. April 1908 beschlossen. Unter Verschiedenes teilte der Gemeindevorsteher mit, daß in der 1. Wählerklasse 7, in der 2. 63 und in der 3. Klasse 1050 Wähler eingetragen sind. Die 1. Klasse wählt einen angehenden, die 2. Klasse einen nichtangesehenen und die 3. Klasse einen nicht- und einen angesehenen Gemeindevorsteher. Die Wahlzeit in die Abendstunden zu verlegen, wurde zugesagt. Von unserem Genossen Adam wurde das Ueberstundenwesen beim Bau des Elektrizitätswerks gerügt. Baumeister Kinner hielt eine Arbeitszeit von 6 Uhr morgens bis 11 Uhr abends für nicht zu lange. Von unserem Genossen wurde darauf hingewiesen, daß, um die Kräfte abzustärken, Tag- und Nachtschicht eingeführt werden müsse.

## Französisch-Buchholz.

Für die bevorstehende Gemeindevahl von Bedeutung war die letzte Wahlvereinsversammlung. Nachdem Genosse Reumann den Bericht von der Kreis-Generalversammlung erstattet hatte, ließ Genosse Pohl alle Mängel und Schäden in der Gemeinde Revue passieren und ging mit der gegenwärtigen Gemeindevertretung hart ins Gericht. In der Diskussion sprach der als Gast anwesende Gemeindevorsteher Sieslaw sich im Sinne Pohls aus und äußerte u. a.: Ich hoffe und wünsche, daß die Arbeiterpartei bei der bevorstehenden Wahl ihre Kandidaten durchbringt, damit endlich einmal mit dieser Gesellschaft ausgeräumt wird. Genosse Pohl wurde als Kandidat aufgestellt. Da der zweite vom Vorstand vorgeschlagene Genosse nicht anwesend war, mußte die Aufstellung des zweiten Kandidaten bis auf später verschoben werden. Ferner wurde Genosse Albert Reumann als Funktionär für Buch gewählt.

## Grünau.

Eine Beschwerde über eine Zeitungsfrau, die vor einiger Zeit im Wahlverein verhandelt wurde, hatte eine recht mißliche Sache im Gefolge. Der Arbeiter R., der Mann der Zeitungsfrau, schickte sich durch die Beschwerdeführer gekränkt und wandte sich an das Schöffengericht wegen Verletzung der Arbeit, der Buchbinder Sch. und R. Dieses gab aber der Klage nicht statt und sprach die Beklagten frei. Der Arbeiter R. hat nun selbst den Schaden, indem er noch die Kosten tragen muß.

## Spandau.

In der Stadtverordnetenversammlung vom 11. Februar wurde vor Eintritt in die Verhandlung vom Genossen Helbig Einwendung gegen die Tagesordnung erhoben und zwar dahingehend, daß die Gewährung einer Subvention für die Fuhrbachsche Mädchenschule, in Höhe von 1000 R., in nichtöffentlicher Sitzung beraten werden soll. Unser Redner verlangte, daß Unterstufungen, welche hier einem Institut gewährt werden sollen, in öffentlicher Sitzung zu beraten seien. Es wurde jedoch ein dahingehender Geschäftsordnungsantrag unserer Genossen von familiären Bürgerlichen niedergestimmt. In der nun folgenden Verhandlung wurde der Beschlussung der Kaufvertrag betreffend des Krankenhausesgrundstück unterbreitet und angenommen. Der Auflassungstermin ist vom 1. Oktober 1908 auf den 1. April 1908 festgesetzt worden. Eine sehr lebhaft diskutierte der Antrag, die Krankenversicherungspflicht auf die Hausindustrie auszudehnen, hervor. Obwohl von den Antragstellern, dem Genossen Krüger und dem bürgerlichen Stadtschannemann in recht verständlicher Weise der Antrag begründet wurde, machte die Mehrzahl der Bürgerlichen allerhand Einwendungen gegen die Schaffung eines diesbezüglichen Ortsstatuts. Der Antrag wurde den Antragstellern mit der Motivierung zurückgegeben, sich über die in Betracht kommenden Verufe sowie Ausführung derselben in dem Antrag zu verständigen. Alsdann erfolgten die Verhandlungen in nichtöffentlicher Sitzung.

## Spandau.

Eine Arbeitslosenversammlung wurde wieder am 13. Februar, vormittags 11 Uhr, im Ulrichschen Lokal in der Habelstraße abgehalten. Es hatten sich etwa 550 bis 600 Personen eingefunden. In dieser Versammlung waren der Magistrat und die Stadtverordneten, speziell aber die Stadtverordneten Lüdicke und Wender, eingeladen. Die Tagesordnung lautete: „Die Antwort des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung auf die Eingabe der Arbeitslosenversammlung vom 24. Januar 1908“. Der Stadtverordnete Genosse Pieper referierte und kritisierte namentlich die Äußerungen der Stadtverordneten Lüdicke und Wender, welche in der Stadtverordnetenversammlung die Schuld für die jetzige Arbeitslosigkeit auf die im Sommer stattgehabten Streiks zurückführten und verlangten, daß die Arbeiter in Zeiten der Arbeitslosigkeit etwas zurücklegen, damit sie in den Zeiten der Not etwas zum Fischen haben, auch es für ungebührlich bezeichnen, daß die Arbeitslosen den Lohn forderten, der zwischen Gewerkschaften und Unternehmern vereinbart ist. Die Versammlung nahm mit großem Mißfallen Kenntnis von diesen Äußerungen. Genosse Pieper erklärte noch, daß die Stadtverordnetenversammlung sowohl den von der sozialdemokratischen Fraktion wie auch den bürgerlichen Stadtverordneten eingebrachten Antrag annehmen, der Magistrat jedoch den sozialdemokratischen Antrag, der die Forderung stellte, daß der mit den Unternehmern vereinbarte Lohn bei den sofort in Angriff zu nehmenden Notstandsarbeiten gezahlt werde, abgelehnt habe. (Allgemeines Pfutrusen!) Genosse Pieper meinte in der Diskussion, daß der von den bürgerlichen Stadtverordneten eingebrachte Antrag nicht aus Liebe für die Arbeiter eingebracht sei. Er unterzieht dann ebenfalls die Äußerungen der Stadtverordneten Lüdicke und Wender sowie die ablehnende Antwort des Magistrats einer herben Kritik und fordert die Arbeiter zum Eintritt in die freien Gewerkschaften und in den sozialdemokratischen Wahlverein auf. Genosse Siechke drückt sein Erstaunen über die Unkenntnis der akademisch gebildeten Stadtverordneten Lüdicke und Wender über die Entscheidung der wirtschaftlichen Krise aus. Er ist der Ansicht, daß der bürgerliche Antrag nur eine Feigheit war, denn man wußte genau, daß der Ma-



